RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

09 2018

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Haushalte und Familien 2016
Straffälligkeit 2017
Baugewerbe 2017

Fotonachweis

T i t e l f o t o : Techniker Krankenkasse

Im Jahr 2016 wurden in Rheinland-Pfalz 598 400 Familien gezählt, das waren 33 600 bzw. 5,3 Prozent weniger als noch zehn Jahre zuvor. Gut die Hälfte der Bevölkerung und insgesamt 970 600 Kinder lebten 2016 in einer Familie.

B e i l a g e : Faltblatt „Umwelt und Energie"

09 2018

STATISTISCHE MONATSHEFTE

71. Jahrgang

kurz + aktuell 581

Industrie ■ Baugewerbe ■ Bautätigkeit ■ Außenhandel Einzelhandel ■ Gastgewerbe ■ Tourismus ■ Landwirtschaft ■ Bevölkerung ■ Soziales ■ Bildung ■ Gesundheitswesen ■ Umwelt ■ Verkehr ■ Finanzen

Aus der amtlichen Statistik 605

Verbraucherpreise 606

Rheinland-Pfalz in Karten: Bevölkerung 2017 nach Verwaltungsbezirken 607

Haushalte und Familien 2016 – Die Pluralisierung der Haushalts- und Familienformen hält an 608

Entwicklung der Straffälligkeit 1998 bis 2017 618

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2017 – Baugewerbe 628

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 635

Neuerscheinungen 651

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100" die Darstellungsform „50 – 100" verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2018

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Höhere Industrieproduktion im Juni

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion ist im Juni 2018 gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex, der die mengenmäßige Ausbringung der Industrie misst, um 1,7 Prozent über dem Niveau des Vormonats.

In zwei der drei industriellen Hauptgruppen stieg die Produktion. In der Konsumgüterindustrie fiel der Güterausstoß im Juni 3,4 Prozent höher aus als im Mai. Die Hersteller von Vorleistungsgütern steigerten ihren Output um 1,6 Prozent. Die Produktion der Investitionsgüterhersteller war hingegen rückläufig (–1,8 Prozent).

In zwei der drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes war die Ausbringung im Juni höher als im Vormonat. Im Maschinenbau, der zur Investitionsgüterindustrie gehört und gemessen am Umsatz in Rheinland-Pfalz die drittgrößte Industriebranche ist, stieg die Produktion um 2,8 Prozent. Die Chemische Industrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und die umsatzstärkste Branche ist, steigerte ihren Güterausstoß um 1,3 Prozent. Der Output der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die zur Investitionsgüterindustrie gehört und die zweitgrößte Branche ist, schrumpfte hingegen deutlich um 4,3 Prozent.

Die bereinigte Produktion der rheinland-pfälzischen Industrie lag im Juni 2018 deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats (+24 Prozent). In zwei der drei industriellen Hauptgruppen war der Güterausstoß höher als im Juni 2017. Besonders stark fiel der Zuwachs in der Konsumgüterindustrie aus, was allerdings mit einem Sondereffekt in einem Teilbereich der Konsumgüterproduktion zusammenhängt. Von den drei größten Branchen drosselten zwei ihre Produktion; lediglich in der Chemischen Industrie fiel der Output höher aus als im Vorjahresmonat.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Juni 2018		Jan. bis Juni 2018
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	Mai 2018	Juni 2017	Jan. bis Juni 2017
Entwicklung der Produktion			
Industrie	1,7 % ↗	23,8 % ↑	17,1 % ↑
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	1,6 % ↗	6,0 % ↑	3,8 % ↑
Investitionsgüterproduzenten	-1,8 % ↘	-3,4 % ↓	3,4 % ↑
Konsumgüterproduzenten	3,4 % ↑	102,3 % ↑	66,6 % ↑
Chemie	1,3 % ↗	9,0 % ↑	3,9 % ↑
Fahrzeugbau	-4,3 % ↓	-3,5 % ↓	3,6 % ↑
Maschinenbau	2,8 % ↑	-1,7 % ↘	4,0 % ↑
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	-0,4 % ↘	7,4 % ↑	8,4 % ↑
Inland	-0,9 % ↘	-1,3 % ↘	5,6 % ↑
Ausland	0,5 % ↗	13,4 % ↑	9,8 % ↑
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	-5,1 % ↓	-2,0 % ↓	3,1 % ↑
Investitionsgüterproduzenten	-4,7 % ↓	1,3 % ↗	5,1 % ↑
Konsumgüterproduzenten	49,0 % ↑	70,6 % ↑	32,3 % ↑
Chemie	-7,5 % ↓	-4,2 % ↓	1,5 % ↗
Fahrzeugbau	-4,1 % ↓	8,8 % ↑	8,8 % ↑
Maschinenbau	-3,8 % ↓	-7,5 % ↓	-0,8 % ↘

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Auftragseingänge der Industrie im Juni leicht gesunken

Im Juni 2018 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie leicht gesunken. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex 0,4 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Dieser Rückgang ist auf das Inlandsgeschäft zurückzuführen (–0,9 Prozent). Aus dem Ausland gingen etwas mehr Bestellungen ein als im Mai (+0,5 Prozent).

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.

In zwei der drei industriellen Hauptgruppen ist das Ordervolumen im Juni deutlich zurückgegangen. In der Vorleistungsgüterindustrie gingen 5,1 Prozent weniger Aufträge ein als im Monat zuvor. Die Nachfrage nach Investitionsgütern nahm um 4,7 Prozent ab. Andererseits war in der Konsumgüterindustrie ein kräftiger Anstieg der Bestellungen zu verzeichnen. Das Ordervolumen lag 49 Prozent über dem Niveau des Vormonats, was auf einen Sondereffekt in einem Teilbereich der Konsumgüterindustrie zurückzuführen ist.

Alle drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes mussten Nachfragerückgänge hinnehmen: In der Chemischen Industrie gingen im Juni 7,5 Prozent weniger Bestellungen ein als im Mai. Bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen schrumpfte das Ordervolumen um 4,1 Prozent. Im Maschinenbau sank die Nachfrage um 3,8 Prozent.

Die bereinigten Auftragseingänge lagen im Juni 2018 deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats (+7,4 Prozent). Der Grund dafür ist ein starker Anstieg der Bestellungen aus dem Ausland (+13 Prozent); das Ordervolumen aus dem Inland sank um 1,3 Prozent. In zwei der drei Hauptgruppen fiel die Nachfrage höher aus als ein Jahr zuvor. Die drei größten Branchen entwickelten sich ebenfalls unterschiedlich: Während die Bestellungen in der Chemischen Industrie sowie im Maschinenbau abnahmen, gingen in der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie mehr Aufträge ein als im Juni 2017.

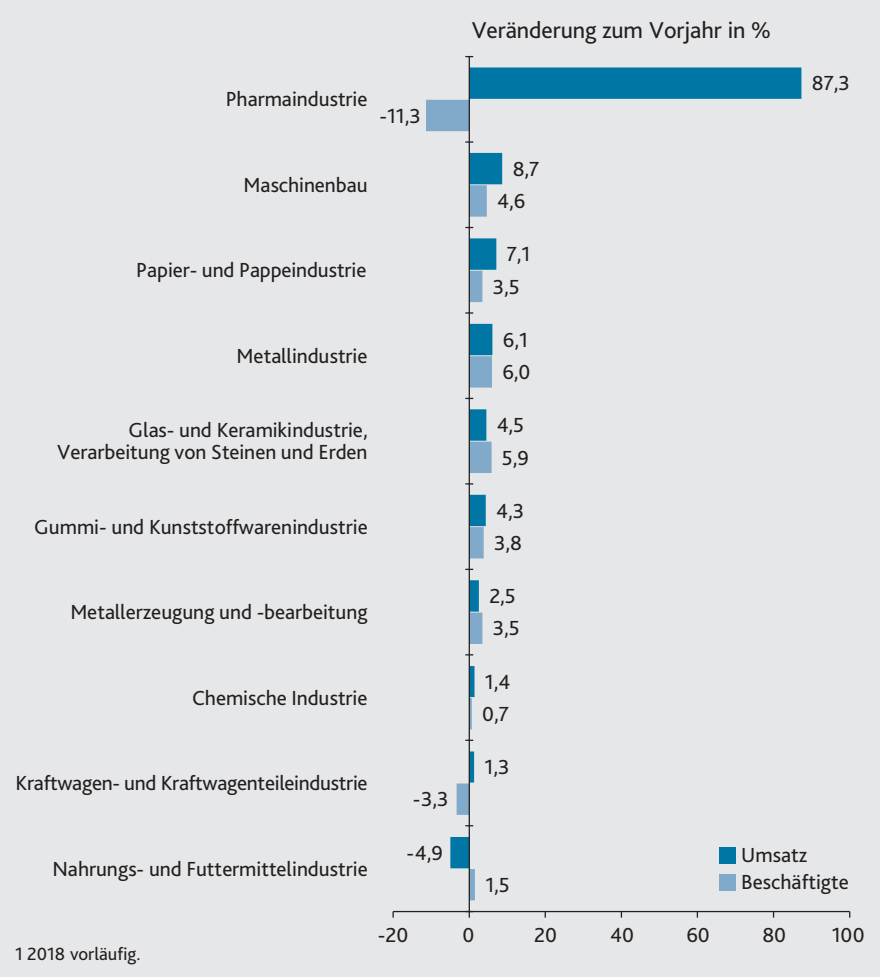
Industrieumsätze und Beschäftigung von Januar bis Juni über dem Vorjahresniveau

Die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie sind kräftig gestiegen. Die Industriebetriebe erwirtschafteten von Januar bis Juni 2018 Erlöse in Höhe von 50,6 Milliarden Euro; das waren 7,4 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +3,7 Prozent).

Der Inlandsumsatz war 4,4 Prozent und der Auslandsumsatz 9,8 Prozent höher als im ersten Halbjahr 2017 (Deutschland: +3,1 bzw. +4,3 Prozent). Auf das Auslandsgeschäft entfielen 57,8 Prozent der Erlöse (Deutschland: 50,5 Prozent). Die rheinland-pfälzische Exportquote lag damit um 1,2 Prozentpunkte über dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

In den Industriebetrieben waren von Januar bis Juni 2018 im Durchschnitt 258 700 Personen tätig. Die Beschäftigtenzahl stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,1 Prozent (Deutschland: +2,6 Prozent).

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im 1. Halbjahr 2018[1] nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



1 2018 vorläufig.

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Juni 2018		Jan. bis Juni 2018
	Veränderung des Wertes[1] zu		
	Mai 2018	Juni 2017	Jan. bis Juni 2017
Auftragseingang	-12,7 % ↓	13,1 % ↑	8,2 % ↑
Hochbau insgesamt	-14,0 % ↓	19,9 % ↑	8,0 % ↑
Wohnungsbau	-21,1 % ↓	13,4 % ↑	1,2 % ↗
gewerblicher Hochbau	5,7 % ↑	-1,4 % ↘	-1,2 % ↘
öffentlicher Hochbau	-9,9 % ↓	81,9 % ↑	38,1 % ↑
Tiefbau insgesamt	-11,3 % ↓	7,1 % ↑	8,4 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-13,3 % ↓	-19,1 % ↓	-22,5 % ↓
Straßenbau	-10,8 % ↓	10,8 % ↑	17,7 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-9,3 % ↓	24,1 % ↑	26,7 % ↑
Baugewerblicher Umsatz	5,7 % ↑	10,8 % ↑	5,9 % ↑
Hochbau insgesamt	10,3 % ↑	12,2 % ↑	7,0 % ↑
Wohnungsbau	4,5 % ↑	0,9 % ↗	5,9 % ↑
gewerblicher Hochbau	15,2 % ↑	17,6 % ↑	2,6 % ↑
öffentlicher Hochbau	9,6 % ↑	24,6 % ↑	21,1 % ↑
Tiefbau insgesamt	1,8 % ↗	9,5 % ↑	4,9 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-14,6 % ↓	7,7 % ↑	15,5 % ↑
Straßenbau	2,9 % ↑	9,1 % ↑	4,2 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	16,9 % ↑	11,3 % ↑	-2,4 % ↓

1 Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

Es wurden 197,7 Millionen Arbeitsstunden geleistet, was ein Plus von 0,4 Prozent bedeutet (Deutschland: +1,3 Prozent).

In neun der zehn umsatzstärksten Industriebranchen lagen die Erlöse im ersten Halbjahr 2018 über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die größte prozentuale Umsatzsteigerung verbuchte die Pharmaindustrie (+87 Prozent). Dahinter folgten der Maschinenbau und die Papier- und Pappeindustrie (+8,7 bzw. +7,1 Prozent). Nur die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln mussten Erlösrückgänge hinnehmen (–4,9 Prozent).

In acht der zehn umsatzstärksten Branchen waren in den ersten sechs Monaten 2018 mehr Personen tätig als ein Jahr zuvor. Die größten Steigerungen verzeichneten die Hersteller von Metallerzeugnissen (+6 Prozent). In der Pharmaindustrie und bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen war die Beschäftigung rückläufig (–11 bzw. –3,3 Prozent).

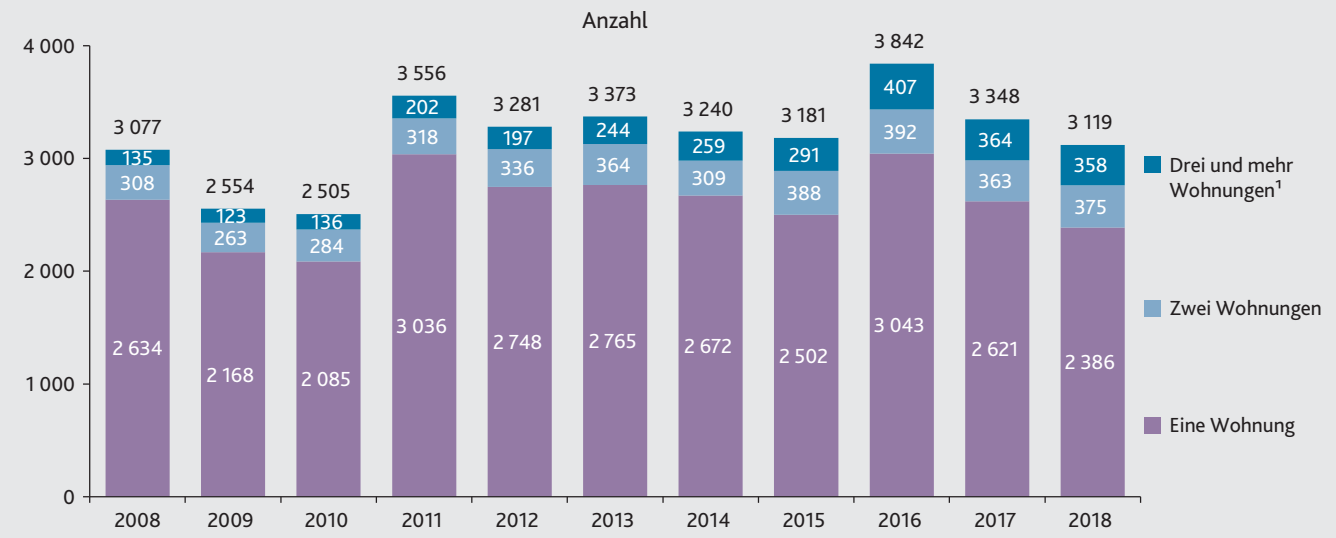
Aufträge und Umsätze im Bauhauptgewerbe im ersten Halbjahr deutlich höher als im Vorjahr

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im Juni 2018 weniger Aufträge und höhere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge gingen im Vergleich zum Mai 2018 – kalender- und saisonbereinigt – um 13 Prozent zurück. Der baugewerbliche Umsatz erhöhte sich dagegen um 5,7 Prozent. Gegenüber dem ersten Halbjahr 2017 nahm das Ordervolumen um 8,2 Prozent zu, der Umsatz stieg um 5,9 Prozent.

Im Juni 2018 blieben die bereinigten Auftragseingänge sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau hinter dem Vormonatsergebnis zurück (–14 bzw. –11 Prozent). Mit Ausnahme des gewerblichen Hochbaus (+5,7 Prozent) war die Nachfrage nach Bauleistungen in allen Baubereichen niedriger als im Mai. Den stärksten Rückgang verzeichnete der Wohnungsbau (–21 Prozent). Kräftige Einbußen gab es außerdem im gewerblichen Tiefbau sowie im Straßenbau (–13 bzw. –11 Prozent). Gegenüber dem ersten Halbjahr 2017 wurden dagegen sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau deutliche Auftragszuwächse registriert (+8,4 bzw. +8 Prozent).

Im Juni 2018 stiegen die bereinigten Erlöse im Hochbau um zehn Prozent. Für den Tiefbau errechnete sich ebenfalls ein höherer Umsatz als im Vormonat (+1,8 Prozent). Kräftige Zuwächse verzeichneten der sonstige öffentliche Tiefbau sowie der gewerbliche Hochbau (+17 bzw. +15 Prozent). Der öffentliche Hochbau sowie der Wohnungsbau übertrafen den Vormonatsumsatz ebenfalls deutlich (+9,6 bzw. +4,5 Prozent). Lediglich im gewerblichen Tiefbau kam es zu Umsatzrückgängen (–15 Prozent). Gegenüber dem ersten Halbjahr 2017 erhöhten sich die baugewerblichen Umsätze sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau (+7 bzw. +4,9 Prozent).

Genehmigte Wohngebäude (Neubau) im 1. Halbjahr 2008–2018 nach Anzahl der Wohnungen im Gebäude



1 Einschließlich Wohnheime.

Anzahl der Baugenehmigungen für neue Wohnungen rückläufig

Die Anzahl der erteilten Baugenehmigungen für Neubauten im Wohnbau war in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 2018 rückläufig. Die Bauaufsichtsbehörden bewilligten den Neubau von Gebäuden mit insgesamt 6 280 Wohnungen, das waren rund sechs Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2017. Die Anzahl der Wohngebäude lag bei 3 120; sie ging gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres um knapp sieben Prozent zurück.

Die meisten Genehmigungen für Neubauten im Wohnbau betrafen – wie für Rheinland-Pfalz üblich – Einfamilienhäuser. Insgesamt 2 390 aller neu bewilligten 3 120 Wohngebäude waren Einfamilienhäuser (rund 76 Prozent). Bei den Einfamilienhäusern war der Rückgang der erteilten Baugenehmigungen mit –9 Prozent besonders deutlich. Bei den Mehrfamilienhäusern mit drei und mehr Wohnungen verringerte sich die Anzahl der genehmigten Wohnungen um sechs Prozent. Bei den Zweifamilienhäusern ergab sich hingegen ein Anstieg um mehr als drei Prozent.

Für die bewilligten Baumaßnahmen wurden Kosten von rund 1,29 Milliarden Euro veranschlagt, was einer Abnahme von 2,3 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2017 entspricht.

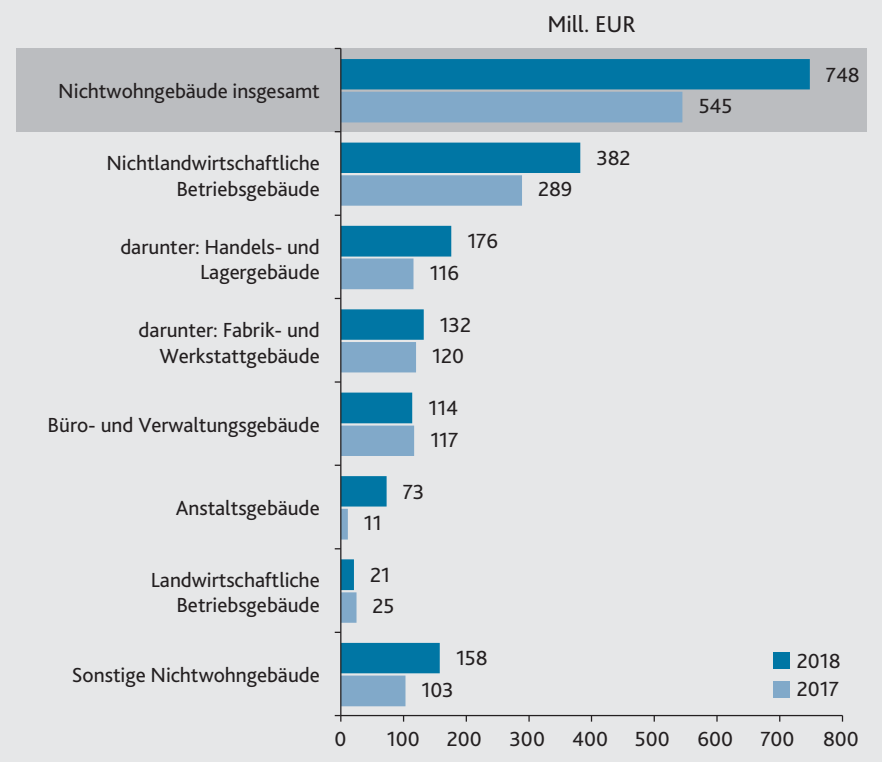
Landesweit kamen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner rechnerisch gut 15 genehmigte neue Wohnungen in Wohngebäuden. Unter den kreisfreien Städten hatten Mainz mit 23,4 und Trier mit 23,1 die höchsten Durchschnittswerte. Am geringsten war der Wert in Speyer (0,8). Unter den Landkreisen lagen Germersheim und Ahrweiler mit Werten von 28,7 bzw. 24,2 genehmigten neuen Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner an der Spitze. Den niedrigsten Wert verzeichnete der Kreis Südwestpfalz (9,4).

Deutlich weniger Baugenehmigungen im Nichtwohnbau

Im ersten Halbjahr 2018 wurden in Rheinland-Pfalz deutlich weniger Anträge für Neubauten von Nichtwohngebäuden genehmigt. Die Zahl lag mit 736 um knapp 13 Prozent niedriger als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres.

Die veranschlagten Baukosten stiegen hingegen an. Sie betrugen rund 748 Millionen Euro und lagen damit um mehr als 37 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die durchschnittlichen Kosten je Neubauvorhaben wuchsen um rund 57 Prozent auf gut eine Million Euro.

Voraussichtliche Baukosten genehmigter Nichtwohngebäude (Neubau) im 1. Halbjahr 2017 und 2018 nach Gebäudearten



Insgesamt genehmigten die Bauaufsichtsbehörden die Errichtung von 443 nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden, darunter insbesondere Handels- und Lagergebäude sowie Fabrik- und Werkstattgebäude. Zudem wurden Baugenehmigungen für 99 landwirtschaftliche Betriebsgebäude, 74 Büro- und Verwaltungsgebäude sowie 108 sonstige Nichtwohngebäude erteilt.

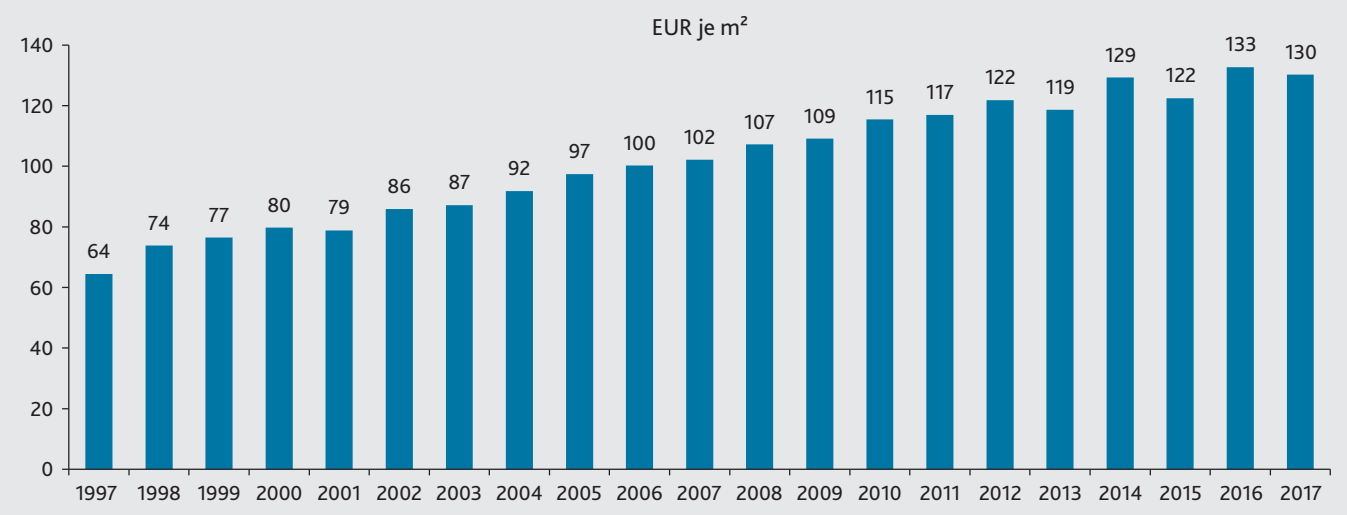
Kaufwerte für baureifes Land 2017 rückläufig

Für baureifes Land wurde in Rheinland-Pfalz 2017 weniger bezahlt als ein Jahr zuvor. Der Kaufwert belief sich auf durchschnittlich 130 Euro pro Quadratmeter. Er lag damit um 1,9 Prozent unter dem Niveau von 2016, als 133 Euro je Quadratmeter gezahlt wurden. Im Jahr 2007 waren es 102 Euro.

Gegenüber 2016 hat sowohl die Zahl der Verkäufe als auch die verkaufte Fläche abgenommen. Insgesamt gab es 5 672 Verkaufsfälle (–7,3 Prozent), bei denen 4,2 Millionen Quadratmeter baureifes Land den Eigentümer wechselten (–4,5 Prozent).

In den kreisfreien Städten lag der Kaufwert durchschnittlich bei 382 Euro je Quadratmeter baureifes Land. Beispielsweise wurden in Mainz 844 Euro

Durchschnittliche Kaufwerte für baureifes Land 1997–2017



je Quadratmeter erzielt, während sich der Kaufwert in Zweibrücken auf 81 Euro je Quadratmeter belief. In den Landkreisen fiel der Kaufwert je Quadratmeter baureifes Land mit durchschnittlich 102 Euro wesentlich niedriger aus als in den kreisfreien Städten. Im Rhein-Pfalz-Kreis wurden 318 Euro je Quadratmeter gezahlt, im Landkreis Vulkaneifel 37 Euro.

Neben baureifem Land wurde im vergangenen Jahr auch in geringerem Umfang Industrieland (599 Kauffälle) sowie Rohbauland (204 Kauffälle) veräußert. Die Kaufwerte hierfür lagen mit 52 bzw. 57 Euro je Quadratmeter deutlich unter den Kaufwerten für baureifes Land. Land für Verkehrszwecke wurde für durchschnittlich 41 Euro je Quadratmeter verkauft (20 Kauffälle).

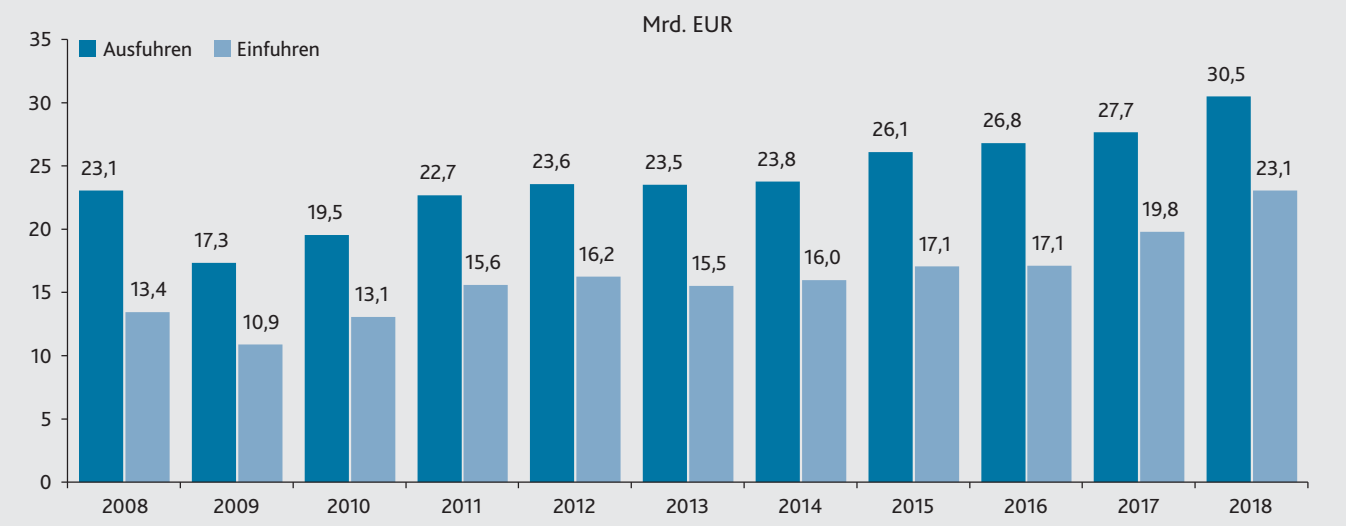
Deutlicher Zuwachs im Außenhandel

Der rheinland-pfälzische Außenhandel ist im ersten Halbjahr 2018 deutlich gewachsen. Nach vorläufigen Angaben wurden von Januar bis Juni Waren im Wert von 30,5 Milliarden Euro exportiert, was eine Zunahme um zehn Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet (Deutschland: +4 Prozent). Der Wert der Importe erhöhte sich um 16,5 Prozent auf 23,1 Milliarden Euro (Deutschland: +4,8 Prozent).

Ein großer Teil des Exportwachstums geht auf den Handel mit den Ländern der Eurozone zurück. In die Euroländer wurden im ersten Halbjahr 2018 Waren im Wert von 14,5 Milliarden Euro geliefert, was einen Anstieg um 22 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet. In die meisten Länder der Eurozone wurde mehr exportiert als im ersten Halbjahr 2017. Die Ausfuhren in die EU-Mitgliedstaaten, die nicht der Eurozone angehören, verringerten sich dagegen um drei Prozent auf 5,4 Milliarden Euro. Dieses Minus ist unter anderem auf Rückgänge bei den Exporten in die Tschechische Republik (–15,5 Prozent) und in das Vereinigte Königreich (–7,1 Prozent) zurückzuführen. Insgesamt stiegen die Ausfuhren in die EU-Länder um 14 Prozent auf 19,8 Milliarden Euro. In europäische Länder außerhalb der EU wurden Waren im Wert von 2,2 Milliarden Euro geliefert; das waren 4,9 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2017.

Der Wert der auf den amerikanischen Kontinent exportierten Waren erhöhte sich um 9,1 Prozent auf 3,7 Milliarden Euro. Dazu trugen unter anderem die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten bei, die um elf Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums lagen. Rückläufig waren die Ausfuhren nach Asien. Sie nahmen um 1,5 Prozent auf 3,7 Milliarden Euro ab. Während sich die Geschäfte mit China, dem wichtigsten Handelspartner in der Region,

Ausfuhren und Einfuhren im 1. Halbjahr 2008–2018



günstig entwickelten, waren die Exporte nach Japan, dem zweitwichtigsten Abnehmerland in Asien, rückläufig. Die Lieferungen nach Afrika sowie nach Australien und Ozeanien stiegen ebenfalls an.

In der Mehrzahl der Güterabteilungen, die für den Export eine große Bedeutung haben, waren Zuwächse zu verzeichnen. Besonders stark stieg der Wert der Ausfuhr pharmazeutischer Erzeugnisse (+70,5 Prozent). Größere Steigerungen gab es außerdem beim Export von Metallen sowie von Gummi- und Kunststoffwaren (+7,3 bzw. +4,1 Prozent). Die Ausfuhr chemischer Erzeugnisse ging um 2,6 Prozent zurück.

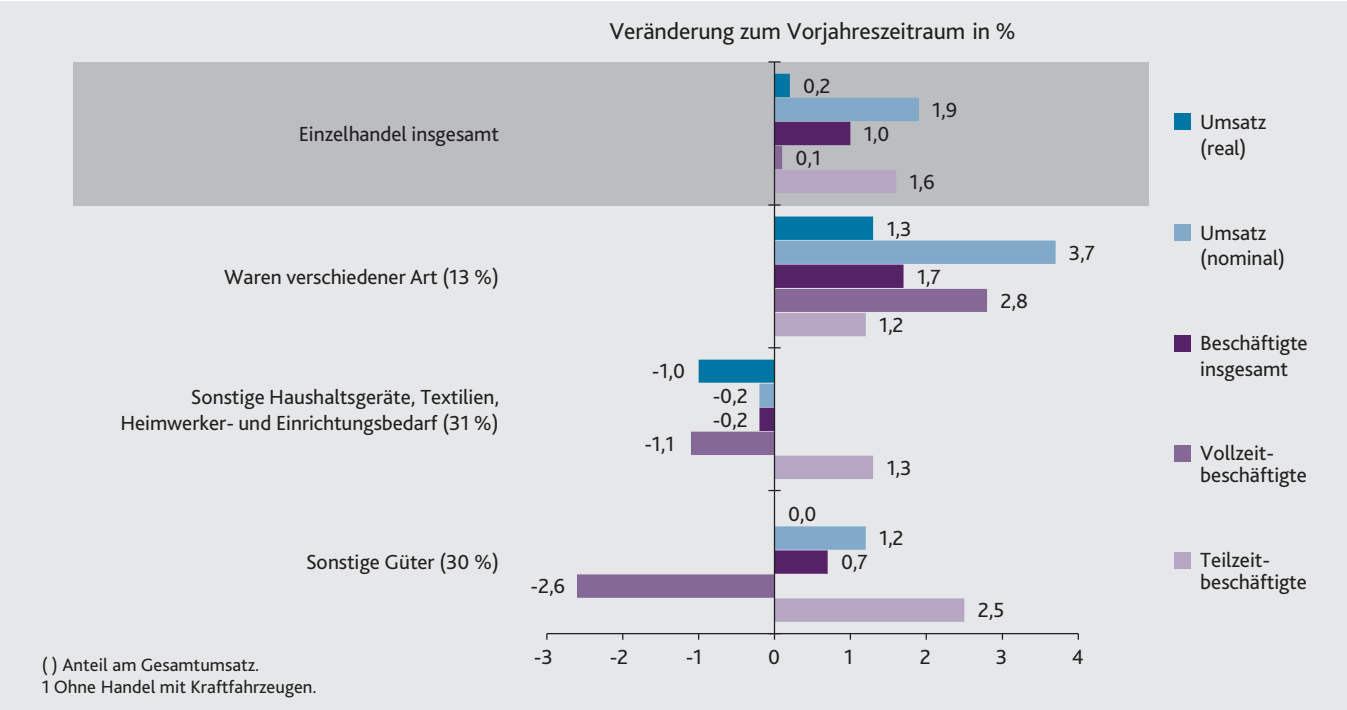
Die Einfuhren aus den Euroländern legten deutlich zu (+27 Prozent). Sie stiegen stärker als die Importe aus den EU-Ländern, die nicht der Eurozone angehören (+6,6 Prozent). Insgesamt wurden aus den Mitgliedstaaten der EU im ersten Halbjahr 2018 Waren im Wert von 15,8 Milliarden Euro importiert, was eine Steigerung um 21,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet. Die Einfuhren aus den europäischen Staaten außerhalb der EU erhöhten sich um 6,6 Prozent auf 1,5 Milliarden Euro.

Der Wert der aus Amerika importierten Waren stieg deutlich um zwölf Prozent auf 1,9 Milliarden Euro, was in erster Linie auf eine starke Zunahme der Einfuhren aus den USA zurückzuführen ist. Im Handel mit Asien legten die Importe um 5,3 Prozent auf 3,5 Milliarden Euro zu. Hierbei standen einem kräftigen Einfuhrplus aus China und Japan Rückgänge bei den Importen aus anderen Ländern der Region gegenüber. Die Importe aus Afrika sowie aus Australien und Ozeanien waren rückläufig (–14 bzw. –6,1 Prozent).

Einzelhandel im ersten Halbjahr mit Umsatz- und Beschäftigtenplus

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel setzte im ersten Halbjahr 2018 mehr um als im Vorjahreszeitraum. Nach vorläufigen Berechnungen waren die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 0,2 Prozent höher als im ersten Halbjahr 2017. Nominal, also zu jeweiligen Preisen, stiegen die Erlöse um 1,9 Prozent. Deutschlandweit legten die Einzelhandelsumsätze preisbereinigt 1,4 Prozent zu (nominal: +3 Prozent).

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel[1] im 1. Halbjahr 2018 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



( ) Anteil am Gesamtumsatz.
1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

Die Umsatzentwicklung war in den verschiedenen Bereichen des Einzelhandels unterschiedlich. Der umsatzstärkste Bereich ist der „Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf". In diesem Handelssegment lagen die preisbereinigten Umsätze von Januar bis Juni um ein Prozent unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Im zweitgrößten Bereich, dem „Einzelhandel mit sonstigen Gütern", zu denen Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, blieben die realen Erlöse im ersten Halbjahr 2018 unverändert. Im „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art", zu dem Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte gehören, fielen die preisbereinigten Erlöse dagegen höher aus als im Vorjahreszeitraum (+1,3 Prozent). Der Handel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren setzte real 4,1 Prozent mehr um als im ersten Halbjahr 2017. Im Handel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik gingen die Umsätze preisbereinigt um 5,2 Prozent zurück.

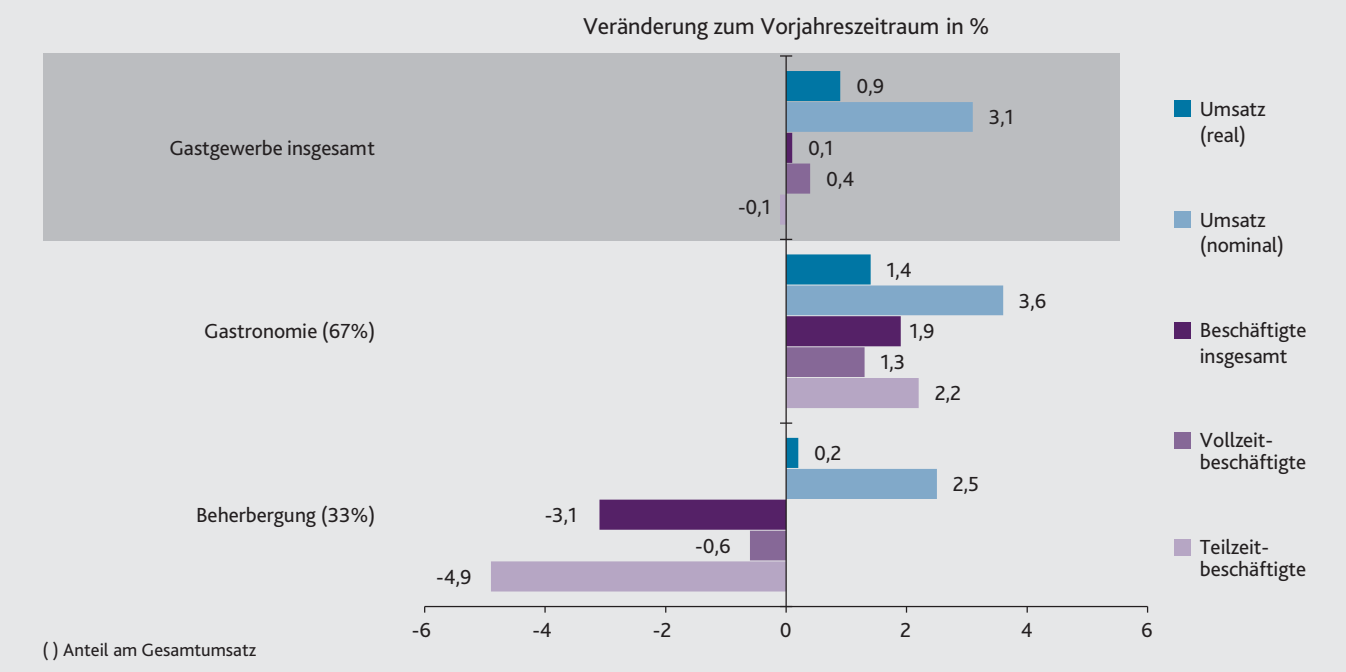
Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel lag in der Zeit von Januar bis Juni 2018 um ein Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nahezu unverändert blieb (+0,1 Prozent), stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 1,6 Prozent.

Gastgewerbe verzeichnet im ersten Halbjahr Umsatzplus

Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe setzte im ersten Halbjahr 2018 mehr um als im Vorjahreszeitraum. Nach vorläufigen Berechnungen waren die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 0,9 Prozent höher als im ersten Halbjahr 2017. Nominal bzw. in jeweiligen Preisen stiegen die Erlöse um 3,1 Prozent. Deutschlandweit nahmen die Gastgewerbeumsätze preisbereinigt um 0,3 Prozent und in jeweiligen Preisen um 2,5 Prozent zu.

In der Gastronomie, auf die zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze entfallen, waren die Erlöse von Januar bis Juni 2018 real um 1,4 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum. Die speisengeprägte Gastronomie, zu der Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben zählen, verzeichnete preisbereinigt eine Erlössteigerung von 2,4 Prozent. Die Umsätze der Caterer und Erbringer sonstiger Verpflegungsdienstleistungen gingen hingegen um 0,7 Prozent zurück.

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe im 1. Halbjahr 2018



( ) Anteil am Gesamtumsatz

Im rheinland-pfälzischen Beherbergungsgewerbe, das ein Drittel der Umsätze des Gastgewerbes erwirtschaftet, fielen die preisbereinigten Erlöse mit einem Plus von 0,2 Prozent geringfügig höher aus als im ersten Halbjahr 2017.

Die Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe war im ersten Halbjahr 2018 mit +0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum nur leicht verändert. Dabei nahm die Zahl der Vollzeitkräfte um 0,4 Prozent zu; die Zahl der Teilzeitkräfte blieb nahezu gleich (–0,1 Prozent).

Mehr Gäste und höhere Übernachtungszahlen im ersten Halbjahr

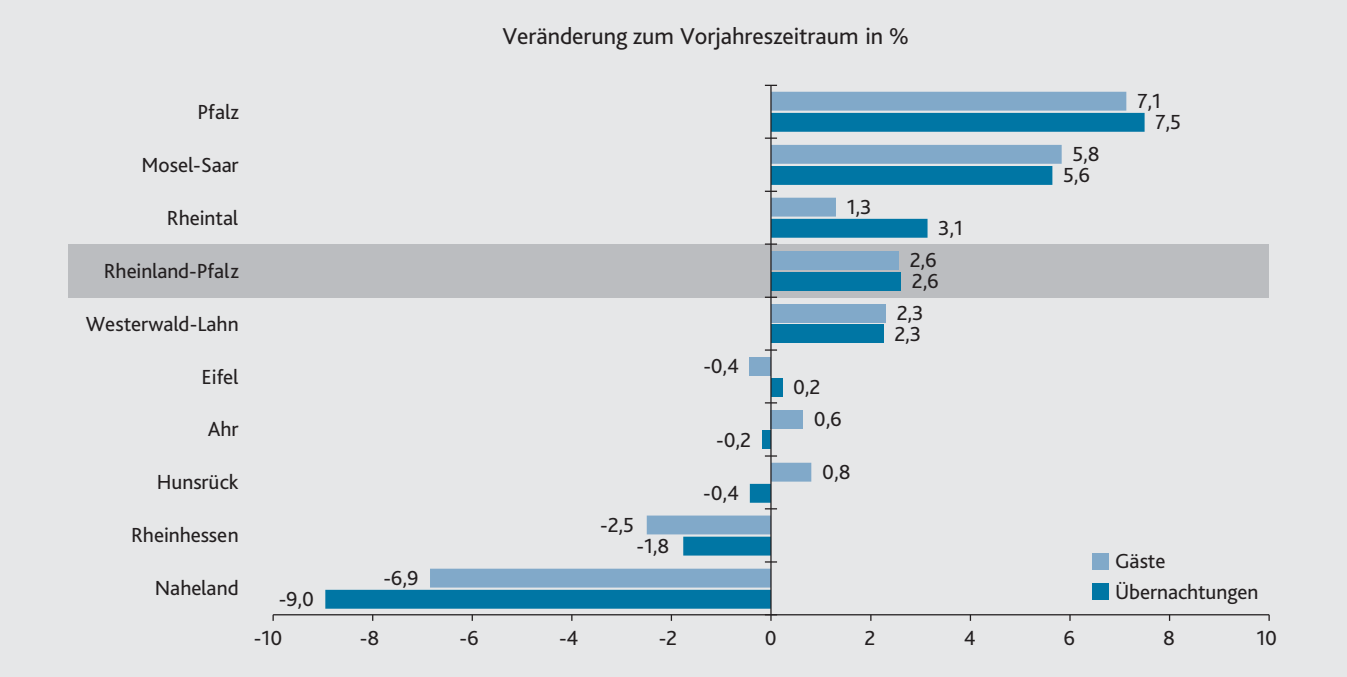
Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe verzeichneten im ersten Halbjahr einen Anstieg der Gäste- und Übernachtungszahlen. Es übernachteten 4,35 Millionen Gäste im Land, das waren 2,6 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2017. Die Übernachtungen stiegen ebenfalls um 2,6 Prozent auf 10,93 Millionen.

In fünf der neun Tourismusregionen lag das Übernachtungsaufkommen über dem Niveau des Vorjahreszeitraums, wobei die Pfalz mit einem Zuwachs um 7,5 Prozent den Spitzenplatz einnahm. Mit einer Steigerung um 5,6 Prozent belegte das Gebiet Mosel-Saar Rang zwei. An der Ahr, im Hunsrück, in Rheinhessen und im Naheland waren die Übernachtungszahlen dagegen niedriger als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Einen Anstieg der Gästezahlen gab es in sechs der neun Tourismusregionen, wobei die Regionen Pfalz und Mosel-Saar ebenfalls die beiden vorderen Plätze belegten.

Neun der elf touristischen Betriebsarten konnten von Übernachtungszuwächsen profitieren, wobei die Hotels garnis mit einem Zuwachs von 7,7 Prozent vorne lagen. Eine negative Halbjahresbilanz wiesen hingegen die Gasthöfe und die Ferienzentren auf. Beim Gästeaufkommen verbuchten acht der elf Betriebsarten Zuwächse gegenüber Januar bis Juni 2017. Mit einem Plus von 7,5 Prozent lagen hier die Ferienhäuser und Ferienwohnungen an der Spitze. Weniger Gäste wurden in Ferienzentren, in Gasthöfen und in Vorsorge- und Rehabilitationskliniken begrüßt.

In der ersten Jahreshälfte besuchten 3,5 Millionen Gäste aus dem Inland Rheinland-Pfalz (+2,5 Prozent). Die Zahl ihrer Übernachtungen stieg um 2,9 Prozent und belief sich auf 8,72 Millionen. Aus dem Ausland

Gäste und Übernachtungen von Januar bis Juni 2018 nach Tourismusregionen



kamen 854 800 Besucherinnen und Besucher (+2,7 Prozent), die 2,21 Millionen Übernachtungen buchten (+1,4 Prozent).

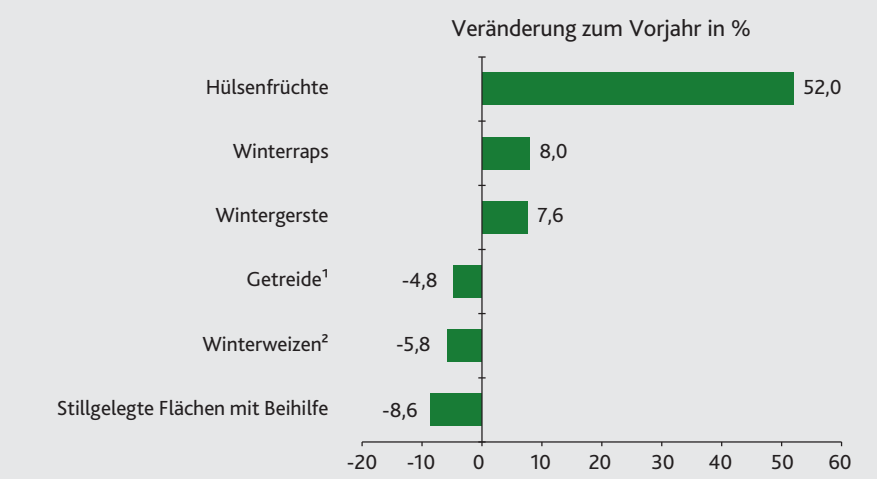
Auf über 200 000 Hektar laufen die Mähdrescher

In diesem Jahr werden in Rheinland-Pfalz rund 218 500 Hektar Getreide und Körnermais gedroschen. Getreide wurde zur Ernte 2018 auf 54 Prozent des Ackerlandes angebaut. Gegenüber dem Vorjahr ist die Getreidefläche etwas kleiner (–4,8 Prozent). Dafür hatten die Landwirtinnen und Landwirte mehr Winterraps angebaut (+8 Prozent). Winterraps hat seine gelbe Blüte auf mehr als 45 000 Hektar gezeigt.

Bei Getreide wurde weniger Winterweizen als im Vorjahr angebaut (–5,8 Prozent). Winterweizen ist weiterhin mit 106 600 Hektar die wichtigste Getreideart. Wintergerste folgt auf dem zweiten Platz mit mehr als 40 900 Hektar. Der Anbau von Wintergerste wurde ausgedehnt (+7,6 Prozent). Ihre Anbaufläche übertrifft seit 2016 den Anbau von Sommergerste, die als Braugerste vermarktet wird (35 900 Hektar).

In der ackerbaulichen Nutzung zeigen sich auch die Folgen des „Greenings" – einem zentralen Element der Agrarreform. Konventionell wirtschaftende Betriebe mit mehr als 15 Hektar Ackerfläche erhalten die Greeningförderung, wenn sie fünf Prozent ihrer Ackerfläche als ökologische Vorrangflächen bewirtschaften. Auf den Pflichtumfang kann die Stilllegung von Flächen oder z. B. auch der Anbau von Hülsenfrüchten angerechnet werden. Stillgelegte Flächen mit Beihilfe umfassen annähernd 18 900 Hektar des Ackerlandes (4,7 Prozent). Hülsenfrüchte werden auf rund 5 400 Hektar angebaut; gegenüber dem Vorjahr wurde der Anbau deutlich erhöht (+52 Prozent).

Ackerbau in landwirtschaftlichen Betrieben 2018 nach ausgewählten Nutzungsarten



1 Ohne Körnermais und Corn-Cob-Mix. – 2 Einschließlich Dinkel und Einkorn.

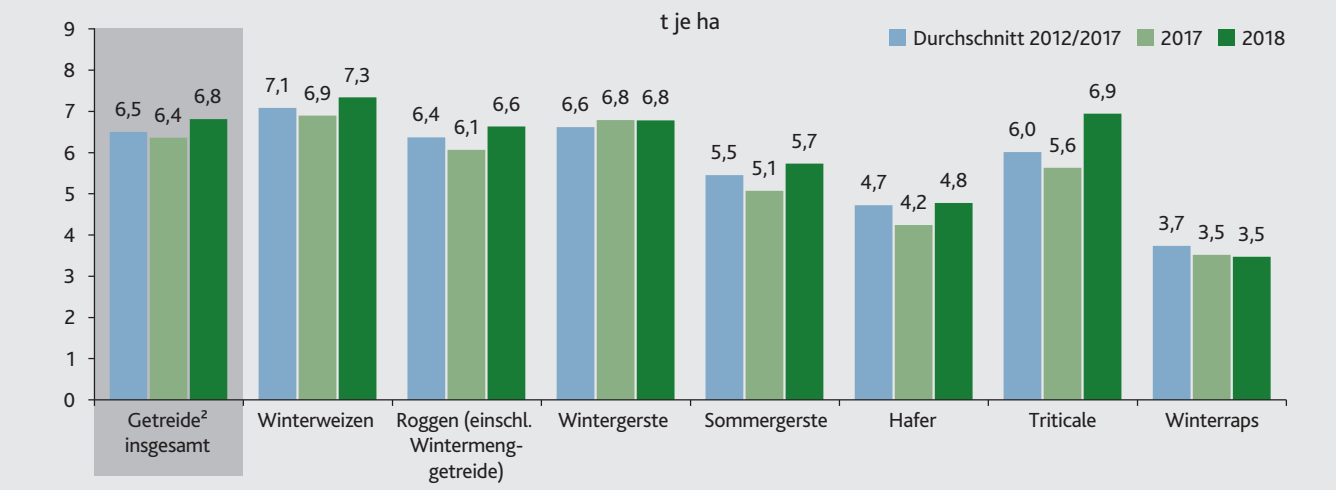
Der größte Teil der landwirtschaftlich genutzten Fläche wird ackerbaulich genutzt (57 Prozent). Dauerkulturen, zu denen z. B. Rebflächen und Obstanlagen gehören, beanspruchen zehn Prozent der Fläche. Bei den übrigen 33 Prozent handelt es sich um Dauergrünland.

Erste Bilanz: Durchschnittliche Getreideernte

Nach einer ersten Bilanz werden die rheinland-pfälzischen Landwirtinnen und Landwirte im laufenden Jahr knapp 1,5 Millionen Tonnen Getreide ernten. Das Ergebnis entspricht dem Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2017. Gegenüber der unterdurchschnittlichen Vorjahresmenge ist eine Zunahme von sechs Prozent zu verzeichnen. Der Hektarertrag liegt mit 6,8 Tonnen um 0,3 Tonnen über dem mehrjährigen Mittel. Im Gegensatz zu vielen anderen Regionen in Deutschland hat die langanhaltende Trockenperiode in Rheinland-Pfalz nur vereinzelt zu größeren Ertragsausfällen im Getreideanbau geführt.

Die Getreidebestände waren im Allgemeinen gut durch den Winter gekommen. Aufgrund der niedrigen Temperaturen im März startete das Pflanzenwachstum erst im April, der zu den wärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen gehört. Die hohen Temperaturen in Verbindung mit den großen Wasservorräten im Boden beschleunigten das Pflanzenwachstum und führten zu einem größeren Vegetationsvorsprung. Auch die Folgemonate wiesen überdurchschnittliche Temperaturen auf. Während in Rheinland-

Hektarerträge ausgewählter Fruchtarten und Winterraps 2012–2018[1]



1 Vorläufiges Ergebnis. – 2 Ohne Körnermais und CCM sowie anderes Getreide zur Körnergewinnung.

Pfalz im Mai und Juni immer wieder Niederschläge registriert wurden, litten andere Bundesländer unter der Trockenheit. Die ungleiche Verteilung der Niederschläge in Verbindung mit den hohen Temperaturen dürfte eine wichtige Ursache für die unterschiedlichen Getreideerträge in Deutschland sein.

Getreide wurde 2018 auf 218 500 Hektar angebaut und lag damit nur geringfügig unter der Vorjahresfläche. Die wichtigste Getreideart ist Winterweizen, der auf 106 600 Hektar angebaut (–5,8 Prozent) wurde. Der Hektarertrag übersteigt mit 7,3 Tonnen voraussichtlich um knapp vier Prozent den sechsjährigen Durchschnitt (7,1 Tonnen). Die erwartete Erntemenge liegt bei 782 000 Tonnen. Damit entfallen 53 Prozent der Getreideernte auf Winterweizen.

Wintergerste verzeichnet mit 40 900 Hektar im Vergleich zum Vorjahr eine Ausdehnung der Anbaufläche um 7,6 Prozent. Der Ertrag beträgt 6,8 Tonnen je Hektar und wird damit das langjährige Mittel um 2,5 Prozent übertreffen. Die für Wintergerste geschätzte Erntemenge beläuft sich auf 277 000 Tonnen. Sommergerste (35 900 Hektar) liegt mit 5,7 Tonnen je Hektar fünf Prozent über dem mehrjährigen Mittel. Die Erntemenge erreicht (206 000 Tonnen).

Winterraps ist nach Winterweizen die zweitwichtigste Fruchtart auf dem Ackerland. Die Anbaufläche wurde um acht Prozent auf 45 600 Hektar ausgedehnt. Der Hektarertrag bleibt mit 3,5 Tonnen rund sieben Prozent unter dem mehrjährigen Durchschnitt von 3,7 Tonnen. Die Erntemenge (158 000 Tonnen) wird den langjährigen Durchschnittswert um fünf Prozent verfehlen.

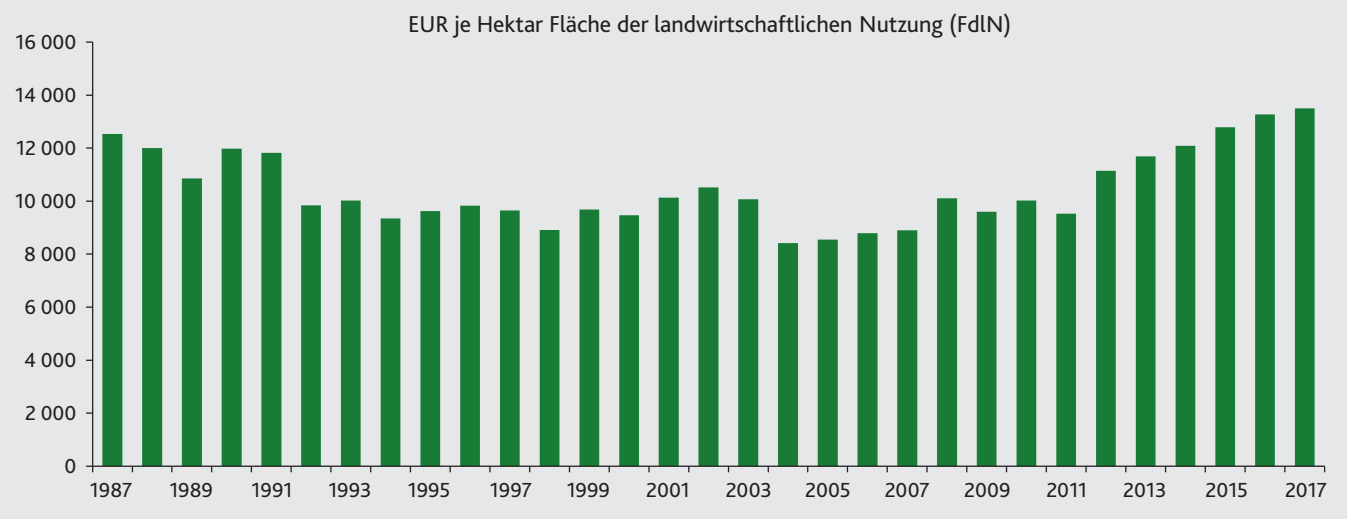
Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke steigen erneut

Die Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke sind zum sechsten Mal in Folge gestiegen. Die Kaufwerte je Hektar Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdlN) in Rheinland-Pfalz lagen 2017 im Durchschnitt bei knapp 13 500 Euro; das waren 1,8 Prozent mehr als im Jahr 2016.

Sowohl die Zahl der Kauffälle als auch die veräußerte Fläche der landwirtschaftlich genutzten Grundstücke waren gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Die Zahl der Eigentümerwechsel reduzierte sich auf 4 017 (–9,6 Prozent). Im Jahr 2017 wechselten 3 300 Hektar den Eigentümer; dies entspricht einem Rückgang von 6,3 Prozent. Pro Verkaufsfall wurden im Durchschnitt 0,82 Hektar veräußert.

Der weitaus größte Teil der verkauften Flächen liegt in den Landkreisen (97 Prozent). Dabei reichte die Spanne der Kaufwerte je Hektar Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung von rund 4 900 Euro im Landkreis Kusel bis zu 40 900 Euro im Rhein-Pfalz-Kreis. Im Durchschnitt aller Landkreise errechnet

Durchschnittliche Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 1987–2017



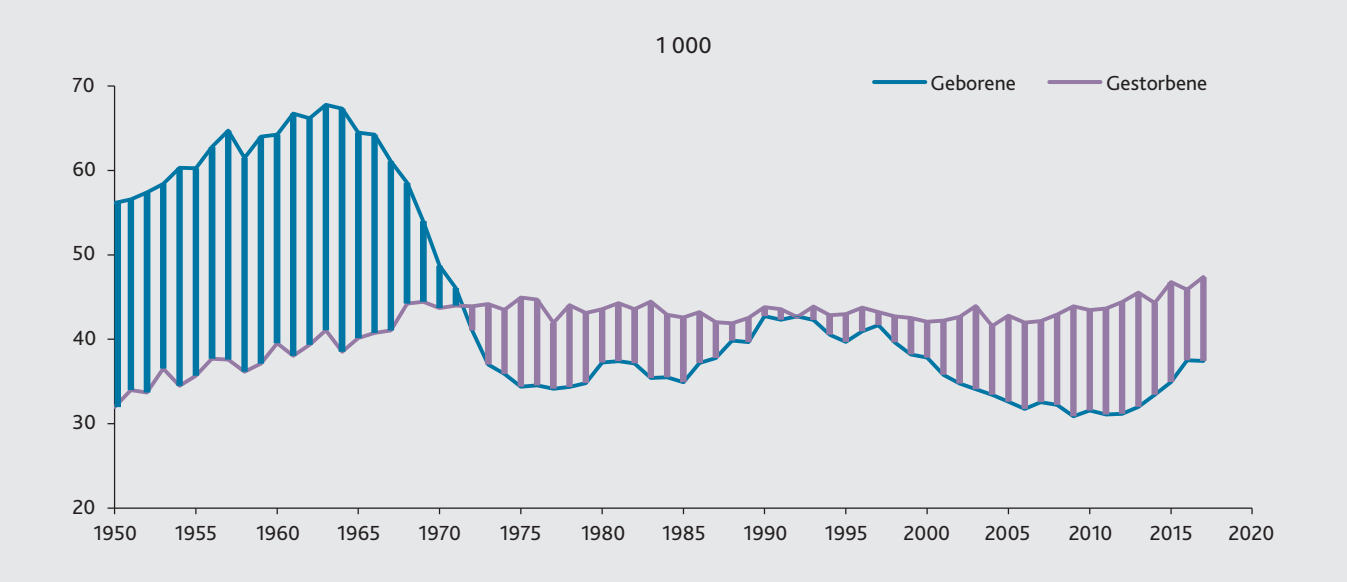
sich ein Hektarpreis von 12 600 Euro; in den kreisfreien Städten war er mit 39 800 Euro wesentlich höher.

Neben der regionalen Lage sind vor allem die Nutzungsart und die Bodenqualität für den Kaufpreis von Bedeutung. So war Ackerland mit durchschnittlich 18 600 Euro pro Hektar mehr als doppelt so teuer wie Grünland mit 8 800 Euro. Eine noch größere Spanne ist bei der Unterscheidung nach der Bodengüte zu beobachten: Gute Böden mit einer Ertragsmesszahl von 60 und mehr erzielten mit durchschnittlich rund 32 700 Euro einen mehr als dreimal so hohen Verkaufspreis wie Böden mit einer Ertragsmesszahl von unter 30.

Fast 37 500 Neugeborene im Jahr 2017

Im Jahr 2017 wurden 37 445 rheinland-pfälzische Kinder geboren, rund 18 000 Mädchen und 19 000 Jungen.

Geborene und Gestorbene 1950–2017



Die Zahl der Neugeborenen lag mit 0,2 Prozent geringfügig unter der von 2016, überstieg aber die Geborenenzahlen der Vorjahre.

Landesweit starben im vergangenen Jahr fast 47 385 Menschen und damit rund 1 500 (3,3 Prozent) mehr als 2016. Die Zahl der Sterbefälle überstieg die der Geborenen um rund 9 900. Das Geburtendefizit hat sich damit gegenüber dem Vorjahr (8 300) erhöht.

Im Regionalvergleich wurden lediglich in Mainz und Ludwigshafen mehr Kinder geboren als Menschen starben; in Mainz lag der Geburtenüberschuss bei 300, in Ludwigshafen bei 42. Alle übrigen kreisfreien Städte wie auch sämtliche Landkreise wiesen ein Geburtendefizit auf.

Bezogen auf je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner starben landesweit 2,4 Personen mehr als geboren wurden. In den kreisfreien Städten fällt dieser relative Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung mit –1,2 Personen deutlich günstiger aus als in den Landkreisen (–2,9 Personen). Ausschlaggebend hierfür ist nicht zuletzt, dass die Wohnbevölkerung in den kreisfreien Städten im Schnitt jünger ist. Für die Landeshauptstadt Mainz ergibt sich ein relativer Geburtenüberschuss von 1,4 Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Hingegen zeigen sich in der kreisfreien Stadt Pirmasens sowie im Landkreis Birkenfeld die höchsten relativen Geburtendefizite von –8,6 bzw. –7 Personen.

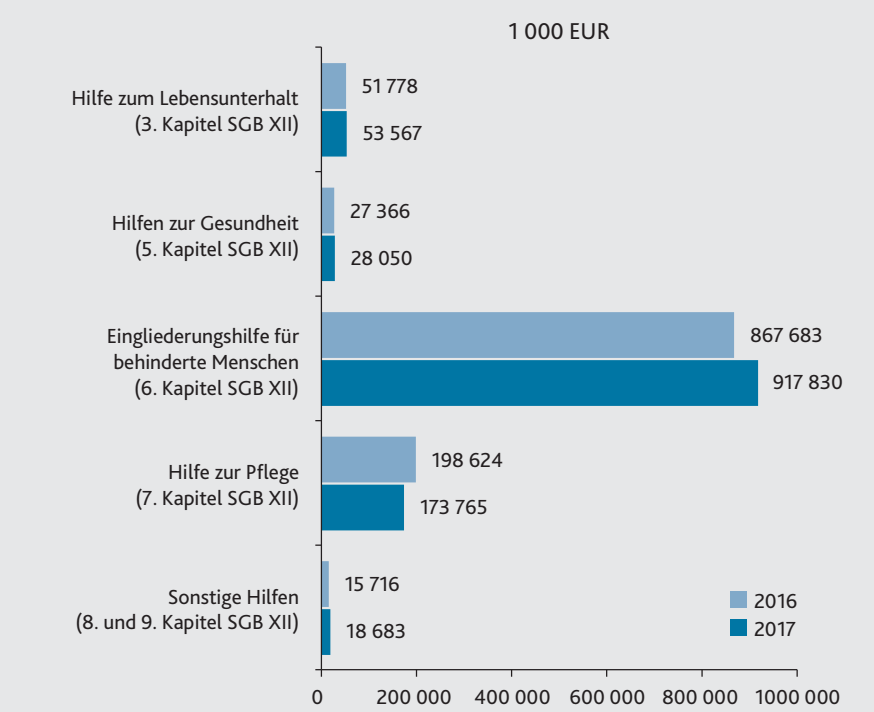
Ausgaben der Sozialhilfe steigen um 2,6 Prozent

Im Jahr 2017 wurden in Rheinland-Pfalz netto knapp 1,2 Milliarden Euro für Sozialhilfe (3. und 5. bis 9. Kapitel SGB XII) ausgegeben. Die Nettoausgaben für diese Sozialhilfeleistungen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 Prozent. Die verausgabten Leistungen der Sozialhilfe beseitigen bzw. mildern die Folgen von Behinderungen, gesundheitlichen und altersbedingten Einschränkungen und decken den Bedarf an Ernährung, den hauswirtschaftlichen Bedarf sowie die persönlichen Bedürfnisse des täglichen Lebens.

Nicht mehr enthalten sind ab 2017 die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII). Aufgrund einer fehlenden gesetzlichen Grundlage werden keine Ausgaben und Einnahmen dieser Leistungen mehr erfasst.

Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen stellte im vergangenen Jahr die größte Ausgabenposition dar; netto wurden rund 918 Millionen Euro für diese Hilfeart aufgewendet. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Aufwendungen für die Eingliederungshilfe um 5,8 Prozent. Auch für die Hilfe zum Lebensunterhalt (+3,5 Prozent), die Hilfen für Gesundheit (+2,5 Prozent) und die sonstigen Hilfen (+19 Prozent) waren Ausgabensteigerungen zu verzeichnen. Die Nettoausgaben für die Hilfe

Nettoausgaben der Sozialhilfe nach dem 3., 5. und 9. Kapitel SGB XII[1] 2016 und 2017 nach Hilfearten



1 Aufgrund einer fehlenden gesetzlichen Grundlage werden ab dem Berichtsjahr 2017 keine Ausgaben und Einnahmen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII mehr erfasst.

zur Pflege sind im Vorjahresvergleich um knapp 13 Prozent gesunken. Dieser Rückgang dürfte größtenteils in den Pflegestärkungsgesetzen begründet liegen, da aufgrund der Gesetzesänderung unter anderem vermehrt Leistungen von der Pflegeversicherung übernommen werden.

Insbesondere bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen und der Hilfe zur Pflege wurden die Leistungen an Personen gewährt, die in einer Einrichtung lebten (86 bzw. 82 Prozent der jeweiligen Nettoausgaben).

Regional gibt es große Unterschiede bei den Aufwendungen für die beschriebene Sozialhilfe. Die rechnerisch höchsten Ausgaben je Einwohnerin bzw. Einwohner hatte im Jahr 2017 die Stadt Pirmasens mit 506 Euro, die niedrigsten der Rhein-Pfalz-Kreis mit 198 Euro. Die kreisfreien Städte waren mit durchschnittlich 342 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner stärker belastet als die Landkreise (272 Euro).

Weniger BAföG-Geförderte trotz höherer Freibeträge

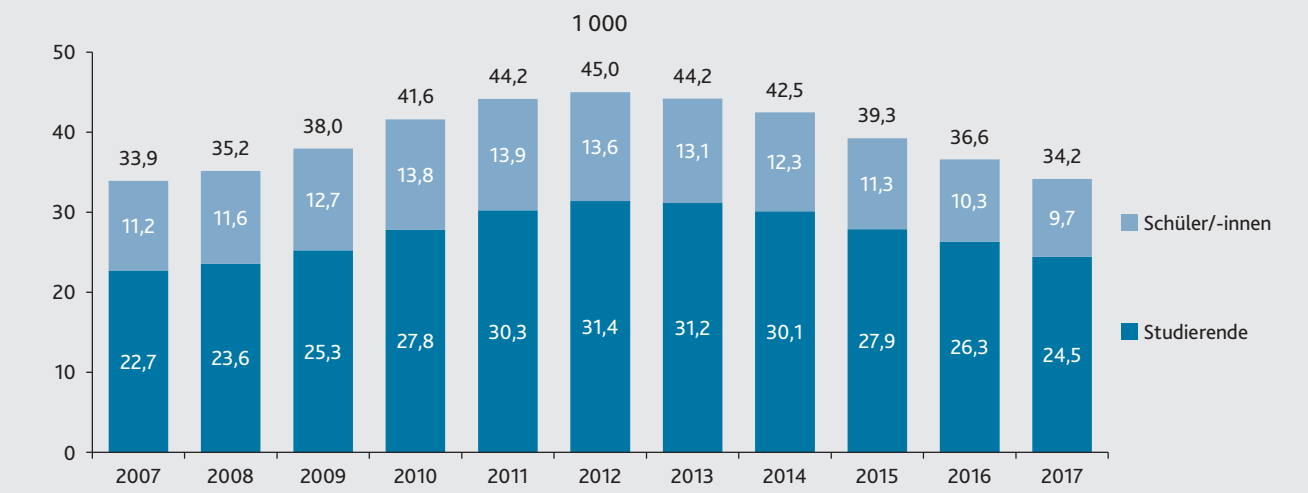
Im Jahr 2017 wurden in Rheinland-Pfalz rund 34 200 Personen, davon 24 500 Studierende und 9 700 Schülerinnen und Schüler, nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) finanziell unterstützt. Das waren etwa 2 500 Personen weniger als im Jahr zuvor.

Aufgrund des zwischen 2012 und 2016 deutlichen Rückgangs der Zahl der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger (–19 Prozent) wurden Mitte 2016 die Bedarfssätze sowie die Einkommens- und Vermögensfreibeträge erhöht. Das damit einhergehende Ziel, eine BAföG-Förderung für Studierende sowie Schülerinnen und Schüler wieder attraktiver zu machen, konnte 2017 nicht erreicht werden: Die Zahl der Geförderten ging gegenüber dem Vorjahr erneut um 6,7 Prozent zurück.

Dafür erhöhte sich der monatliche Betrag, den die Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Rahmen des BAföG erhielten. Mit durchschnittlich 469 Euro empfingen die Geförderten rund 32 Euro pro Monat mehr als im Vorjahr. Schülerinnen und Schüler (420 Euro) bekamen 67 Euro weniger als Studierende (487 Euro).

Seit dem Jahr 1971 werden auf der Grundlage des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) Jugendliche und junge Erwachsene finanziell in ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung unterstützt, im Wesentlichen um ihre Chancen im Bildungs- und Berufssystem zu erhöhen. Gefördert werden Ausbildungen an allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie an Hochschulen. Die Förderung gilt

Empfänger/-innen von Leistungen nach dem BAföG[1] 2007–2017 nach Empfängergruppen[2]



1 BAföG: Bundesausbildungsförderungsgesetz. – 2 Ab 2015 einschließlich Geförderte an Fernunterrichtsinstituten, die den Schüler/-innen zugeordnet werden.

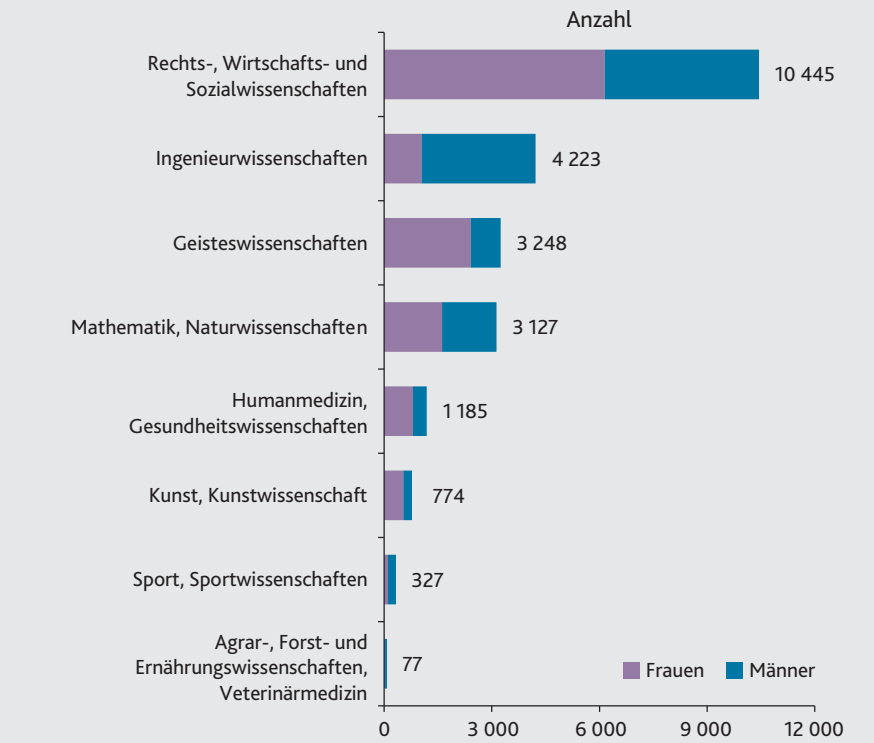
insbesondere dem Fachkräftenachwuchs. Daher werden nur Personen gefördert, die das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Eine Ausnahme bildet die Förderung von Studierenden in Masterstudiengängen, die bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres unterstützt werden können. Die Höhe des monatlichen Förderbetrags und die Förderungsart (Zuschuss oder Darlehen) hängen von der Art der Ausbildung und den familiären Rahmenbedingungen ab.

Mit insgesamt 118 Millionen Euro wurden Jugendliche und junge Erwachsene in Rheinland-Pfalz im Rahmen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes in ihrer Schul-, Hochschul- oder Berufsbildung finanziell gefördert (+1,3 Prozent gegenüber 2016). Studierende stellten mit 72 Prozent die größte Empfängergruppe, gefolgt von Schülerinnen und Schülern an berufsbildenden Schulen (22 Prozent). Die Förderung von Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen (zwei Prozent) und an Abendschulen bzw. Kollegs (fünf Prozent) nahm hingegen nur einen geringen Anteil des Gesamtaufwands ein.

Hochschulstatistik: Männer mit schlechteren Abschlussnoten als Frauen

Im Prüfungsjahr 2017 schlossen in Rheinland-Pfalz rund 22 400 junge Erwachsene ihr Hochschulstudium erfolgreich ab (ohne Promotionen). Das waren rund 80 Absolventinnen und Absolventen mehr als im Vorjahr (+0,4 Prozent).

Bestandene Abschlussprüfungen 2017[1] nach Fächergruppen und Geschlecht



1 Das Prüfungsjahr 2017 setzt sich aus Wintersemester 2016/17 und Sommersemester 2017 zusammen.

Einen Bachelorabschluss erreichten insgesamt 12 300 Studierende, einen Master knapp 8 000 Absolventinnen und Absolventen. Während die Zahl der erfolgreichen Masterabschlüsse gegenüber dem Vorjahr stieg, nahm die Absolventenzahl mit einem Bachelorabschluss um 1,3 Prozent ab.

Der kurzfristige Rückgang der Zahl der Bachelorabschlüsse begründet sich im Wesentlichen durch die demografische Entwicklung der altersrelevanten Bevölkerung. Der langfristige Anstieg zwischen 2007 und 2017 (+12 000) ist hingegen auf die durch die Bologna-Reform initialisierte Umstrukturierung der Diplom- und Magisterstudiengänge zurückzuführen, deren Absolventenzahl im gleichen Zeitraum deutlich sank (–9 300).

Mit dem Bachelorabschluss sollte über ein kurzes Studium ein schneller Zugang zum Arbeitsmarkt geschaffen werden. Doch der Abschluss geriet aufgrund der begrenzten Möglichkeiten, ausreichende Fachkompetenzen, Berufsreife und Erfahrungen für die Arbeitswelt zu erwerben, in jüngster Vergangenheit in die Kritik. Dadurch gewinnt das Masterstudium sowohl bei Arbeitgebern als auch bei Studierenden an Beliebtheit. Dies zeigt der Zuwachs von mehr als 500 Masterabsolventinnen und -absolventen gegenüber dem Vorjahr (+7,2 Prozent).

Gegenüber 2007 verschlechterte sich die durchschnittliche Abschlussnote der Hochschulabsolventinnen und -absolventen um sechs Prozent. Während die jungen Erwachsenen 2007 noch einen Notenschnitt von 2,1 erreichten, lag dieser 2017 nur noch bei 2,3. Dies ist insbesondere auf die Entwicklung geschlechterspezifischer Unterschiede zurückzuführen. Im Jahr 2007 lagen Männer noch beinahe auf dem Notenniveau der Frauen; 2017 sank ihr Schnitt jedoch um zwölf Prozent, während die Absolventinnen weiterhin im Mittel die Note 2,1 hielten. Diese Entwicklung begründet sich möglicherweise in einem durch die Bologna-Reform stärker verschulten Hochschulsystem, in dem die geschlechterspezifischen Unterschiede, die bereits im allgemeinbildenden Schulsystem vorliegen, verstetigt werden.

Die meisten Abschlüsse gab es in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (10 400), gefolgt von den Ingenieur- (4 200) und Geisteswissenschaften (3 300). Deutliche Geschlechterunterschiede lagen insbesondere bei den Ingenieurwissenschaften (75 Prozent Männer) und Geisteswissenschaften (74 Prozent Frauen) vor. Die Zahl der erfolgreich bestandenen Abschlussprüfungen in einem Lehramt lag bei rund 2 000 und damit 4,3 Prozent niedriger als im Jahr zuvor.

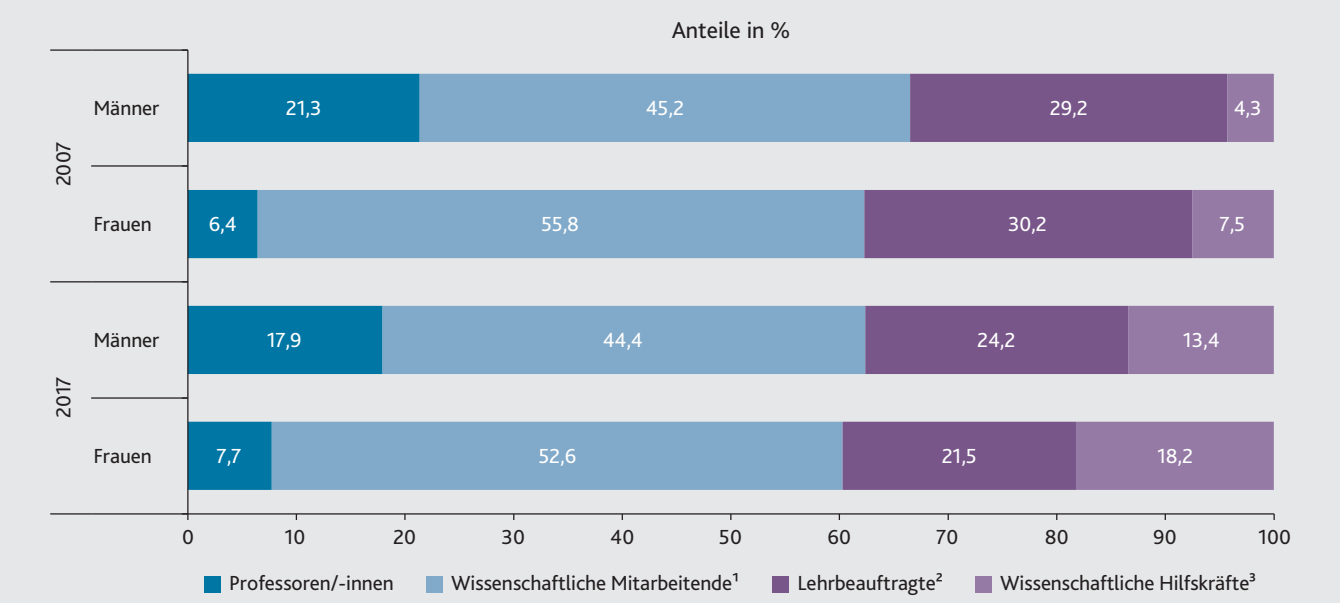
Professorinnen und Professoren betreuen im Schnitt 60 Studierende

Die rheinland-pfälzischen Universitäten und Hochschulen beschäftigten Ende 2017 rund 2 100 Professorinnen und Professoren, davon 113 an einer Juniorprofessur. Damit kamen auf jede Professorin bzw. jeden Professor durchschnittlich 60 Studierende.

Das beste Betreuungsverhältnis wiesen die eher kleineren Hochschulen wie die Cusanus Hochschule Bernkastel-Kues, die Theologische Fakultät Trier und die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer auf. Eine vergleichsweise hohe Studierendenzahl je Professur verzeichneten die Universitäten Koblenz-Landau, Trier und Kaiserslautern.

Neben der unterschiedlichen Betreuungsrelation der Hochschulen zeigen sich auch 2017 noch geschlechterspezifische Unterschiede in der Besetzung von Professuren und Lehrstühlen. Während bei den Männern 18 Prozent des wissenschaftlichen Personals Inhaber einer Professur oder eines Lehrstuhls waren, hatten nur

Wissenschaftliches Hochschulpersonal 2007 und 2017 nach Geschlecht und Personalgruppen



1 Einschließlich künstlerischer Mitarbeitende, Dozenten/-innen und Assistenten/-innen sowie Lehrkräfte für besondere Aufgaben. – 2 Einschließlich Gastprofessoren/-innen und Emeriti. – 3 Ohne studentische Hilfskräfte.

7,7 Prozent der Wissenschaftlerinnen die Stellung einer Professorin. Damit waren nur 22 Prozent der Professuren und Lehrstühle mit einer Frau besetzt.

Eine Berufung auf eine Professur auf Lebenszeit verlangt an Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen in der Regel eine Promotion und eine Habilitation bzw. Juniorprofessur. An Fachhochschulen ist neben der Promotion eine mehrjährige außeruniversitäre Berufspraxis Voraussetzung, um auf eine Professur berufen zu werden. Daneben bieten einzelne Hochschulen auch andere Qualifikationswege wie die Nachwuchsgruppenleitung, Tenure-Track-Verfahren oder die Anerkennung außeruniversitärer Leistungen an.

Insgesamt waren 2017 rund 27 500 Personen an rheinland-pfälzischen Hochschulen beruflich tätig, das waren 0,4 Prozent weniger als im Vorjahr. Langfristig stieg die Personalausstattung an: Zwischen 2007 und 2017 nahm die Zahl der Beschäftigten um 35 Prozent zu. Beim wissenschaftlichen Personal lag der Zuwachs mit 49 Prozent deutlich höher als beim Verwaltungspersonal (+21 Prozent).

Im Rahmen der Kultusministerkonferenz haben 2013 Bund und Länder die Strategie für die Internationalisierung der Hochschulen vereinbart. Ein Ziel war es, verstärkt wissenschaftliche Nachwuchskräfte sowie etablierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Ausland zu gewinnen. In Rheinland-Pfalz erhöhte sich der Anteil ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gegenüber 2013 um 16 Prozent. Insgesamt hatten rund 1 700 wissenschaftlich Berufstätige eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die meisten ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stammten aus Italien (rund 130). Dies begründet sich unter anderem in Kooperationen mit italienischen Hochschulen, internationalen Projekten und durch den interdisziplinären Arbeitskreis zu italienbezogener Forschung der Universität Mainz.

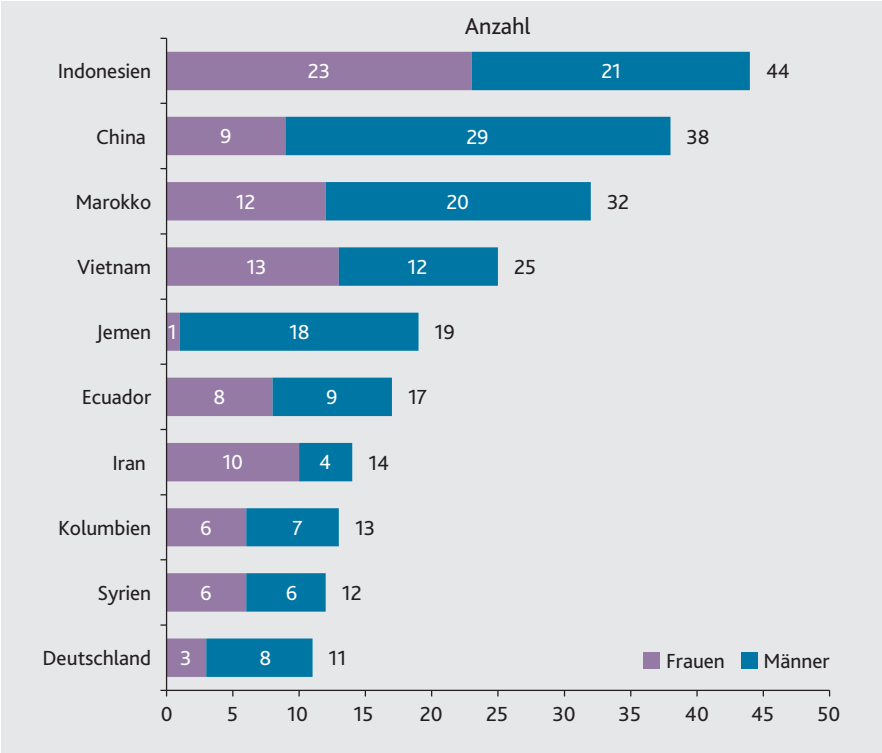
Steigende Teilnehmerzahl an Internationalen Studienkollegs

Im Wintersemester 2017/18 nahmen an den beiden in Rheinland-Pfalz angebotenen internationalen Studienkollegs knapp 300 Studieninteressierte teil. Das waren 34 Prozent mehr als im Vorjahr.

Der Anstieg der Teilnehmerzahl ist auf den Zuwachs der Studieninteressierten zurückzuführen, deren im Ausland erworbene Hochschulzugangsberechtigung nicht der deutschen Hochschulreife entspricht. Angesichts des gewachsenen Interesses überstiegen die Studienkollegiaten die Anzahl der zur Verfügung stehenden Plätze; während die Studienkollegs im Vorjahr keine volle Auslastung erreichten (95 Prozent), lag die Auslastung 2017/18 bei 108 Prozent.

Ein weiterer Grund für den Anstieg beruht auf einer 2015 durchgeführten Umstrukturierung der rheinland-pfälzischen Studienkollegs. Aufgrund

Studienkollegiaten/-innen mit den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten im Wintersemester 2017/18 nach Geschlecht



der Umstellung des Kurssystems ging die Teilnehmerzahl 2015/16 kurzfristig stark zurück und stieg in den folgenden beiden Jahren wieder deutlich an (+105 Prozent).

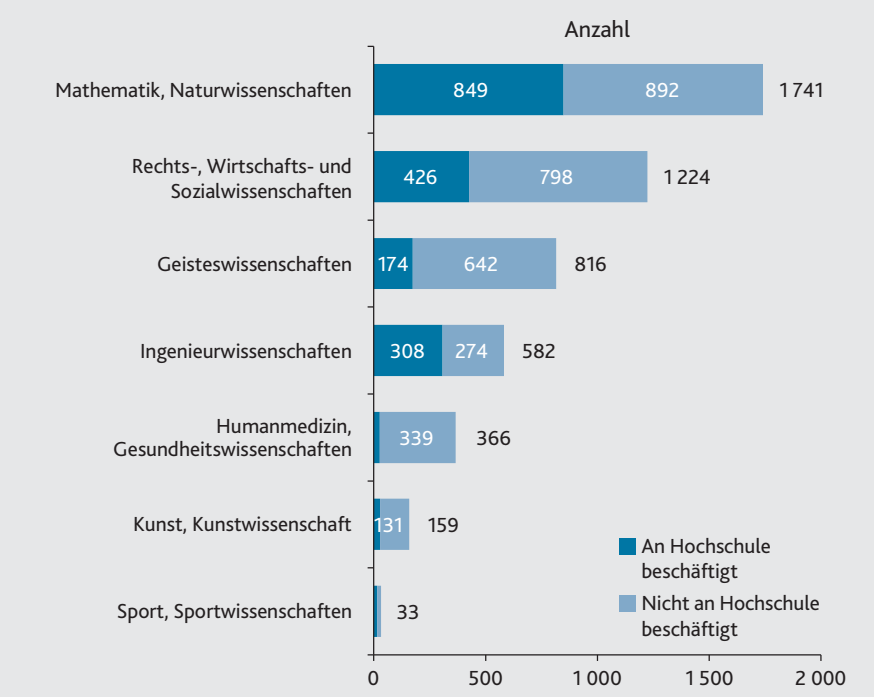
Die meisten Teilnehmenden an den vorakademischen Kursen der Studienkollegs kamen aus Indonesien (44), gefolgt von China (38) und Marokko (32). Die verhältnismäßig hohe Zahl der Studienkollegiatinnen und Studienkollegiaten aus Indonesien hat vielfältige Ursachen. Neben historisch gewachsenen Partnerschaften mit dem deutschen Bildungsbereich lernen laut Auswärtigem Amt etwa 150 000 Schülerinnen und Schüler in Indonesien Deutsch als Fremdsprache. Im Jahr 2003 wurde in Jakarta ein Auslandskolleg eröffnet, das auf das Studium in Deutschland vorbereitet.

In Rheinland-Pfalz werden an der Hochschule Kaiserslautern und an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz die Studienbewerberinnen und Studienbewerber in unterschiedlichen Schwerpunktkursen auf eine Feststellungsprüfung vorbereitet, die bei erfolgreichem Abschluss zur Aufnahme eines Hochschulstudiums berechtigt.

4 900 Doktorandinnen und Doktoranden

In Rheinland-Pfalz arbeiteten 2017 rund 4 900 Akademikerinnen und Akademiker an ihrer Doktorarbeit. Knapp 1 100 schlossen ihre Promotion erfolgreich ab. Die Absolventenzahl lag fünf Prozent unter der des Vorjahres.

Promovierende[1] 2017[2] nach Fächergruppen und Beschäftigung an einer Hochschule



1 Promovierende mit schriftlicher Betreuungszusage nach § 34 des Landeshochschulgesetzes. – 2 2017 keine Promovierenden in der Fächergruppe Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, Veterinärmedizin.

Mit beinahe 2 500 Personen waren die meisten Promovierenden an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz angemeldet. Damit betreute sie 2017 rund die Hälfte der Promovierenden in Rheinland-Pfalz. Etwa 460 ihrer Doktorandinnen und Doktoranden hatten eine ausländische Staatsangehörigkeit (19 Prozent). Nur die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer (28 Prozent) und die Technische Universität Kaiserslautern (27 Prozent) hatten bei den Promovierenden einen höheren Ausländeranteil.

Die Fächergruppe „Mathematik, Naturwissenschaften" verzeichnete die meisten Promovierenden (1 700), gefolgt von „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften" (1 200) sowie „Geisteswissenschaften" (800).

Rund 46 Prozent der erfolgreichen Promotionen wurden von Frauen abgeschlossen. Gegenüber dem Vorjahr war das ein Zuwachs des Frauenanteils um 2,5 Prozentpunkte. Das ist unter anderen darauf zurückzuführen, dass Frauen ihre Bildungschancen vermehrt nutzen und die von Bund, Ländern und Stiftungen initiierten Förderprogramme für Frauen in der Wissenschaft Wirkung zeigen.

Die Rahmenbedingungen für Doktorandinnen und Doktoranden sind häufig sehr unterschiedlich. Beispielsweise haben nicht alle Akademikerinnen und Akademiker die Möglichkeit, eine Doktorarbeit im Rahmen einer

Anstellung an einer Hochschule zu erstellen: Nur 37 Prozent der Promovierenden waren 2017 an einer Hochschule beschäftigt. Dabei bestanden deutliche Unterschiede zwischen den Fachbereichen. Während in den Ingenieur- und Naturwissenschaften sowie der Mathematik rund die Hälfte der Doktorandinnen und Doktoranden ein Beschäftigungsverhältnis an der Hochschule hatten, waren es in den Kunst- und in den Geisteswissenschaften deutlich weniger (18 bzw. 21 Prozent).

Im Rahmen der Promotion wird der akademische Grad eines Doktortitels in einer bestimmten Fächergruppe verliehen. Durch den Nachweis besonderer wissenschaftlicher Fähigkeiten gilt der Titel in Deutschland als höchster akademischer Grad. Die Promotion wird über eine Monografie oder kumulativ über mehrere wissenschaftliche Publikationen sowie eine Prüfung (Rigorosum) oder eine mündliche Verteidigung der Arbeit (Disputation) abgeschlossen. Voraussetzung für die Anmeldung als Doktorandin bzw. Doktorand ist in der Regel ein abgeschlossenes Masterstudium, das Staatsexamen oder ein universitäres Magister- bzw. Diplomstudium.

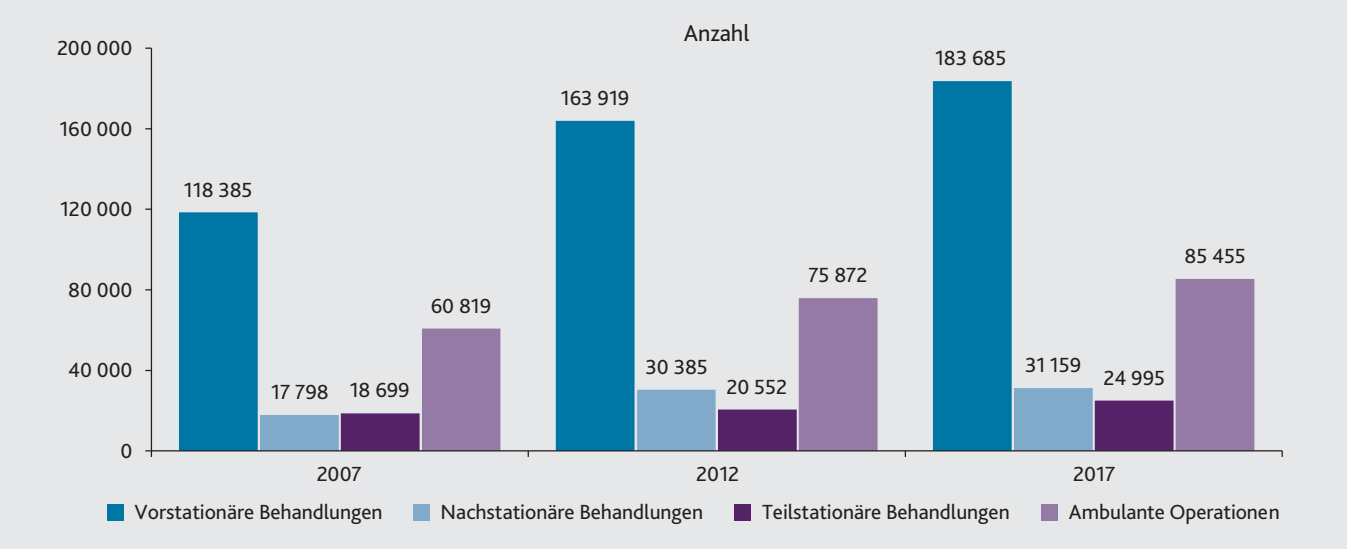
Vollstationäre Behandlungen erstmals seit 2004 leicht rückläufig

Im Jahr 2017 wurden in den rheinland-pfälzischen Kliniken rund 951 800 Patientinnen und Patienten vollstationär versorgt. Nachdem die Patientenzahlen zuvor 13 Jahre kontinuierlich gestiegen waren, ist die Zahl der Behandlungsfälle gegenüber dem Vorjahr erstmals leicht gesunken (–1,5 Prozent).

Die durchschnittliche Verweildauer der vollstationär Versorgten lag wie im Vorjahr bei 7,1 Tagen. Wegen der rückläufigen Patientenzahlen sank die Gesamtzahl der stationären Behandlungstage im Vorjahresvergleich ebenfalls leicht (–1 Prozent). Im Zehnjahresvergleich ist ein deutliches Plus der Fallzahlen von 13 Prozent zu verzeichnen. Dies ergibt sich insbesondere aufgrund der zunehmenden Alterung der Bevölkerung und des sich daraus ergebenden höheren Risikos der Erkrankung.

Ungeachtet dieser Entwicklung im „klassischen" vollstationären Bereich gewinnen Behandlungsformen mit Aufenthaltszeiten von weniger als 24 Stunden zunehmend an Bedeutung: So ist die Anzahl der in den Krankenhäusern durchgeführten ambulanten Operationen gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozent, die Zahl teilstationärer Klinikaufenthalte sogar um 14 Prozent gestiegen. Auch mit Blick auf die vergangenen zehn Jahre sind die Patientenzahlen in diesen Bereichen mit +40,5 bzw. +34 Prozent deutlich stärker gewachsen als die vollstationären Behandlungsfälle.

Vor-, teil- und nachstationäre Behandlungsfälle sowie ambulante Operationen in Krankenhäusern 2007–2017



Die Zahl der Behandlungsfälle in Fachkliniken für Psychiatrie und Neurologie ist gestiegen. Dies zeigt, dass psychische Erkrankungen vermehrt auftreten oder zunehmend als solche diagnostiziert und behandelt werden. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Plus von 0,5 Prozent bei den vollstationären Behandlungen in ausschließlich psychiatrischen Einrichtungen zu vermelden. Seit 2007 haben sich die jährlichen Fallzahlen merklich um 35 Prozent auf rund 9 800 erhöht.

In den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern wurde in den zurückliegenden Jahren vor allem Personal im medizinischen Bereich aufgebaut: Gemessen in Vollkräften sind im Vergleich zum Vorjahr 1,7 Prozent mehr Ärzte (115 Vollkräfte) beschäftigt worden. Auch im medizinisch-technischen Dienst (+4,6 Prozent bzw. 299 Vollkräfte) und den Funktionsdiensten (+4,2 Prozent bzw. 206 Vollkräfte) wurde deutlich mehr Personal eingesetzt als 2016. Vergleichsweise verhalten vollzog sich die Entwicklung bei der Zahl der Pflegekräfte: Im Vorjahresvergleich ergab sich hier lediglich eine Steigerung um 0,5 Prozent bzw. 85 Vollkräfte. Wie aus den jährlichen Meldungen der Krankenhäuser hervorgeht, werden nicht-medizinische Aufgaben seit einigen Jahren vermehrt an externe Dienstleister vergeben. Dementsprechend sind die Personalzahlen beim klinischen Hauspersonal (beispielsweise Reinigungskräfte) und im Wirtschafts- und Versorgungsdienst (beispielsweise Handwerker oder Küchenpersonal) weiterhin stark rückläufig.

Stromerzeugung in Kläranlagen bleibt 2017 auf Vorjahresniveau

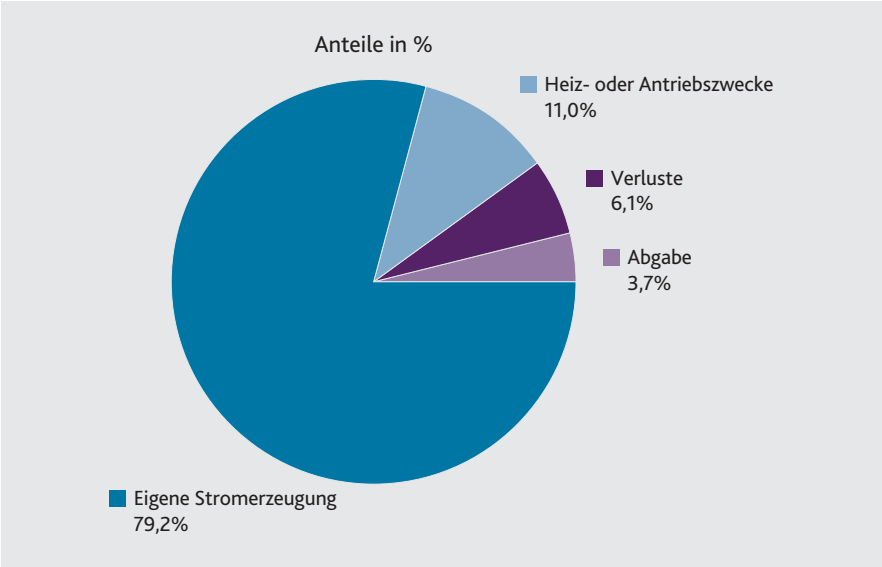
Die Stromerzeugung in den rheinland-pfälzischen Kläranlagen belief sich 2017 auf 54 Millionen Kilowattstunden und entspricht somit dem Vorjahresniveau. In den zurückliegenden Jahren hat die Stromerzeugung aus Klärgas allerdings deutlich zugenommen. Seit 2010 ist ein Plus von 17 Millionen Kilowattstunden zu verzeichnen.

Klärgas spielt mit einem Anteil von rund 0,3 Prozent für die gesamte Stromerzeugung im Land nur eine untergeordnete Rolle. Bezogen auf die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern liegt der Anteil des aus Klärgas erzeugten Stroms bei durchschnittlich 0,6 Prozent. Der in den Kläranlagen produzierte Strom wird zudem nahezu vollständig (2017 zu 98 Prozent) selbst verbraucht und nicht in das öffentliche Stromnetz eingespeist.

In Rheinland-Pfalz gibt es etwa 850 öffentliche und industrielle Kläranlagen, darunter 92 Anlagen mit Klärgasgewinnung. Vor allem die größeren Abwasserreinigungsanlagen haben die baulichen Voraussetzungen dafür, das bei der sogenannten Ausfaulung von Klärschlamm entstehende Klärgas energetisch zu nutzen. Rund 79 Prozent des im Land gewonnenen Klärgases kommt in den eigenen Stromerzeugungsanlagen der Klärwerke zum Einsatz. Bei diesen Anlagen handelt es sich insbesondere um Blockheizkraftwerke, in denen zugleich Strom und Wärme für den Eigenverbrauch der Kläranlagen produziert wird. Klärgas wird zudem auch direkt für Heiz- bzw. Antriebszwecke genutzt. Im Jahr 2017 wurden so elf Prozent der gesamten Gewinnungsmenge an Klärgas verbraucht.

Die Klärgasgewinnung belief sich 2017 auf 37,8 Millionen Kubikmeter.

Klärgas 2017 nach Verwendungszweck



Dies war etwas weniger als im Jahr zuvor (–0,7 Prozent).

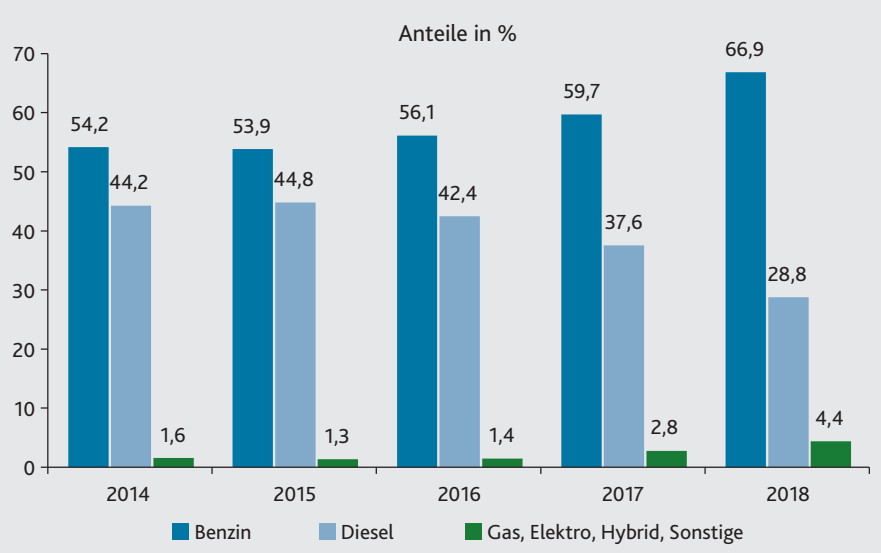
Mehr PKW-Zulassungen, aber deutlich weniger mit Dieselmotoren

In Rheinland-Pfalz wurden im ersten Halbjahr des laufenden Jahres rund 71 700 Personenkraftwagen neu zugelassen. Das war ein Anstieg um 5,1 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Für Deutschland insgesamt war ein Plus von 2,9 Prozent zu verzeichnen. Der Anteil der Fahrzeuge mit Dieselmotor lag dabei jeweils erneut merklich unter dem entsprechenden Wert des ersten Halbjahres 2017. Für Rheinland-Pfalz sank er von 38 auf 29 Prozent und für Deutschland von 41 auf 32 Prozent. Dies ist sicherlich auch eine Konsequenz aus der öffentlichen Diskussion über die Emissionen von Diesel-Motoren.

Die Zahl der neu zugelassenen Krafträder stieg um elf Prozent auf 5 100 Fahrzeuge. Dagegen ging die Anzahl der Besitzumschreibungen bei Krafträdern um 4,7 Prozent zurück. Bei den Lastkraftwagen stiegen die Neuzulassungen im ersten Halbjahr 2018 um 4,5 Prozent auf 6 500. Bei den Zugmaschinen verringerte sich die Zulassungszahl um 3,4 Prozent auf 2 165 Fahrzeuge. Von Januar bis Juni 2018 wurden insgesamt gut 86 100 Kraftfahrzeuge neu angemeldet. Das waren 5,1 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2017. Für Deutschland ergab sich ein Plus von 3,2 Prozent.

In Rheinland-Pfalz wurden im ersten Halbjahr 2018 knapp 203 300 Besitzumschreibungen von Personenkraftwagen vollzogen. Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 1,5 Prozent. Die Umschreibungen von Lastkraftwagen nahm im Vergleich zum ersten Halbjahr 2017 um 2,5 Prozent auf 9 670 Fahrzeuge zu. An Zugmaschinen wechselten 4 300 den Besitzer, fast genauso viele wie im ersten Halbjahr des Vorjahres. Bei den gebrauchten Krafträdern ging die Zahl der Umschreibungen um 4,7 Prozent auf 16 300 Fahrzeuge zurück. Insgesamt wechselten 234 550 Kraftfahrzeuge ihren Halter. Das waren 1,5 Prozent weniger als zwischen Januar und Juni 2017. Deutschlandweit war ein Minus von 1,9 Prozent zu verzeichnen.

Neuzulassungen von Personenkraftwagen im 1. Halbjahr 2014–2018 nach Kraftstoffarten



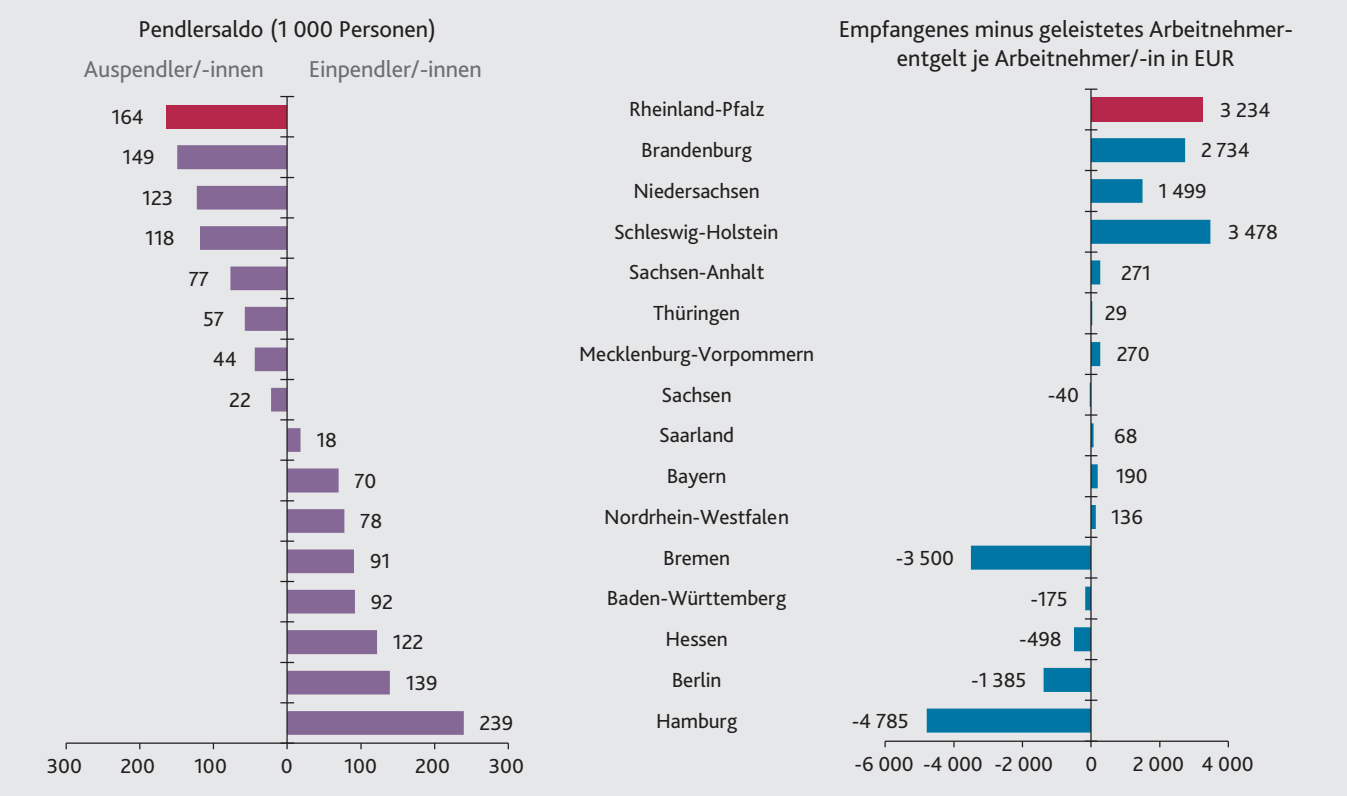
Bundesland mit dem höchsten Auspendlerüberschuss

Die regionale Einkommensverteilung in Rheinland-Pfalz wird stark durch Pendlerströme beeinflusst. Im Jahr 2016 arbeiteten gut 371 000 Erwerbstätige, die in Rheinland-Pfalz wohnten, in anderen Bundesländern oder im Ausland. Gleichzeitig pendelten 207 000 Erwerbstätige zur Arbeit nach Rheinland-Pfalz ein. Daraus ergibt sich ein Pendlersaldo von –164 000 Personen. Im Vergleich der Bundesländer ist das der mit Abstand höchste Auspendlerüberschuss.

Damit verbunden sind Verdienstunterschiede, die am Arbeitnehmerentgelt gemessen werden können. Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich zusammen aus den Bruttolöhnen und -gehältern sowie den tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträgen der Arbeitgeber. Rheinland-pfälzische Arbeitgeber zahlten 2016 Arbeitsentgelte in Höhe von 69,4 Milliarden Euro. Die in Rheinland-Pfalz wohnenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienten 82 Milliarden Euro an Arbeitsentgelten.

Je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer betrug das von Arbeitgebern in Rhein-

Pendlersaldo und Arbeitnehmerentgelt 2016 nach Bundesländern



land-Pfalz durchschnittlich gezahlte Arbeitnehmerentgelt 38 564 Euro. Das Entgelt einer Arbeitnehmerin bzw. eines Arbeitnehmers, die oder der in Rheinland-Pfalz wohnte, lag bei 41 798 Euro. Das bedeutet, dass Auspendlerinnen und Auspendler durchschnittlich höhere Entgelte erzielen als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Zurückzuführen ist dies unter anderem auf die rund 32 500 Pendler nach Luxemburg, wo das Lohnniveau deutlich höher als in Deutschland ist. Auch in den angrenzenden Bundesländern liegen wirtschaftsstarke Ballungsgebiete, z. B. das Rhein-Main-Gebiet, die Region Rhein-Neckar und der Raum Köln/Bonn, in denen ebenfalls hohe Entgelte gezahlt werden. Im Vergleich der Länder zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Pendlersaldo und der Differenz zwischen geleistetem und empfangenem Arbeitnehmerentgelt.

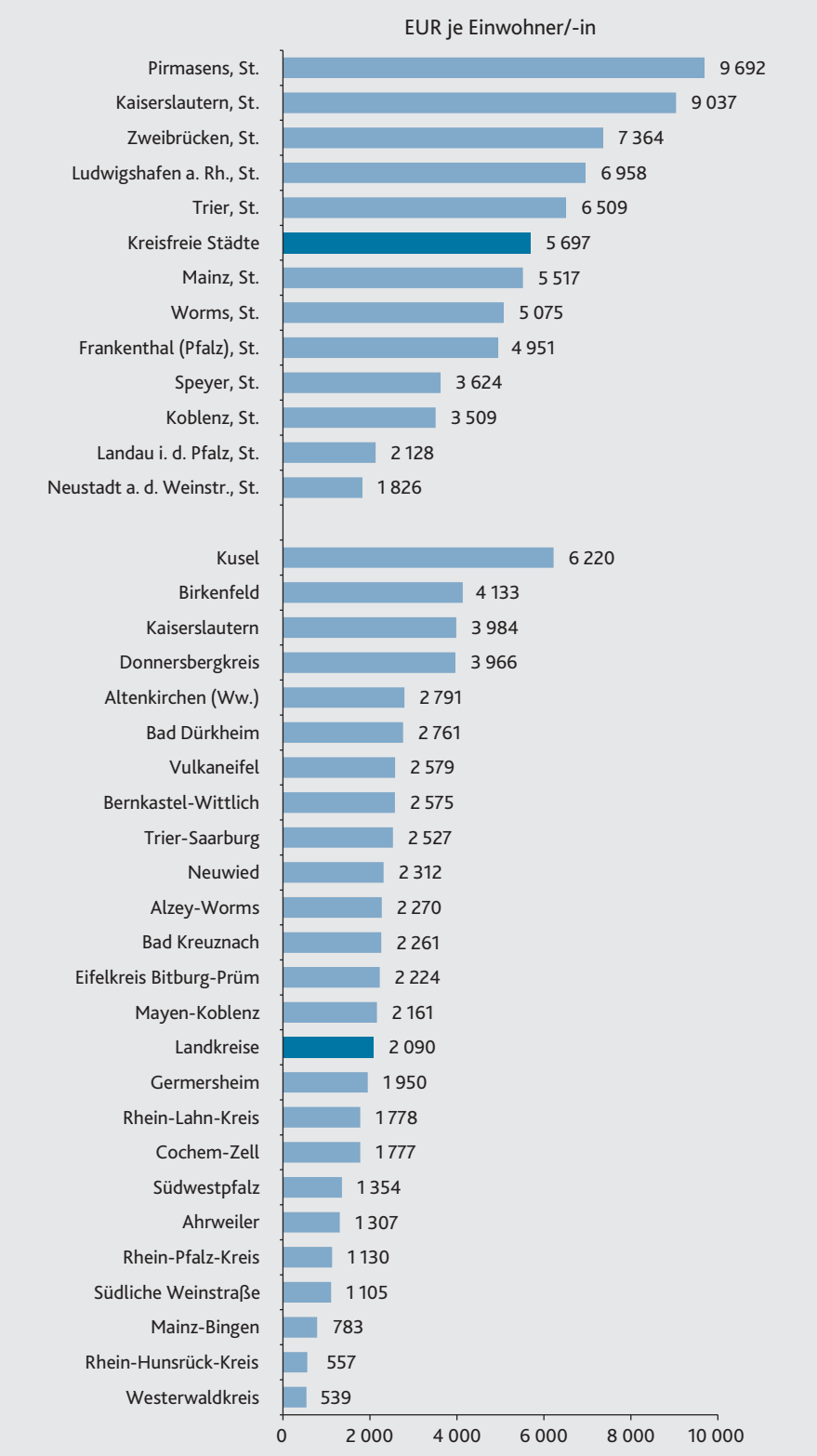
Schulden sinken um 1,6 Milliarden Euro, stärkster Schuldenabbau seit Jahrzehnten

Das Land Rheinland-Pfalz und seine Kommunen waren Ende 2017 mit 44,4 Milliarden Euro verschuldet. Die Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts sanken im Vorjahresvergleich um 1,6 Milliarden Euro bzw. 3,5 Prozent. Die rechnerische Pro-Kopf-Verschuldung verringerte sich auf rund 10 900 Euro (–420 Euro).

Zwischen dem Land und den rheinland-pfälzischen Kommunen war ein deutlicher Unterschied erkennbar: Die Schulden des Landes gingen im Vergleich zum revidierten Vorjahresergebnis um 4,5 Prozent auf 31,8 Milliarden Euro bzw. auf 7 800 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner zurück. Die Kommunen konnten ihre Verschuldung um 0,8 Prozent auf 12,6 Milliarden Euro senken. Auf die Einwohnerinnen und Einwohner bezogen ergab sich hier ein Wert von 3 100 Euro.

Die genaue Auswertung der Schuldenlage 2017 zeigt unterschiedliche Entwicklungen bei den Kommunen:

Schulden[1] 2017 nach Verwaltungsbezirken



1 Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich.

In den kreisfreien Städten sank die Verschuldung um 0,3 Prozent auf rund sechs Milliarden Euro. Auf jede Einwohnerin bzw. jeden Einwohner entfielen rechnerisch 5 700 Euro.

Für die Landkreisbereiche (Kreis einschließlich der zugehörigen Verbands- und Ortsgemeinden) wurde ein Schuldenrückgang von 2,3 Prozent verzeichnet. Die Schulden fielen auf 6,3 Milliarden Euro bzw. auf durchschnittlich 2 100 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner.

Auch zwischen den einzelnen kreisfreien Städten und Landkreisbereichen waren teilweise große Unterschiede zu beobachten. Innerhalb der kreisfreien Städte wurde für Neustadt (1 830 Euro) die niedrigste, für Pirmasens (9 690 Euro) die höchste Pro-Kopf-Verschuldung dokumentiert. Bei den Landkreisbereichen wiesen der Westerwaldkreis sowie der Rhein-Hunsrück-Kreis die geringsten Schuldenwerte auf (540 bzw. 560 Euro). Die mit Abstand höchste Verschuldung entfiel auf den Landkreisbereich Kusel. Sie war hier elfmal höher als im Westerwaldkreis und lag bei 6 220 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner. Entgegen dem allgemeinen Trend wuchs die Verschuldung in diesem Landkreisbereich 2017 um 4,3 Prozent.

Werden hingegen nur die Landkreishaushalte betrachtet (Kreise ohne zugehörige Verbands- und Ortsgemeinden), so ergibt sich 2017 eine Schuldenbelastung von insgesamt 2,4 Milliarden Euro (–4,2 Prozent). Pro Einwohnerin bzw. Einwohner

waren das rund 800 Euro. Die niedrigsten Werte wurden für Mainz-Bingen festgestellt: Der Kreishaushalt war schuldenfrei. Am höchsten fiel die Verschuldung in Kusel aus. Der Kreis war mit rund 2 670 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner verschuldet. Die Schuldenlast stieg in Kusel um 4,3 Prozent.

Grundsätzlich können sich das Land sowie die kommunalen Gebietskörperschaften durch Investitionskredite, Liquiditätskredite und Wertpapierkredite verschulden.

Liquiditätskredite sind ursprünglich nur zur Überbrückung von vorübergehenden Kassenanspannungen gedacht. Dennoch machen diese bei den Kommunen inzwischen einen hohen Anteil an der Gesamtverschuldung aus. Im Jahr 2017 hatten die kreisfreien Städte rund 50 Prozent ihrer Gesamtverschuldung in Form von kurzfristigen Liquiditätskrediten aufgenommen (2016: 54 Prozent); beim Landkreisbereich betrug der Anteil knapp 40 Prozent (2016: 41 Prozent).

Das Land nutzt traditionell kaum Liquiditätskredite. Diese machten zum Jahresende 2017 lediglich rund 1,4 Prozent seiner Gesamtverschuldung aus (2016: 1,8 Prozent). Als Verschuldungsinstrument verwendet das Land überwiegend Wertpapierschulden.

Die längerfristige Betrachtung zeigt zwei Besonderheiten. Einerseits sind sowohl die Schulden des Landes als auch der kommunalen Gebietskörperschaften im langfristigen Vergleich deutlich gestiegen. Während das Bruttoinlandsprodukt für Rheinland-Pfalz beispielsweise seit 2000 um rund 53 Prozent stieg, wuchs die Pro-Kopf-Verschuldung im selben Zeitraum für das Land um 61 Prozent, für die Kommunen um 125 Prozent und für Land und Kommunen zusammen um 75 Prozent.

Andererseits senkte das Land im Vorjahresvergleich seine Schulden um 4,5 Prozent. Das war der stärkste Schuldenrückgang seit 55 Jahren (1962: –9,1 Prozent). Während die Konsolidierungsphase beim Land in den 60er-Jahren bereits nach zwei Jahren abrupt in eine neue Phase mit hohen Schuldenzuwächsen mündete, beobachten die Experten nunmehr seit fünf Jahren in Folge die Stagnation bzw. sogar den Rückgang des Schuldenstandes des Landes. Er war 2017 insgesamt 3,6 Prozent niedriger als 2012.

Der für die Kommunen 2017 erfasste Schuldenabbau in Höhe von 0,8 Prozent erscheint zunächst relativ gering. Jedoch sind die Schulden der Kommunen seit Gründung des Bundeslandes vor 70 Jahren noch nie so stark gesunken.

Trotz dieser Entwicklungen zeigt der Bundesvergleich für Rheinland-Pfalz 2017 eine überdurchschnittliche Verschuldung. Bezogen auf die Landesebene liegt der Wert um 21 Prozent, hinsichtlich der Kommunen sogar um 58 Prozent über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Für das Land Rheinland-Pfalz und seine Kommunen ergibt sich zusammengenommen eine Verschuldung, die rund 29 Prozent über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer liegt.

Aus der amtlichen Statistik

Statistischer Landesausschuss befasst sich mit Zensus 2021

Der Zensus 2021 war das Schwerpunktthema der 52. Tagung des Statistischen Landesausschusses in Bad Ems. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie die Bevölkerungszahlen in kleinen Gemeinden möglichst ohne übermäßige Belastung der Bürgerinnen und Bürger ermittelt werden können.

Wie die Erhebung im Jahr 2011 soll auch der Zensus 2021 weitgehend auf bestehenden Registern aufsetzen, mit ergänzenden Stichprobenerhebungen zur Qualitätssicherung und zur Gewinnung von Informationen, die nicht in Registern verfügbar sind. Wie diese Stichproben konkret ausgestaltet werden, hängt auch vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts ab, das am 19. September verkündet werden soll. Geklagt haben die Stadtstaaten Berlin und Hamburg, die sich unter anderem dagegen wenden, dass 2011 die Einwohnerzahlen für größere Gemeinden anders erhoben wurden als für kleinere. Im Lichte dieses Urteils wird auch zu entscheiden sein, wie die Einwohnerzahlen für die mehr als 1 600 Kleinstgemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Land ermittelt werden; eine Totalerhebung wird wegen sachlich nicht zu rechtfertigender Mehrbelastungen für die dort lebenden Menschen und wegen der erheblich höheren Kosten ausgeschlossen.

Prof. Dr. Ralf Münnich (Universität Trier) zeigte hierzu verschiedene methodische Ansätze auf. Prof. Münnich, der Mitglied im Statistischen Landesausschuss Rheinland-Pfalz ist, berät die amtliche Statistik seit vielen Jahren in Methodenfragen insbesondere rund um den Zensus.

Der Präsident des Statistischen Landesamtes, Marcel Hürter, betonte das Ziel, ein Gros der Befragungen zum Zensus 2021 online abzuwickeln. Dazu soll ein mehrsprachiges Online-Meldeverfahren entwickelt werden, das einfach zugänglich ist und eine komfortable Übermittlung der erfragten Daten sowohl von stationären Rechnern wie auch von mobilen Endgeräten ermöglicht. Bei der Verfolgung einer hohen Online-Meldequote dürfe jedoch die Wirtschaftlichkeit und die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht aus dem Blick geraten; bei einigen Teilbereichen der Erhebung seien herkömmliche Verfahren deutlich kostengünstiger und bürgerfreundlicher.

Der Zensus 2021 könnte der letzte in Form einer klassischen Großerhebung sein. Es wurden Überlegungen aus dem statistischen Verbund vorgestellt, von Mitte des kommenden Jahrzehnts an Bevölkerungszahlen sowie Angaben zur Erwerbstätigkeit, zum Bildungsstand, zu Haushalts- und Familienstrukturen sowie zur Wohnsituation möglichst vollständig aus Registern zu gewinnen.

Die zunehmenden Anforderungen der EU nahmen auch in diesem Jahr breiten Raum in der Tagung des Statistischen Landesausschusses ein. Unter anderem wurde das von der Europäischen Kommission initiierte Projekt „LCU – Large Case Unit“ vorgestellt. Dabei geht es um die Schaffung einer neuen Organisationseinheit im statistischen System in Deutschland, die unter anderem die Aufgabe haben soll, multinationale Unternehmensgruppen in den nationalen Statistiken besser abzubilden.

Die Vorbereitungen der Europawahl und der Kommunalwahlen 2019, die Vorstellungen von Projekten im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Regionen in Belgien, Frankreich und der Schweiz sowie das Ziel, Geokoordinaten und Rasterzellen als weiteren Raumbezug in der amtlichen Statistik zu etablieren, waren weitere Themen der Tagung.

Der Statistische Landesausschuss berät das Statistische Landesamt und die Landesregierung in Grundsatzfragen der Statistik. Er besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien, des Rechnungshofes, des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, der kommunalen Spitzenverbände, der Kammern, der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände, der Gewerkschaften sowie der Wissenschaft. Der Ausschuss tagt einmal im Jahr.

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im August 2018

Die Teuerungsrate lag im August 2018 um zwei Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Energie war wesentlich teurer als ein Jahr zuvor (+6,7 Prozent). Der Grund dafür sind starke Preissteigerungen bei Mineralölprodukten (+16 Prozent). So stiegen die Preise für Heizöl um 34 Prozent und die Kraftstoffpreise legten um zwölf Prozent zu. Während die Strompreise fast unverändert blieben (+0,2 Prozent), waren die Gaspreise rückläufig (–2 Prozent).

Die Nahrungsmittelpreise stiegen um 2,2 Prozent. Besonders kräftig fielen die Preiserhöhungen bei Molkereiprodukten und Eiern (+4,4 Prozent), Obst (+4,4 Prozent) sowie Gemüse (+4,1 Prozent) aus. Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die oft auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, lag im August wie im Juli bei +1,4 Prozent.

In zehn der zwölf Hauptgruppen war das Preisniveau höher als im Vorjahresmonat. Die stärkste Steigerung war mit +4,4 Prozent in der Hauptgruppe „Verkehr" zu verzeichnen, was insbesondere auf den deutlichen Anstieg der Kraftstoffpreise zurückzuführen ist. In den Hauptgruppen „Bekleidung und Schuhe" sowie „Nachrichtenübermittlung" lagen die Preise unter dem Niveau des Vorjahresmonats (–1,9 bzw. –0,7 Prozent).

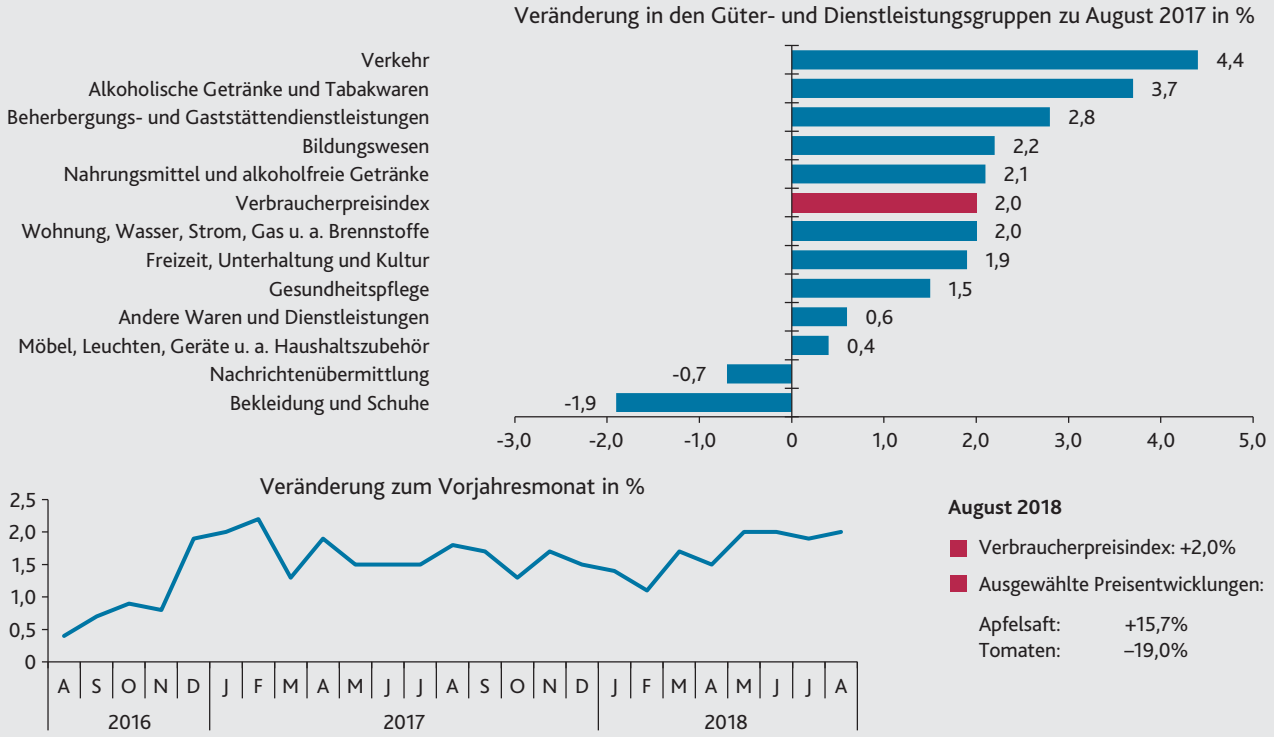
Gegenüber dem Vormonat ist der Verbraucherpreisindex 0,3 Prozent gestiegen. Besonders deutlich erhöhten sich die Preise in der Hauptgruppe „Bekleidung und Schuhe" (+3 Prozent). Den größten Rückgang gab es im Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" mit –0,8 Prozent (darunter Pauschalreisen: –3,5 Prozent).

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im August 2018

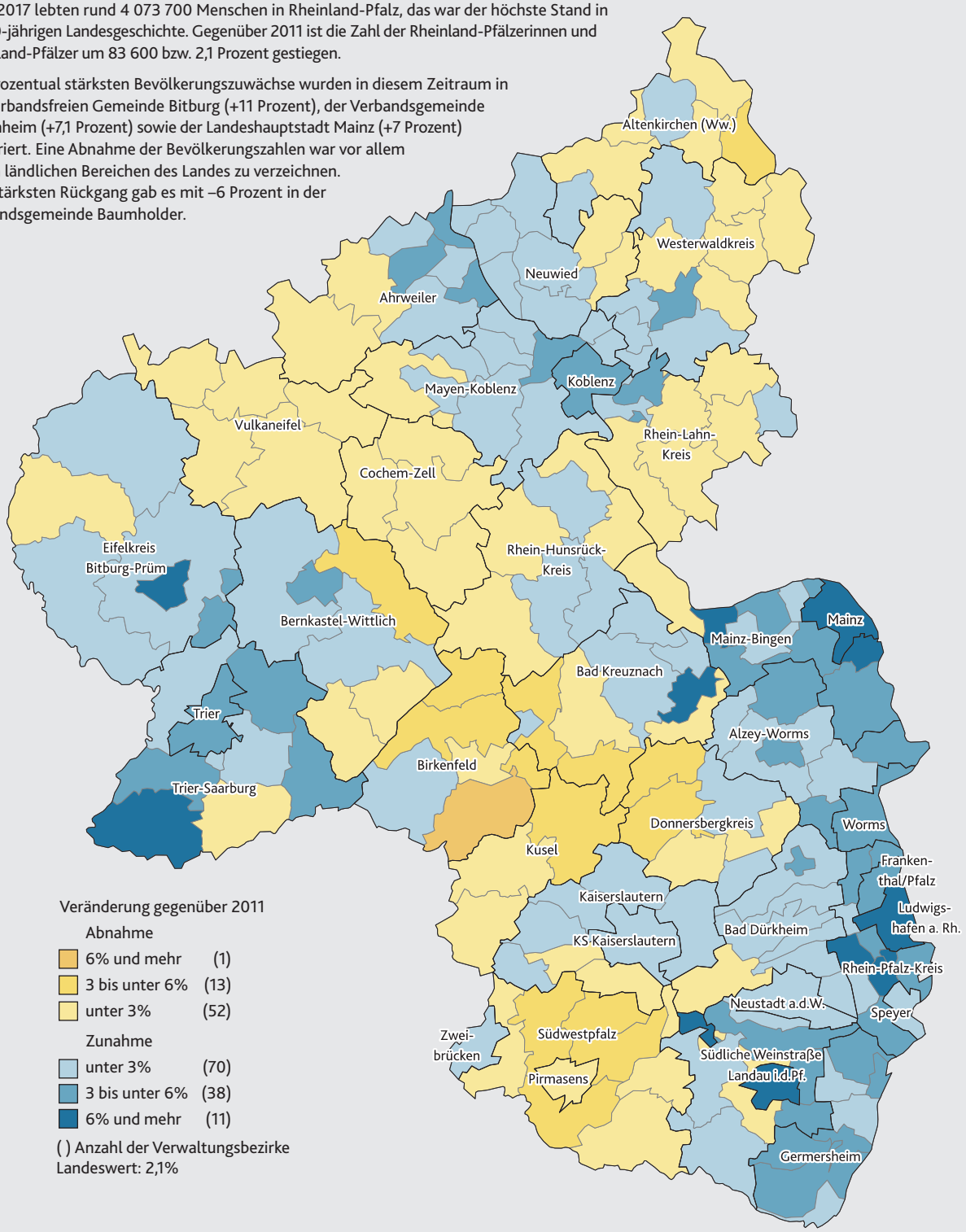


Bevölkerung 2017 nach Verwaltungsbezirken

Knapp 4,1 Millionen Menschen leben in Rheinland-Pfalz

Ende 2017 lebten rund 4 073 700 Menschen in Rheinland-Pfalz, das war der höchste Stand in der 70-jährigen Landesgeschichte. Gegenüber 2011 ist die Zahl der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer um 83 600 bzw. 2,1 Prozent gestiegen.

Die prozentual stärksten Bevölkerungszuwächse wurden in diesem Zeitraum in der verbandsfreien Gemeinde Bitburg (+11 Prozent), der Verbandsgemeinde Bodenheim (+7,1 Prozent) sowie der Landeshauptstadt Mainz (+7 Prozent) registriert. Eine Abnahme der Bevölkerungszahlen war vor allem in den ländlichen Bereichen des Landes zu verzeichnen. Den stärksten Rückgang gab es mit –6 Prozent in der Verbandsgemeinde Baumholder.



Veränderung gegenüber 2011

Abnahme
- 6% und mehr (1)
- 3 bis unter 6% (13)
- unter 3% (52)

Zunahme
- unter 3% (70)
- 3 bis unter 6% (38)
- 6% und mehr (11)

( ) Anzahl der Verwaltungsbezirke
Landeswert: 2,1%

Haushalte und Familien 2016

Die Pluralisierung der Haushalts- und Familienformen hält an

Von Sebastian Fückel

In den vergangenen Jahren stieg die Zahl der Privathaushalte in Rheinland-Pfalz deutlich an. Zugleich leben und wirtschaften immer weniger Menschen gemeinsam unter einem Dach. Die Formen des Zusammenlebens differenzieren sich zunehmend aus: Immer mehr Menschen leben in einer Lebensgemeinschaft, als alleinerziehende Elternteile oder ohne Kind und Partner bzw. Partnerin in ihrem Haushalt. Die traditionellen Familienstrukturen befinden sich auf dem Rückzug. Sie bleiben aber weiterhin die mit Abstand beliebteste Form des Zusammenlebens. Anhand der Ergebnisse des Mikrozensus 2006 und 2016 werden im Folgenden die Strukturen und Entwicklungen der Haushalte und Familien sowie ausgewählte Trends des Wandels der Lebensverhältnisse dargestellt.

Pluralisierung der Lebensformen

Art und Weise des Zusammenlebens wandelt sich

Die Art und Weise, wie Menschen ihr Zusammenleben und ihre privaten Beziehungen organisieren, unterliegt bereits seit vielen Jahren einem mehr oder minder kontinuierlichen Wandel. In den Sozialwissenschaften wird dieser Prozess zumeist mit der sogenannten Pluralisierungsthese beschrieben. Demnach differenzieren sich die Formen des Zusammenlebens im Zeitverlauf immer weiter aus, indem zum einen neue Lebensformen und Beziehungsstrukturen in Erscheinung treten (z. B. Living Apart Together-Beziehungen) und zum anderen in der Folge die Konzentration auf eine dominierende Form des Zusammenlebens (traditionelle Familienstruktur bzw. -strukturen) beständig abnimmt. Dieser grundlegende Wandel wird von mehreren Teilentwicklungen begleitet. Dazu zählen u. a. die Verkleinerung der Haushalte, seltenere und spätere Eheschließungen, die zudem auch häufiger wieder auseinandergehen, sowie sinkende Kinderzahlen.

Die Ursachen für diese Entwicklungen sind vielfältig und können an dieser Stelle kaum hinreichend dargestellt werden. Unstrittig gehen sie sowohl auf individuelle wie auch strukturelle Bestimmungsgründe zurück. Zu den wichtigsten zählen u. a. die zunehmende Individualisierung der Lebensführung, gewandelte Rollenbilder der Geschlechter sowie Veränderungen im Bildungs- und Erwerbssystem.

Auch in Rheinland-Pfalz lassen sich solche Pluralisierungstendenzen beobachten. Aus-

gewählte Befunde werden im Folgenden auf Basis der Ergebnisse des Mikrozensus vorgestellt.

Mehr Privathaushalte

Im Jahr 2016 zählte Rheinland-Pfalz rund 4,1 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner am Haupt- und Nebenwohnsitz. Nur ein sehr kleiner Teil (etwa 51 000 Personen) bewohnte eine Gemeinschaftsunterkunft (z. B. ein Pflege-, Senioren- oder Studentenwohnheim) und führte in diesem Zusammenhang keinen eigenen Haushalt. Die überwiegende Mehrheit lebte dagegen in einem Privathaushalt. Darunter fällt jede zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft (Mehrpersonenhaushalte) sowie alle Personen, die für sich alleine wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte).

Zahl der Privathaushalte wächst binnen zehn Jahren um 2,8 Prozent

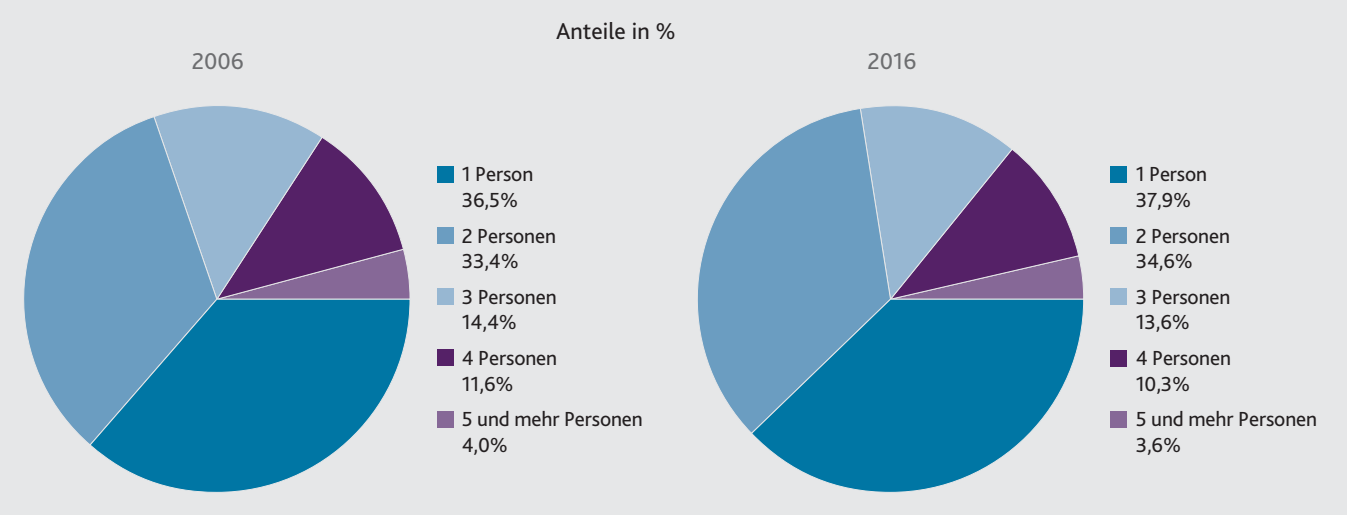
Während die Gesamtzahl der Menschen in Privathaushalten zwischen 2006 und 2016 nahezu unverändert blieb (–0,2 Prozent), hat die Zahl der Privathaushalte insgesamt im gleichen Zeitraum deutlich um 2,8 Prozent auf 1,95 Millionen zugenommen. Der Anstieg geht folglich nicht auf ein Wachstum, sondern lediglich auf eine Umverteilung der Bevölkerung zurück.

Während immer mehr Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer einen eigenen Haushalt führen, ist die Zahl der Mitglieder pro Haushalt rückläufig. Durchschnittlich setzte sich ein rheinland-pfälzischer Haushalt 2016 aus 2,08 Personen zusammen. Zehn Jahre zuvor waren es im Mittel hingegen noch 2,15. Die Annahme der Pluralisierungsthese über die abnehmende Haushaltsgröße lässt sich demzufolge in Rheinland-Pfalz mit Hilfe des Mikrozensus gut dokumentieren.

Trend zu kleineren Haushalten hält an

Die Aufgliederung der Haushalte nach ihrer Mitgliederzahl zeigt, dass vor allem größere Haushalte mit drei und mehr Personen immer seltener anzutreffen sind. Ihre Anzahl verringerte sich zwischen 2006 und 2016 um 6,2 Prozent auf 535 500. Ihr Anteil an allen Haushalten beträgt derzeit nur noch knapp 28 Prozent. Die Zahl der Ein- bzw. Zweipersonenhaushalte nahm hingegen deutlich um

G 1 Haushalte 2006 und 2016 nach Haushaltsgröße



6,7 bzw. 6,5 Prozent zu. Einpersonenhaushalte waren mit einem Anteil von 38 Prozent 2016 die am häufigsten anzutreffende Haushaltsform, dicht gefolgt von den Zweipersonenhaushalten (35 Prozent).

Maßgebliche Auswirkungen ergeben sich daraus u. a. für die kommunale Stadt- und Wohnungsplanung. So sind Familienhäuser und Großraumwohnungen für die wachsende Zahl kleinerer Ein- und Zweipersonenhaushalte nicht nur weniger erschwinglich, sondern gehen oftmals (z. B. im Fall älterer Alleinlebender) auch an ihren jeweiligen Alltagsbedürfnissen vorbei, etwa mit Blick auf die Anzahl und Größe der Wohnräume.

Frauen im mittleren Lebensalter leben häufiger allein

Anteil der Alleinlebenden steigt

Einpersonenhaushalte setzen sich ausschließlich aus Alleinlebenden[1] zusammen, d. h. aus Personen, die unabhängig ihres Familienstandes für sich alleine wohnen und wirtschaften. Ihre Anzahl belief sich 2016 auf 720 600 Personen. Gemessen an der Gesamtbevölkerung in Privathaushalten über 18 Jahren stieg der Anteil der Alleinlebenden in der vergangenen Dekade um einen Prozentpunkt auf 21,4 Prozent.

Häufig wird die These vertreten, der Anstieg sei vor allem auf die höhere Zahl älterer Menschen zurückzuführen, die z. B. nach dem Tod ihrer Partnerin bzw. ihres Partners ihren Haushalt zunehmend allein weiterführen und nicht – wie dies früher noch durchaus üblich war – mit ihren Kindern oder Enkeln gemeinsam unter einem Dach leben.

Ein Blick auf die Altersstruktur scheint die These zunächst zu stützen. Demnach lebte beinahe ein Drittel aller Seniorinnen und Senioren (31 Prozent) im Jahr 2016 allein. Keine Altersklasse weist einen höheren Anteil Alleinlebender auf. So wohnt unter den 18- bis unter 35-Jährigen nur etwas weniger als ein Fünftel (19,5 Prozent) allein. Häufig befinden sich die jungen Erwachsenen noch in ihrer Ausbildung und haben ihre Partnersuche und Familienplanung noch nicht abgeschlossen. Noch seltener findet man Alleinlebende im mittleren Lebensalter (18 Prozent). Die Mehrzahl der 35- bis unter 65-Jährigen lebt mit einer Partnerin oder einem Partner und bzw. oder einem oder mehreren Kindern zusammen.

Fast ein Drittel der Seniorinnen und Senioren lebt allein

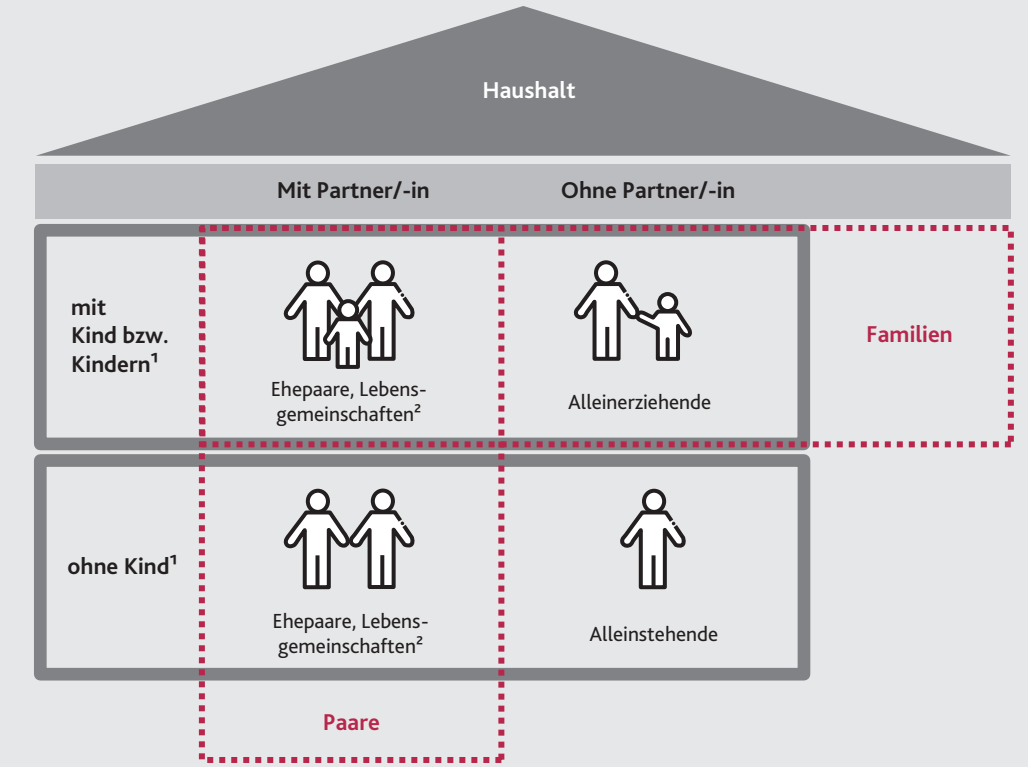
Die Entwicklung im Zeitverlauf zeigt jedoch, dass nicht die Älteren für den Anstieg der Alleinlebenden verantwortlich sind. Im Gegenteil: Der Anteil der Alleinlebenden unter den 65-Jährigen und Älteren ist in den vergangenen zehn Jahren um 2,4 Prozentpunkte gesunken. Es sind vor allem die Menschen im mittleren Lebensalter, die immer häufiger einen eigenen Haushalt führen. So ist der Anteil der Alleinlebenden unter den 35- bis unter 65-Jährigen zwischen 2006 und 2016 um annähernd 20 Prozent auf mehr als 305 000 Personen gestiegen. Zu dieser Entwicklung trägt maßgeblich bei, dass Paare infolge einer Scheidung oder Trennung seltener mit einem neuen Partner zusammenziehen.

Zuwachs der Alleinlebenden geht vor allem auf Frauen im mittleren Lebensalter zurück

Bei der zusätzlichen Betrachtung der Haushaltssituation nach dem Geschlecht, wird deutlich, dass insbesondere Frauen im mittleren Alter immer häufiger alleine wohnen und wirtschaften. Darin kommt u. a. die höhere (sozioökonomische) Unabhängigkeit der Frauen zum Ausdruck, die als Gewinner der Bildungsexpansion und aufgrund der höheren Erwerbsbeteiligung im Vergleich zu älteren Kohorten weniger stark von einem Partner abhängig sind.

1 Der nachfolgende Abschnitt betrachtet ausschließlich alleinlebende Erwachsene am Hauptwohnsitz.

G 2 Systematik der Familien im Mikrozensus



1 Als Kinder zählen ledige Personen (ohne Altersbegrenzung) mit mindestens einem Elternteil und ohne Lebenspartner/-in bzw. eigene ledige Kinder im Haushalt. – 2 Nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

Mehrgenerationenhaushalte werden seltener

In weniger als einem Prozent der Haushalte leben drei und mehr Generationen zusammen

Obwohl die Lebenserwartung der Bevölkerung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kontinuierlich gestiegen ist und Großeltern damit noch nie bessere Chancen hatten, ihre (Ur-)Enkel aufwachsen zu sehen, befinden sich Mehrgenerationenhaushalte[2] auf dem Rückzug. Nicht einmal ein Drittel aller Privathaushalte sind Mehrgenerationenhaushalte. Ihr Anteil sank zwischen 2006 und 2016 um 2,3 Prozentpunkte auf 30,9 Prozent. Dabei handelt es sich zudem überwiegend um Zweigenerationenhaushalte, in denen Eltern zumeist mit ihren noch minderjährigen Kindern zusammenleben. Drei und mehr Generationen in einem Haushalt findet man hingegen nicht einmal in einem von einhundert Fällen (0,7 Prozent). Ihre Anzahl belief sich im Jahr 2016 lediglich auf 13 500. Nur sehr selten leben und wirtschaften die Menschen in Rheinland-Pfalz also in drei und mehr Generationen gemeinsam unter einem Dach.

Zahl der Familien geht zurück

Familien[3] bilden die Keimzellen der Gesellschaft. Neben der gesellschaftlichen Repro-

2 Haushalte mit geradlinig Verwandten und gegebenenfalls weiteren Personen im Haushalt.

3 Im Mikrozensus werden Familien als Eltern-Kind-Gemeinschaften konzipiert, d. h. eine Familie besteht immer aus zwei Generationen, den Eltern bzw. einem Elternteil sowie den im Haushalt lebenden ledigen Kindern. Kinder, die noch gemeinsam mit ihren Eltern in einem Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, werden hingegen nicht der Herkunftsfamilie zugerechnet, sondern als eigene Familie erfasst. Familien können damit Ehepaare, gemischt- und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt umfassen.

Schutzstatus der Familie

duktion fallen Familien eine Vielzahl weiterer zentraler sozialer Aufgaben und Funktionen zu, darunter die Sozialisation und Erziehung von Kindern. Zudem leisten Familienmitglieder untereinander zum Beispiel wesentliche Beiträge zur physischen und psychischen Regeneration, etwa im Krankheits- oder Pflegefall. Familien gelten daher im besonderen Maße als schutzbedürftig. Das Grundgesetz verankert diesen besonderen Schutzstatus sogar institutionell. Nach Artikel 6, Absatz 1 des Grundgesetzes stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.

Zahl der Familien sinkt um 5,3 Prozent

Im Jahr 2016 zählte Rheinland-Pfalz 598 400 Familien, in denen gut die Hälfte der Bevölkerung und insgesamt 970 600 Kinder lebten. Gegenüber 2006 bedeutet dies einen Rückgang um 33 600 Familien bzw. ein Minus von 5,3 Prozent. Hinter dieser Entwicklung verbergen sich jedoch sehr unterschiedliche Verläufe mit Blick auf die einzelnen Familienformen.

Getragen wird der Trend maßgeblich vom Rückgang der traditionellen Eltern-Kind-Gemeinschaften, den Ehepaaren mit Kind bzw. Kindern, deren absolute Zahl im vergangenen Jahrzehnt um 9,6 Prozent abnahm. Alternative Familienformen haben – der Pluralisierungsthese entsprechend – dagegen an Bedeutung gewonnen. Die Zahl der Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwuchsen, erhöhte sich um 4,6 Prozent, die Anzahl der Alleinerziehenden sogar um 8,6 Prozent.

In mehr als jeder fünften Familie leben Kinder mit nur einem Elternteil im Haushalt

Auch wenn Ehepaare, die Kinder aufziehen, seltener werden, bleiben sie die mit weitem Abstand dominierende Familienform. Zwar hat ihr Anteil an allen Familien in der vergangenen Dekade um 3,4 Prozentpunkte abgenommen, dennoch setzen sich fast drei Viertel aller Familien (72 Prozent) aus einem verheirateten Paar zusammen, das mit einem oder mehreren Kindern zusammenlebt. Der Rückgang wird beinahe vollständig durch den Zuwachs alleinerziehender Mütter bzw. Väter ausgeglichen (+2,9 Prozentpunkte), sodass 2016 bereits mehr als jede fünfte Familie (22,5 Prozent) aus nur einem Elternteil und einem oder mehreren Kindern bestand. Am seltensten wuchsen Kinder in einer gleich- oder gemischtgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft auf. Nur 5,7 Prozent aller Familien entfielen 2016 auf diese Lebensform.

Dem beschriebenen Wandel des familialen Zusammenlebens liegt eine ganze Reihe von Ursachen zugrunde, die sowohl auf Einstellungs- als auch Verhaltensänderungen in der Bevölkerung zurückgehen. So folgt der Rückgang traditioneller Familienstrukturen u. a.

Erfassung von Familien im Mikrozensus

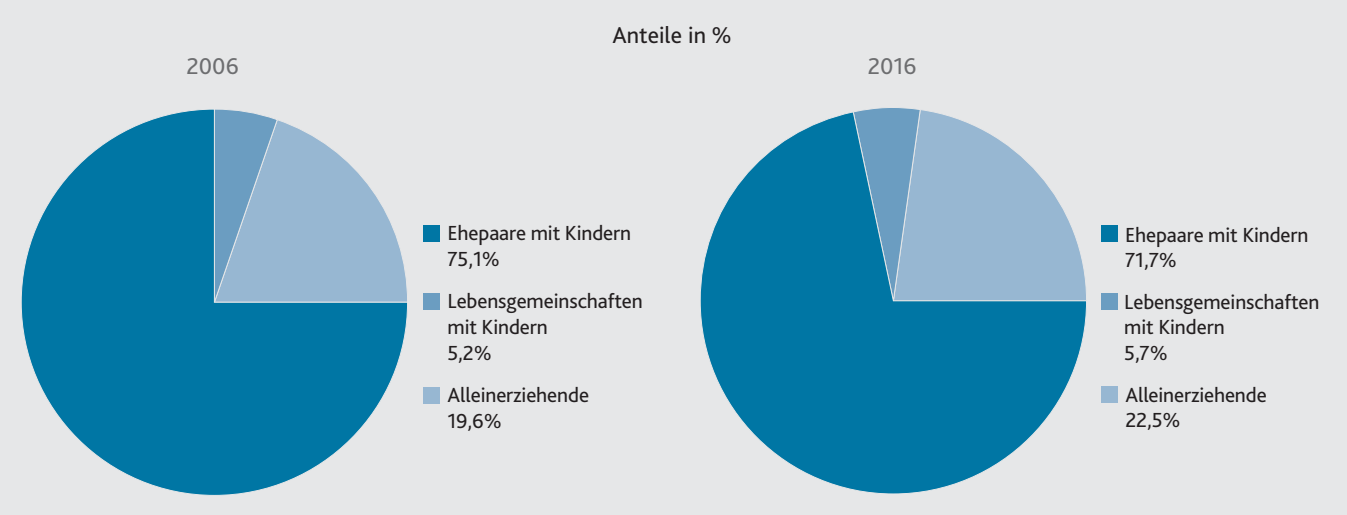
Seit seiner erstmaligen Erhebung im Jahr 1957 orientierte sich der Mikrozensus bei der Erfassung familialer Beziehungen am traditionellen Familienkonzept. Mit der Einführung des unterjährigen Mikrozensus im Jahr 2005 wurde das traditionelle Familienkonzept auf das Lebensformenkonzept umgestellt. Der Mikrozensus liefert so unter anderem die Datengrundlage für die Festlegung von Kindergeld- und BAföG-Sätzen.

Mit dem Wechsel wurden alternative Lebensformen wie nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften in die Berichterstattung integriert. Ausgehend davon gehören zu den Familien nun alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d. h. Ehepaare mit ledigen Kindern, (nichteheliche und gleichgeschlechtliche) Lebensgemeinschaften mit ledigen Kindern und Alleinerziehende mit ledigen Kindern.

Familienverbände, die über den Kernhaushalt hinausgehen (wie getrennt wohnende Eltern oder nicht im Haushalt lebende Geschwister) können nicht erfasst werden.

Im Jahr 2005 wurde im Mikrozensus erstmals allen Haushaltsmitgliedern ohne Ehepartner bzw. Ehepartnerin im Haushalt die Frage nach einer Lebenspartnerschaft gestellt. Damit können seit dem Mikrozensus 2005 mehrere Lebensgemeinschaften in einem Haushalt erfasst werden.

G 3 Familienformen 2006 und 2016



der gestiegenen Bereitschaft, sich von seinem (Ehe-)Partner trotz der gemeinsamen Kinder zu trennen bzw. scheiden zu lassen. Auch wird die Ehe immer seltener als Voraussetzung für die Gründung einer Familie angesehen. Zudem steigt die Akzeptanz alternativer Familienformen an, etwa der nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Schließlich werden alternative Familien- und Lebensformen immer häufiger gezielt angestrebt, sei es aufgrund persönlicher Lebensziele (individuelle Formen der Selbstverwirklichung) oder bestimmter struktureller Rahmenbedingungen (z. B. verlängerte Ausbildungszeiten, Wandel der Erwerbsbiografien).

Immer weniger Kinder

1,62 Kinder pro Familie

Nicht nur die Zahl der Familien nahm innerhalb der vergangenen zehn Jahre ab, auch die Zahl der Kinder ist zwischen 2006 und 2016 deutlich gesunken. Insgesamt zählte Rheinland-Pfalz in diesem Zeitraum 73 700 Kinder weniger. Dies entspricht einem Rückgang um 7,1 Prozent. Im Mittel lebten 2016 in jeder Familie 1,62 Kinder, eine Dekade zuvor waren es noch 1,65.

Fast die Hälfte aller Kinder wächst mit einem oder mehreren Geschwistern im Haushalt auf

Die Untergliederung der Familien nach der Zahl der Kinder zeigt, dass in mehr als der Hälfte der Fälle (52 Prozent) nur ein Kind im Haushalt großgezogen wird. In allen übrigen Fällen wachsen die Kinder mit einem oder mehreren Geschwistern auf. Mehr als ein Drittel aller Familien (37 Prozent) hatte zwei, etwa jede neunte Familie (elf Prozent) drei und mehr Kinder im eigenen Haushalt. In den letzten zehn Jahren blieb diese Verteilung, bei rückläufiger Zahl der Familien insgesamt, nahezu unverändert. Durchschnittlich besteht eine rheinland-pfälzische Familie heute aus 3,4 Personen.

Fast ein Drittel aller Kinder in Familien ist bereits volljährig

Ein Blick auf die Altersstruktur verrät zudem, dass die Kinder immer häufiger auch noch im Erwachsenenalter mit ihrer Familie zusammenleben. So erhöhte sich die Anzahl der volljährigen Kinder in den Familienhaushalten zwischen 2006 und 2016 bei einer sinkenden Gesamtzahl von Kindern um mehr als 3 000. Insgesamt hatte zuletzt beinahe ein Drittel aller Kinder in Familienhaushalten (33 Prozent) das 18. Lebensjahr bereits erreicht. Lediglich ein gutes Fünftel (21 Prozent) war hingegen jünger als sechs Jahre.

Der Mikrozensus

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus ein differenziertes Bild über die Strukturen und Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung.

Der „kleine Zensus" stellt als Ein-Prozent-Stichprobe kontinuierlich sozioökonomische Strukturdaten bereit, die ansonsten nur über Volkszählungen gewonnen werden könnten. Seit 1996 beinhaltet der Mikrozensus sämtliche Erhebungsmerkmale der Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union und liefert damit Ergebnisse zum europaweiten Vergleich der Strukturen und Entwicklungen auf den europäischen Arbeitsmärkten.

Der Mikrozensus bietet eine breit gefächerte Datenbasis für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und hat damit einen wesentlichen Anteil am System der amtlichen Statistik. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen. So erfasst der Mikrozensus jährlich unter anderem Angaben zu Erwerbstätigkeit und Bildung. In vierjährlichen Abständen werden themenspezifische Zusatzprogramme (u. a. zum Arbeitsweg sowie zur Gesundheits- und Wohnsituation der Bevölkerung) durchgeführt.

In Rheinland-Pfalz sind jedes Jahr etwa 20 000 Haushalte mit rund 42 000 Personen in die Erhebung einbezogen, bundesweit sind es rund 370 000 Haushalte mit etwa 830 000 Personen. Die Erhebung der Daten für den Mikrozensus erfolgt grundsätzlich über persönliche Befragungen durch Interviewerinnen und Interviewer – allein in Rheinland-Pfalz rund 200. Seit 2005 werden flächendeckend Laptops als zentrales Erhebungsinstrument eingesetzt.

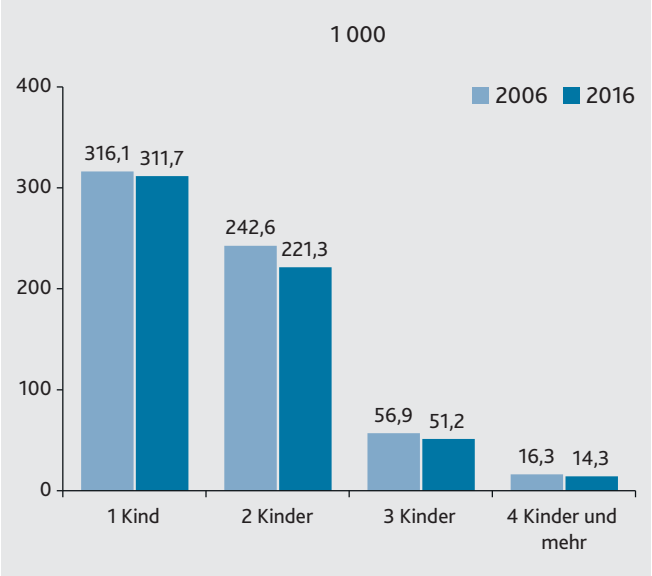
Wie bei jeder Stichprobenerhebung können auch hier Zufallsfehler entstehen. Bei stark besetzten Merkmalen ist dieser Fehler nur von geringer Bedeutung. Um auf die eingeschränkte Aussagekraft hinzuweisen, werden Ergebnisse mit einer hochgerechneten Besetzung von unter 10 000 Personen in veröffentlichten Tabellen geklammert und Ergebnisse unter 5 000 nicht veröffentlicht.

Im Rahmen der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung und des Ausländerzentralregisters. Die Entwicklung von Haushalten und Lebensformen der Bevölkerung folgt im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge im Zeitverlauf aufweisen. Im vorliegenden Aufsatz werden daher ausschließlich Jahresdurchschnittswerte präsentiert.

Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte waren bis zum Mikrozensus 2015 Fortschreibungen der Volkszählung 1987 (für die alten Bundesländer) und des zentralen Einwohnerregisters der DDR 1990 (für die neuen Bundesländer). Darüber hinaus wurden Veränderungen des Gebäudestandes infolge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt. Seit 2016 basiert die Auswahl der Stichprobe auf den fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen des Zensus 2011.

Gesetzliche Grundlage des Mikrozensus ist das Mikrozensusgesetz (MZG), das am 1. Januar 2017 in Kraft getreten ist.

G 4 Familien 2006 und 2016 nach der Zahl der Kinder



84 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen

134 800 alleinerziehende Mütter und Väter

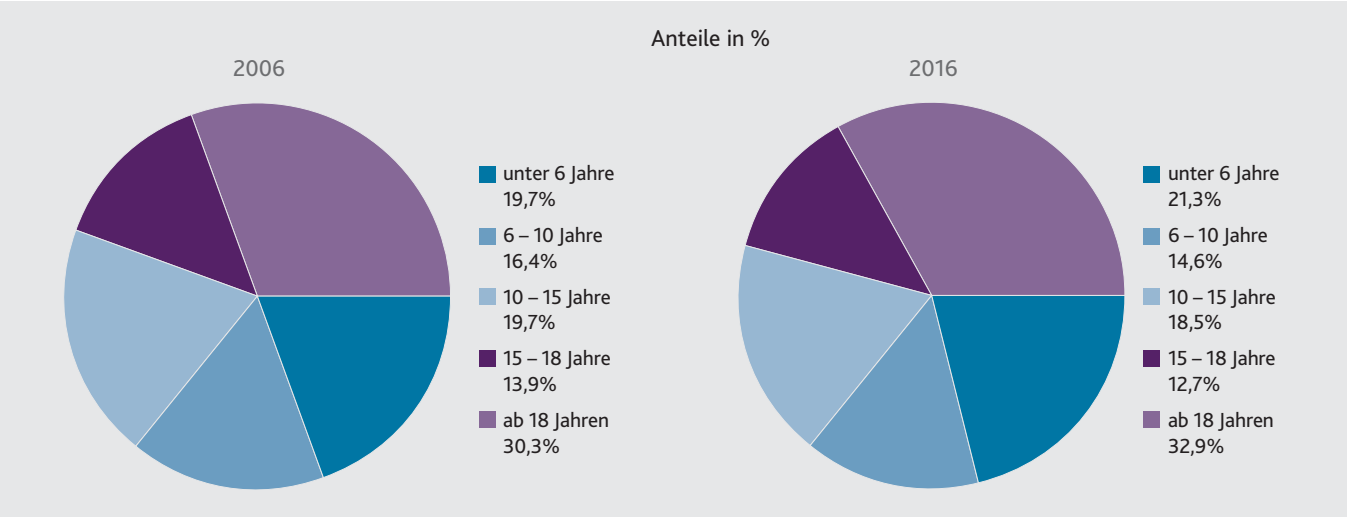
Alleinerziehende stellen einen stetig wachsenden Teil der Familien in Rheinland-Pfalz. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus zogen zuletzt 134 800 Mütter und Väter ihre Kinder ohne Partner groß. Mit einem Anteil von 84 Prozent überwog der Anteil der alleinerziehenden Mütter denjenigen der Väter nach wie vor deutlich.

Alleinerziehende ziehen im Mittel weniger Kinder groß als andere Familienformen

Im Mittel werden von den Alleinerziehenden weniger Kinder großgezogen als in anderen Familienformen. Dafür ist oftmals nicht nur der fehlende Partner, sondern auch die ungünstigere soziale Lage (z. B. im Hinblick auf die Einkommens- und Erwerbschancen) der Alleinerziehenden verantwortlich. Im Jahr 2016 lebten durchschnittlich 1,38 Kinder mit einem alleinerziehenden Elternteil zusammen. Unterteilt nach der Anzahl der Kinder versorgten 70 Prozent der Alleinerziehenden ein Kind, knapp 25 Prozent zwei und etwas mehr als fünf Prozent drei und mehr Kinder.

Vor allem ältere Kinder leben mit einem alleinerziehenden Elternteil zusammen: Fast die Hälfte (45 Prozent) der Kinder sind bereits volljährig. Nur etwa jedes siebte Kind (14 Prozent) ist jünger als sechs Jahre. Die übrigen verteilen sich zu zwölf Prozent auf die Altersgruppe der Sechs- bis Neunjährigen, zu 15 Prozent auf die Zehn- bis 14-Jährigen und zu 14 Prozent auf die Gruppe der 15- bis 17-Jährigen.

G 5 Kinder in Familien 2006 und 2016 nach dem Alter



Scheidung häufig die Ursache für das alleinige Aufziehen der Kinder

Nach wie vor ist eine Scheidung die häufigste Ursache, warum Mütter und Väter ihre Kinder alleine aufziehen. Im Jahr 2016 waren zwei von fünf Alleinerziehenden geschieden (41 Prozent), eine bzw. einer von fünf war verwitwet (21 Prozent).

Zahl der Paare ohne Kinder nimmt zu

Bedingt durch die Alterung der Gesellschaft hat die Zahl der Paare, die ohne Kinder in ihrem Haushalt leben, in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Im Jahr 2016 waren es insgesamt 559 700. Oftmals handelt es sich dabei entsprechend um ältere Menschen, deren Kinder den elterlichen Haushalt bereits verlassen haben. Zuletzt stieg die Kinderlosigkeit jedoch auch bei jüngeren Paaren an. Hintergrund dafür sind u. a. verlängerte Ausbildungszeiten und unsicherere Erwerbsbiografien, die den Zeitpunkt der Eheschließung sowie die Geburt des ersten Kindes immer weiter aufschieben. So entscheiden sich viele Paare erst für die Gründung einer Familie, wenn sie beruflich und finanziell über ausreichend Planungssicherheit verfügen. Müssen sie fürchten, z. B. infolge eines befristeten Arbeitsvertrages ihre Einkommensgrundlage zu verlieren, oder ihren Arbeitsplatz aus anderen Gründen häufig wechseln zu müssen, wird die Familiengründung zumeist zurückgestellt.

Ehe weiterhin häufigste Form des Zusammenlebens für Paare

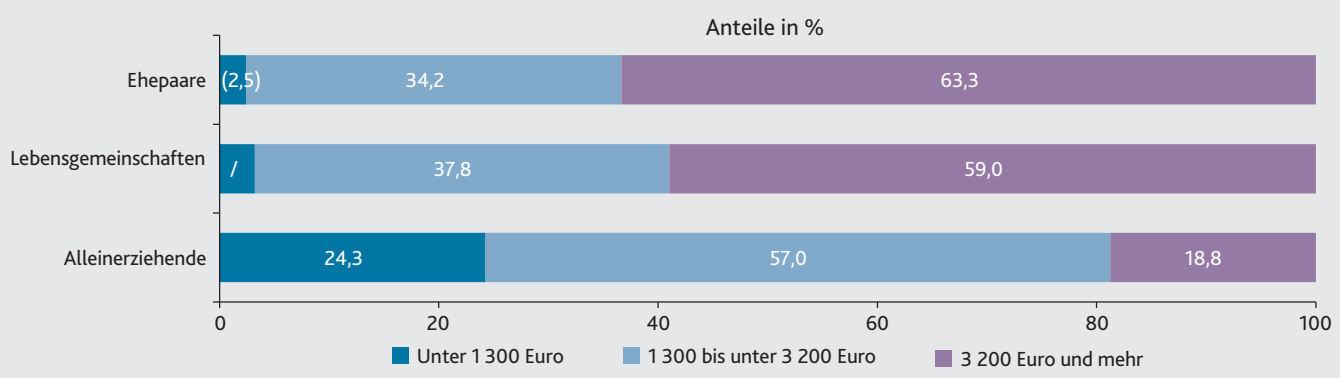
Nahezu unverändert blieb das Verhältnis von unverheirateten Paaren in einer gleich- oder gemischtgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft zu verheirateten Paaren. Wie bereits zehn Jahre zuvor waren fast 86 Prozent der Paare ohne Kinder verheiratet.

Wirtschaftliche Lage Alleinerziehender oftmals prekär

Über die ferneren Lebenschancen von Kindern entscheidet neben der sozialen Struktur vor allem auch die ökonomische Lage der Familien, in denen sie aufwachsen. Sowohl mit Blick auf die Erwerbsbeteiligung als auch die Einkommenssituation der Erziehenden treten dabei über die einzelnen Familienformen hinweg tiefgreifende Ungleichheiten zutage.

Blickt man zunächst auf die Einkommenssituation der Familien insgesamt, so musste fast jede 14. Familie 2016 mit weniger als 1 300 Euro netto pro Monat wirtschaften

G 6 Familien 2016 nach dem monatlichen Nettoeinkommen[1]



/ keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug. ( ) Werte eingeschränkt aussagefähig.
1 Nur Haushalte mit Angaben.

(7,4 Prozent). Annähernd 40 Prozent der Familien stand monatlich ein Betrag zwischen 1300 und 3200 Euro zur Verfügung. Etwas mehr als die Hälfte der Familien lebte von einem Einkommen von 3200 Euro und mehr.

Fast ein Viertel der Alleinerziehenden hat monatlich 1300 Euro oder weniger zur Verfügung

Vor allem die Einkommenslage der Alleinerziehenden gestaltet sich oftmals prekär. Während beispielsweise fast jede bzw. jeder vierte Alleinerziehende mit einem Einkommen von weniger als 1300 Euro auskommen musste, traf dies nur auf jedes vierzigste Ehepaar mit Kindern zu.

Die Einkommenslage der Familien hängt nicht zuletzt stark von der Erwerbsbeteiligung der Eltern(teile) ab. Betrachtet man in diesem Zusammenhang zunächst Familien, in denen minderjährige Kinder 2016 mit beiden Elternteilen aufwuchsen, so handelte es sich in annähernd 70 Prozent der Fälle um einen Doppelverdienerhaushalt. In lediglich 26 Prozent der Familien arbeitete hingegen nur ein Elternteil, zumeist der (Ehe-)Mann. Die klassische Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern hatte in diesen Fällen oftmals weiterhin Bestand.

Knapp drei Viertel der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern gehen einer Erwerbstätigkeit nach

Von den Alleinerziehenden gingen beinahe drei Viertel einer bezahlten Tätigkeit nach (74 Prozent). Ihre Beteiligung am Erwerbsleben hängt dabei maßgeblich vom Alter ihrer Kinder ab. Je jünger die Kinder im Haushalt sind, desto seltener nehmen Alleinerziehende am Erwerbsleben teil. Angesichts der zumeist fehlenden Unterstützung durch einen Partner ist vor allem für diese Gruppe ein gut ausgebautes Kinderbetreuungsangebot wichtige Voraussetzung für die Integration in den Arbeitsmarkt.

Fazit

Die amtliche Statistik verfügt mit dem Mikrozensus über eine wichtige Datenquelle für die Analyse von Familien- und Haushaltstrukturen sowie deren Veränderungen im Zeitverlauf. Angelehnt an die in den Sozialwissenschaften populäre These von der Pluralisierung der Lebensformen lässt sich zeigen, dass sich das Zusammenleben und die privaten Beziehungsstrukturen der Menschen in Rheinland-Pfalz nachhaltig wandeln. So stieg in den vergangenen Jahren beispielsweise die Zahl der Alleinlebenden stark an, während die Zahl der Familien deutlich zurückging. Zudem wachsen Kinder immer häufiger in einer „alternativen" Familienform – dazu zählen Alleinerziehende und nichteheliche sowie gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften mit Kindern – auf. Der Großteil der Menschen lebt jedoch nach wie vor in einer traditionellen Familie, die sich aus einem verheirateten Paar mit einem oder mehreren Kindern im Haushalt zusammensetzt.

Sebastian Fückel, M. A., leitet das Referat „Analysen Staat, Soziales".

Entwicklung der Straffälligkeit 1998 bis 2017

Von Charlotte Schmidt

Kriminalität wird personen- bzw. fallbezogen durch die Polizeiliche Kriminalstatistik und die Strafverfolgungsstatistik dokumentiert. Beide Erhebungen beschränken sich auf Straftaten; Vergehen nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz werden nicht nachgewiesen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik wird vom Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz erstellt. Die Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik basieren auf den Meldungen der Staatsanwaltschaften über die abgeurteilten Personen, die an das Statistische Landesamt übermittelt werden.

Polizeiliche Kriminal- und Strafverfolgungsstatistik – wichtige Basis für Kriminalforschung

PKS erfasst Strafanzeigen und tatverdächtige Personen

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) und die Strafverfolgungsstatistik geben über die strafbaren Handlungen in Rheinland-Pfalz Auskunft. Die PKS befasst sich im Rahmen ihrer polizeilichen Ermittlungen mit den Straftaten ausgehend von der Anzeige bis zur Abgabe der Ermittlungsakten an die Staatsanwaltschaft. Erfasst werden die angezeigten Straftaten sowie die nach polizeilicher Einschätzung tatverdächtigen Personen. Hat eine Tatverdächtige bzw. ein Tatverdächtiger mehrere Straftaten begangen, werden diese in jeder Deliktgruppe gesondert registriert (Fallstatistik).

Strafverfolgungsstatistik erfasst verurteilte Personen

In der Strafverfolgungsstatistik werden hingegen die Angeklagten nachgewiesen, gegen die ein rechtskräftiger Strafbefehl erlassen bzw. ein Strafverfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens durch Urteil oder Einstellungsbeschluss rechtskräftig abgeschlossen wurde. Jede abgeurteilte Person wird nur einmal gezählt – unabhängig davon, ob dem Verfahren eine oder mehrere Straftaten zugrunde liegen. Bei Straftaten, die in Tatmehrheit begangen wurden, fließt nur das Delikt in die Statistik ein, das nach dem Gesetz mit der schwersten Strafe bedroht wird. Die Strafverfolgungsstatistik umfasst anders als die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik auch Staatsschutz- und Verkehrsdelikte sowie Straftaten, deren Aufklärung nicht zum Aufgabenbereich der Polizei gehören (z. B. Steuer- und Finanzdelikte) und alle Straftaten, die unmittelbar bei der Staatsanwaltschaft angezeigt werden.

Unterschiedliche Bewertungsansätze

Die beiden Statistiken verfolgen unterschiedliche Bewertungsansätze. Die PKS dient vornehmlich der Beobachtung der Kriminalitätsentwicklung und der damit

einhergehenden Veränderung im Hinblick auf Deliktsarten sowie den Umfang und die Zusammensetzung des Tatverdächtigenkreises. Sie bildet damit unter anderem die Grundlage für kriminologisch-soziologische Forschungen. Mit den Ergebnissen der Strafverfolgungsstatistik wird vornehmlich die Entscheidungspraxis der Strafgerichte abgebildet und Veränderungen sowohl der gerichtlich registrierten Kriminalität als auch deren Bewertung durch die Gerichte dargestellt. Sie liefert wichtige Informationen für die Strafrechtspolitik und den Gesetzgeber hinsichtlich der Entwicklung auf dem Gebiet des Straf- und Strafprozessrechts.

Verschiedene Einflussfaktoren auf die Entwicklung der Kriminalität

Die Entwicklung der Kriminalität ist im Zeitverlauf verschiedenen Einflussfaktoren unterworfen. Naturgemäß werden nur die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten (sogenanntes Hellfeld) nachgewiesen. Die nicht bekannt gewordene Kriminalität (Dunkelfeld) kann in keiner amtlichen Statistik aufgezeigt werden. Die Grenze zwischen Hell- und Dunkelfeld kann sich allerdings verschieben, ohne dass sich der tatsächliche Umfang der Kriminalität verändert hätte. Einflussfaktoren sind unter anderem ein verändertes Anzeigeverhalten in der Bevölkerung (z. B. bei häuslicher Gewalt oder Sexualstraftaten), die polizeiliche Kontrollintensität sowie gesellschaftliche Veränderungen (z. B. durch das Internet). Auch aktuelle Zeitgeschehen haben einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der Kriminalität. So führten die seit 2013 zu beobachtenden Flüchtlingsströme mit ihrem vorläufigen Höhepunkt im Jahr 2015 zu merklichen Veränderungen. Flüchtlinge begehen wegen der geltenden Visumpflicht bei der Einreise nach Deutschland in der Regel Straftaten wie unerlaubter Aufenthalt und unerlaubte Einreise. Beispielsweise sind Anzeigen bei Verstößen gegen das Aufenthalts-, das Asyl- und das Freizügigkeitsgesetz/EU seit dem ersten Nachweis im Jahr 2004 von 3 600 auf den bisherigen Höchststand von über 22 400 im Jahr 2016 angewachsen.

Zahl der angezeigten Straftaten sinkt deutlich

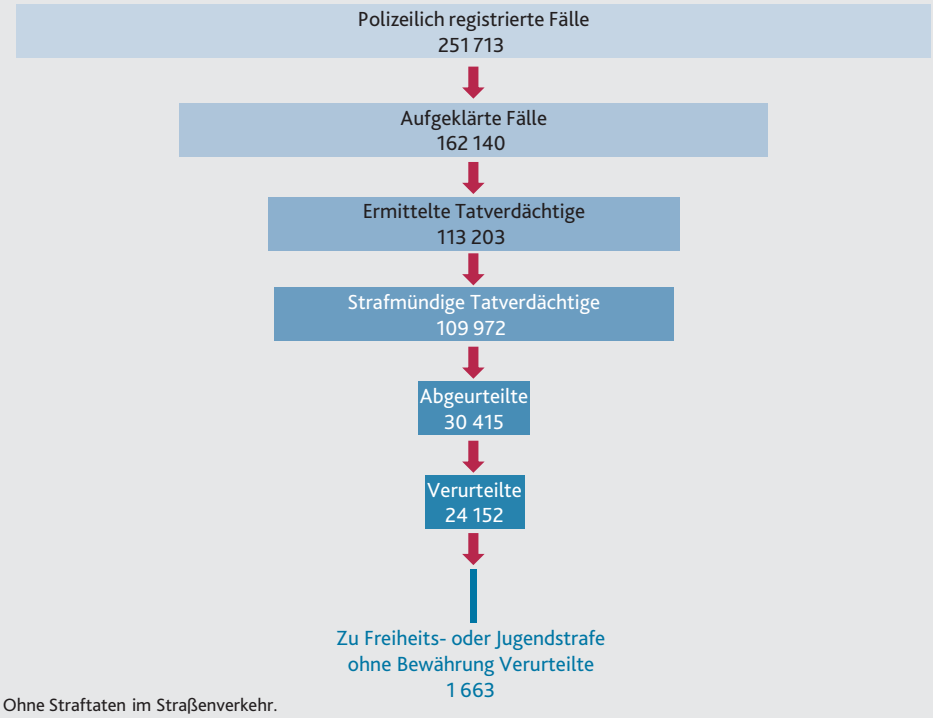
Rund 251 700 Anzeigen – niedrigster Stand im Betrachtungszeitraum

Im Jahr 2017 wurden bei den Polizeidienststellen in Rheinland-Pfalz 251 713 Anzeigen registriert. Die angezeigten Straftaten umfassen alle bekannt gewordenen Fälle, d. h. jede im Straftatenkatalog aufgeführte rechtswidrige Straftat einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche, denen eine polizeilich bearbeitete Anzeige zugrunde liegt. Das ist die niedrigste Zahl im betrachteten Zeitraum (1998 bis 2017). Zu Beginn der 2000er-Jahre wurden jährlich fast 300 000 Straftaten zur Anzeige gebracht. Um Veränderungen des Kriminalitätsaufkommens bewerten zu können, wird die Anzahl der Straftaten ins Verhältnis zur registrierten Bevölkerung gesetzt. Im Jahr 2017 entfielen auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner in Rheinland-Pfalz 6 191 angezeigte Straftaten. Das ist die niedrigste Häufigkeitsziffer im betrachteten Zeitraum. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sie sich um neun Prozent. Der Rückgang ist nicht zuletzt auch auf die nachlassenden Migrationsströme zurückzuführen. So sanken die Straftaten gegen das Aufenthalts-, das Asyl- und das Freizügigkeitsgesetz/EU gegenüber dem Vorjahr um 55 Prozent auf 10 077.

Aufklärungsquote von 64 Prozent

Nahezu zwei Drittel der angezeigten Straftaten konnten 2017 aufgeklärt werden. Mit 64 Prozent lag die Aufklärungsquote sieben Prozentpunkte über der des Jahres 1998 (57 Prozent). Eine Verbesserung der Aufklä-

Ü 1 Strafverfolgung[1] 2017



1 Ohne Straftaten im Straßenverkehr.

T 1 Angezeigte Straftaten und ermittelte Tatverdächtige 1998–2017

Jahr	Angezeigte Straftaten		Aufklärungsquote	Ermittelte Tatverdächtige			
	Anzahl	je 100 000 Einwohner/-innen	%	insgesamt	männlich	weiblich	nicht deutsch
					Anteil an den Tatverdächtigen insgesamt in %		
1998	262 745	6 539	56,6	102 971	76,4	23,6	22,6
1999	267 442	6 645	56,9	104 198	76,2	23,8	22,3
2000	270 202	6 703	58,9	107 759	76,4	23,6	20,6
2001	262 292	6 501	56,6	107 955	76,9	23,1	21,4
2002	280 795	6 935	56,7	114 787	77,0	23,0	22,1
2003	287 747	7 091	57,7	117 856	76,9	23,1	20,9
2004	300 548	7 405	59,8	118 063	76,4	23,6	19,9
2005	297 780	7 332	61,3	118 465	76,5	23,5	18,8
2006	298 818	7 362	62,6	118 344	75,9	24,1	18,3
2007	288 398	7 116	61,4	118 665	76,1	23,9	18,1
2008	293 701	7 260	62,3	117 711	75,9	24,1	17,8
2009	283 162	7 029	62,3	119 764	75,8	24,2	18,4
2010	279 826	6 974	62,5	118 198	75,5	24,5	19,4
2011	274 703	6 861	60,6	114 965	75,0	25,0	20,2
2012	267 471	6 688	60,2	110 286	74,9	25,1	21,1
2013	267 441	6 688	60,9	113 211	74,1	25,9	23,3
2014	264 553	6 623	61,9	114 059	73,9	26,1	26,4
2015	273 491	6 818	62,7	118 296	74,1	25,9	31,4
2016	274 593	6 775	64,9	126 536	73,8	26,2	38,3
2017	251 713	6 191	64,4	113 203	74,6	25,4	32,5

rungsquote stellte sich in den vergangenen Jahren in nahezu allen Deliktbereichen ein. Dies hat auch maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung der Tatverdächtigenzahlen. Im Jahr 2017 wurden 113 203 tatverdächtige Personen ermittelt. Das waren zehn Prozent mehr als 1998. Drei Viertel der Tatverdächtigen waren männlich. Jede bzw. jeder Dritte hatte eine ausländische Staatsangehörigkeit. Ihr Anteil erhöhte sich im Vergleich zu 1998 um zehn Prozentpunkte.

Zwei Drittel der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren enden mit Einstellung

Das strafrechtliche Verfahren der Justiz läuft in verschiedenen Arbeits- und Bewertungsphasen ab. Das Ermittlungs- und das sich anschließende Strafverfahren sind ein kontinuierlicher Prozess der „Ausfilterung" mit immer strengeren Beweisanforderungen in jedem Untersuchungsstadium. Der förmlichen Verurteilung ist ein breit gefächertes justizielles Handlungsinstrumentarium vorgelagert. Nicht jede bzw. jeder von der Polizei ermittelte Tatverdächtige wird von den Staatsanwaltschaften angeklagt oder es wird ein Strafbefehl zu einer Geld- oder Freiheitsstrafe mit oder ohne Bewährung beantragt. Hält die Staatsanwaltschaft den Tatverdacht nicht für hinreichend begründet, stellt sie das Verfahren ein. Auch bei Bagatelldelikten kann sie das Verfahren einstellen und dabei der bzw. dem Beschuldigten gegebenenfalls Auflagen und Weisungen erteilen.

Im Jahr 2017 leiteten die Staatsanwaltschaften gegen 286 000 Personen ein Ermittlungsverfahren oder Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz ein. In mehr als 55 Prozent der Fälle stellte der Staatsanwalt/die Staatsanwältin die Ermittlung ein. Die hauptsächlichen Gründe dafür waren die Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 Abs. 1 StPO) oder mangels eines hinreichenden Tatverdachts (§ 170 Abs. 2 StPO). Für elf Prozent der Beschuldigten endete das Verfahren mit einer Einstellung, die mit entsprechenden Auflagen oder Weisungen verbunden waren. Gegen 44 862 Beschuldigte erhob die Staatsanwaltschaft Anklage vor einem Strafgericht oder stellte einen Antrag auf Strafbefehl.

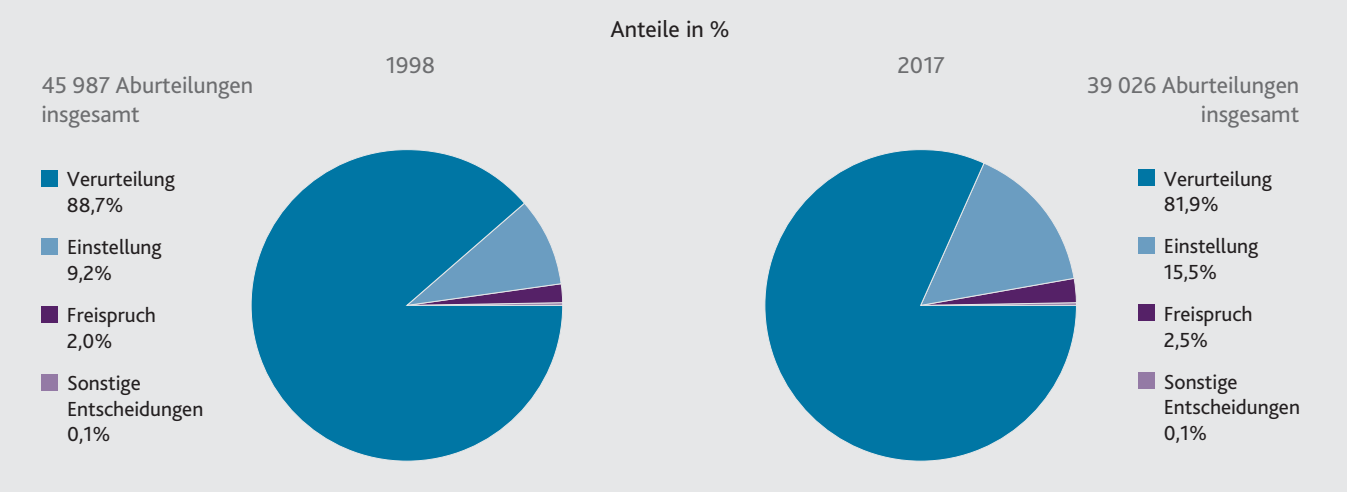
Weniger Aburteilungen

In der Strafverfolgungsstatistik werden personenbezogene Daten wie Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit des Angeklagten erfasst. Darüber hinaus weist sie verfahrensbezogene Daten wie die zugrundeliegenden Straftaten, die Entscheidungsart und die verhängte Strafe aus. Die Zahl der Abgeurteilten setzt sich zusammen aus den Verurteilten und aus Personen, gegen die eine andere Entscheidung wie Freispruch, Einstellung des Strafverfahrens oder Anordnung von Maßregeln der Besserung und Sicherung getroffen wurden.

15 Prozent weniger Aburteilungen als 1998

Die Zahl der Aburteilungen lag in den letzten 20 Jahren zwischen fast 50 000 im Jahr 2005 und 39 000 im Jahr 2017. Seit mehr als fünf Jahren ist die Zahl der abgeurteilten Personen nahezu kontinuierlich rückläufig. Im Jahr 2017 wurden im Vergleich zu 1998 15 Prozent weniger Aburteilungen registriert. Hintergrund für diese Entwicklung ist nicht nur ein Rückgang der eingeleiteten Strafverfahren, sondern auch das veränderte Bearbeitungsverhalten der Staatsanwaltschaften aufgrund der Einführung von Opportunitätsvorschriften in der Strafprozessordnung und dem Jugendgerichtsgesetz.

G 1 Aburteilungen 1998 und 2017 nach Entscheidungsart



Von den im Jahr 2017 abgeurteilten Personen wurden 31 965 (82 Prozent) zu einer Strafe verurteilt, 981 (2,5 Prozent) wurden freigesprochen und in 6 034 Fällen (15 Prozent) wurde das Verfahren durch richterlichen Beschluss eingestellt. Der Anteil der Verurteilungen hat sich in dem betrachteten Zeitraum von 89 auf 82 Prozent reduziert. Gleichzeitig haben die Einstellungen deutlich zugenommen. Ihr Anteil erhöhte sich von neun Prozent zu Beginn des betrachteten Zeitraums auf gut 15 Prozent im Jahr 2017.

Diversionsstrategie im Jugendstrafrecht führt zu mehr Einstellungen

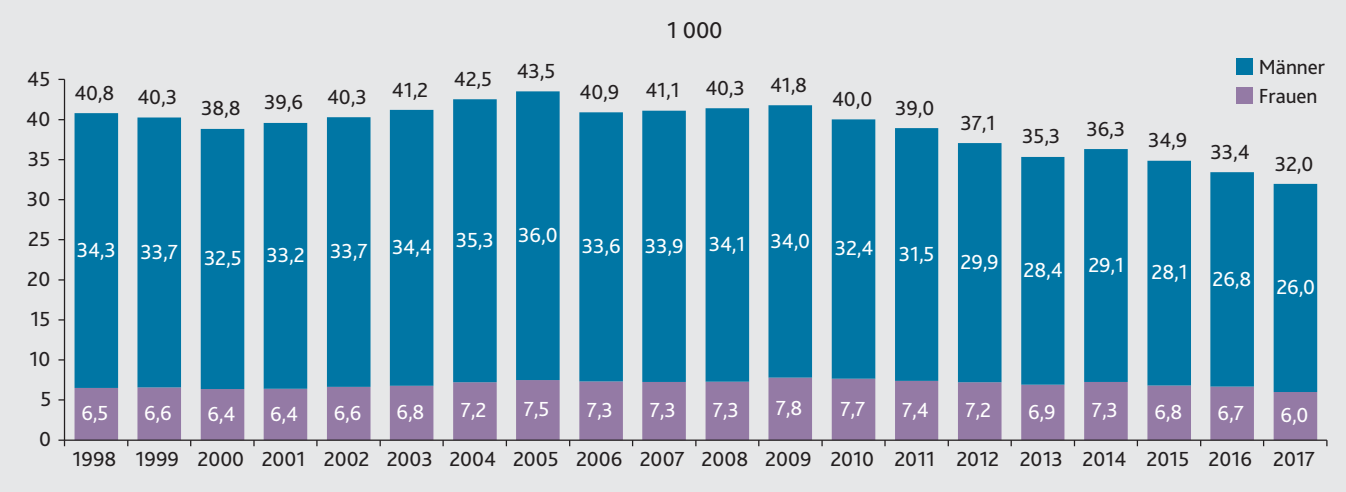
Maßgeblich für den steigenden Anteil der Einstellungen ist auch die sogenannte Diversionsstrategie im Jugendstrafrecht. Dieser liegen insbesondere die Erwägungen zugrunde, dass Jugendliche und Heranwachsende sich in einer Lebensphase befinden, die häufig mit Problemen bei der eigenen Identitätsfindung einhergeht. Überschreiten sie die strafrechtlichen Grenzen, so handelt es sich überwiegend um Delikte, die als jugendtypisch einzustufen sind (Ladendiebstahl, „Schwarzfahren"). Mit zunehmender Reifung zum Erwachsenen endet häufig die Phase dieser Grenzüberschreitungen. Das Ziel der jugendstrafrechtlichen Ahndung kann mit Diversionsentscheidungen wie z. B. der Ableistung von Arbeitsstunden in gemeinnützigen Einrichtungen oder zur Durchführung eines Täter-Opfer-Ausgleichs in vielen Fällen ausreichend erreicht werden.

Im Jahr 2017 wurden 4 481 Aburteilungen nach Jugendstrafrecht registriert. Von diesen wurden 1 319 Verfahren eingestellt. Seit 1998 hat sich der Anteil der Einstellungen nahezu kontinuierlich von zwölf auf 29 Prozent erhöht. Im Erwachsenenstrafrecht ist im Hinblick auf die Einstellungen zwar ein ähnlicher Trend zu beobachten, allerdings erhöhte sich der Anteil der richterlichen Einstellungen deutlich moderater von zehn Prozent im Jahr 1998 auf gut 17 Prozent im Jahr 2017.

Verurteilungen deutlich rückläufig

Verurteilte sind Straffällige, gegen die nach allgemeinem Strafrecht Freiheits- oder Geldstrafen verhängt wurden oder deren Straftat nach Jugendstrafrecht mit Jugendstrafe, Zuchtmitteln oder Erziehungsmaßregeln geahndet wurden.

G 2 Verurteilte 1998–2017 nach Geschlecht



Rund 32 000 Verurteilungen 2017

Im Jahr 2017 wurden 31 965 Straftäter – 25 962 Männer und 6 003 Frauen – rechtskräftig verurteilt. Die Zahl der Verurteilungen ist seit zehn Jahren nahezu kontinuierlich rückläufig. Der Höchststand mit insgesamt 43 528 verurteilten Straftäterinnen und Straftätern wurde im Jahr 2005 erreicht. Das waren 36 Prozent mehr als im Jahr 2017.

Steigender Frauenanteil

Gemeinhin ist die Kriminalitätsbelastung überwiegend ein männliches Phänomen, denn Frauen werden deutlich seltener straffällig als Männer. Allerdings hat ihr Anteil an den Verurteilungen im Zeitverlauf verstärkt zugenommen. Im Jahr 1998 waren 16 Prozent der Verurteilten weiblich. In den Jahren 2013 bis 2016 lag der Anteil der verurteilten Frauen bei 20 Prozent und reduzierte sich im letzten Jahr erst wieder auf knapp 19 Prozent.

Vergleichbarkeit durch Berechnung von Verurteiltenziffern

Um demografische Einflüsse auszuschließen, die einen Zeitvergleich der registrierten Kriminalität beeinflussen, werden sogenannte Verurteiltenziffern berechnet. Verurteilt werden kann nur eine Person, die zum Zeitpunkt der Tat strafmündig, d. h. mindestens 14 Jahre alt war. Zur Berechnung der Verurteiltenziffern wird die Zahl der Verurteilten in Relation zu den am 31. Dezember des Vorjahres registrierten Einwohnerinnen und Einwohnern des entsprechenden Alters und Geschlechts ins Verhältnis gesetzt. Danach errechnet sich für 2017 je 100 000 der Bevölkerung eine Verurteiltenziffer von 895. Diese liegt um 25 Prozent niedriger als der für 1998 errechnete Wert (1 201).

Verurteiltenziffer der Männer deutlich rückläufig

Bei der geschlechtsspezifischen Entwicklung der Verurteiltenziffern ergeben sich ebenfalls erkennbare Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Ausgehend von 1998 als Basisjahr ist die Verurteiltenziffer der männlichen Straftäter in den letzten Jahren nahezu kontinuierlich zurückgegangen und liegt mit 1 483 im Jahr 2017 um 29 Prozent niedriger als 1998 (2 078). Bei den Frauen zeigt sich zwar ein ähnlicher, allerdings deutlich gemäßigter, Trend: ihre Verurteiltenziffer verringerte sich im Vergleichszeitraum um zwölf Prozent von 373 auf 330. Der rückläufige Trend setzte erst in den beiden letzten Jahren ein. Zuvor lag die Verurteiltenziffer der Frauen nahezu kontinuierlich über dem jeweiligen Vorjahresniveau. Diese

Entwicklung lässt insgesamt einen Zuwachs der weiblichen Kriminalität erkennen.

Ausländeranteil nimmt zu

Höchster Anteil im Berichtszeitraum

Von den im Jahr 2017 verurteilten Straftätern hatten 8 442 – davon 7 119 Männer und 1 323 Frauen – eine ausländische Staatsangehörigkeit. Der Anteil an den Verurteilten insgesamt lag bei 26 Prozent. Das ist der höchste Anteil nichtdeutscher Straftäterinnen und Straftäter im Berichtszeitraum. Die niedrigste Rate mit 16 Prozent wurde im Jahr 2006 registriert. Eine Berechnung von ausländerspezifischen Verurteilungsziffern ist nicht möglich, da hier als Grundlage alle in Rheinland-Pfalz einwohnerrechtlich registrierten Bürgerinnen und Bürger ins Verhältnis gesetzt werden. Zu den nichtdeutschen Straftäterinnen und Straftätern zählen aber auch Personen die z. B. als Touristin bzw. Tourist, Asylbewerberin oder Asylbewerber, als Flüchtlinge mit besonderem Aufenthaltsstatus oder als unerlaubt Eingereiste eine Straftat begangen haben. In der Strafverfolgungsstatistik werden aber keine Angaben zum aufenthaltsrechtlichen Status erfragt.

Erfreuliche Entwicklung in der Jugendkriminalität

Im Strafrecht wird zwischen Jugendlichen, Heranwachsenden und Erwachsenen unterschieden:

- **Jugendliche** sind zwischen 14 und 17 Jahre alt. Für sie werden ausschließlich die Vorschriften des Jugendstrafrechts angewandt.
- **Heranwachsende** sind Personen im Alter zwischen 18 und 20 Jahren. Sie können sowohl nach allgemeinem als auch nach Jugendstrafrecht abgeurteilt werden. Die Strafrichterin bzw. der Strafrichter entscheidet dabei nach Einschätzung der persönlichen Reife des Heranwachsenden sowie nach Art, Umständen oder Beweggründen der Tat, welches Strafrecht zur Anwendung kommt.

Auch bei Heranwachsenden kann Jugendstrafrecht angewendet werden

- **Erwachsene** sind 21 Jahre und älter. Für sie werden ausschließlich die Vorschriften des allgemeinen Strafrechts angewandt.

Deutlich weniger jugendliche Straftäter

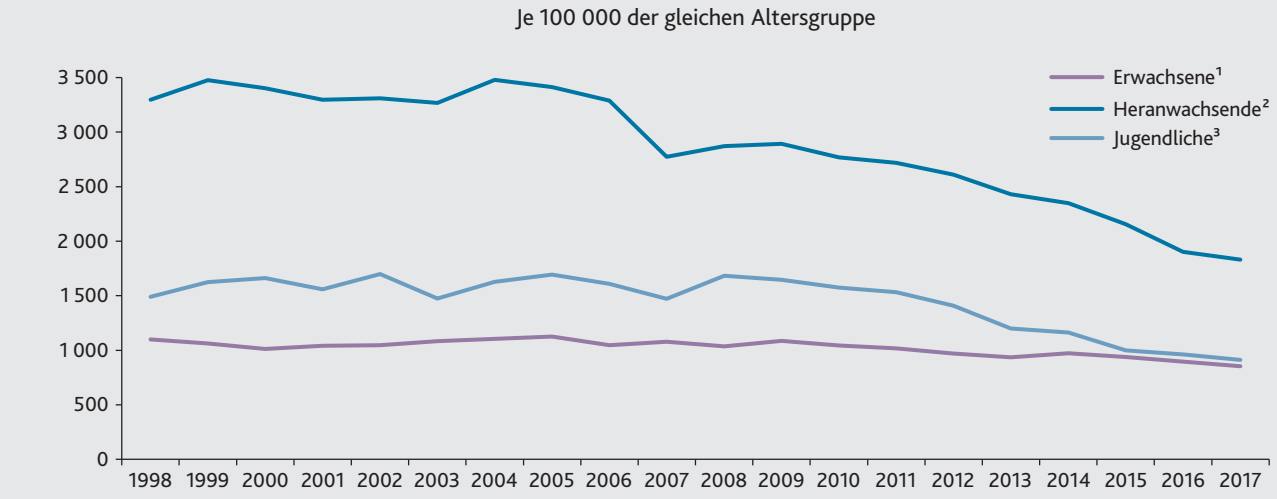
Von den im Jahr 2017 verurteilten Personen zählten 1 464 zur Gruppe der Jugendlichen und 2 515 zu den Heranwachsenden. Das 21. Lebensjahr vollendet hatten 27 986 Straftäterinnen und Straftäter zählten folglich zur Gruppe der Erwachsenen. In allen Altersgruppen ist ein Rückgang der Verurteilungen zu beobachten. Besonders deutlich fällt dieser bei den Jugendlichen aus. Im Vergleich zu 1998 sank die Zahl der Verurteilten um 43 Prozent. Bei den Heranwachsenden liegt der absolute Rückgang bei 38 Prozent. Bei den Erwachsenen reduzierte sich die Zahl der Verurteilungen dagegen lediglich um 18 Prozent.

Höchste Verurteiltenziffer in der Gruppe der Heranwachsenden

Bei Betrachtung der entsprechenden Verurteilungsziffern ergibt sich ein ähnliches Bild. Im Jahr 1998 errechnete sich für die Heranwachsenden eine Verurteiltenziffer von 3 298. Im Vergleich zu dem im Jahr 2017 ermittelten Wert von 1 832 Verurteilungen je 100 000 der gleichen Altersgruppe ergibt sich ein Minus von 44 Prozent. Die höchste Verurteiltenziffer wurde 2004 registriert (3 480). Danach reduzierte sie sich nahezu kontinuierlich auf den bisherigen Tiefststand im Jahr 2017.

Die Entwicklung der Verurteiltenziffern bei den Jugendlichen verlief weniger einheitlich. Die höchsten Werte in den letzten 20 Jahren wurden 2002 und 2005 mit jeweils fast 1 700 Verurteilungen registriert. Bis zum Jahr 2011 lagen die Verurteiltenziffern fast

G 3 Verurteilte 1998–2017 nach Altersgruppen



1 21 Jahre und älter. – 2 Zwischen 18 und 20 Jahren. – 3 Zwischen 14 und 17 Jahren.

immer deutlich über der des Jahres 1998. Seit 2012 ist ein kontinuierlicher Rückgang zu beobachten. Die Verurteiltenziffer des Jahres 2017 reduzierte sich gegenüber 1998 um 39 Prozent. Gegenüber den Höchstwerten aus den Jahren 2002 und 2005 fällt sie sogar 46 Prozent niedriger aus.

Im Erwachsenenbereich errechnet sich für das Jahr 2017 eine Verurteiltenziffer von 855. Gegenüber 1998 ist hier ein Rückgang um 22 Prozent zu verzeichnen.

Deutlich weniger Straßenverkehrsdelikte

Die Mehrzahl der Straftaten wird aufgrund eines Verbrechens oder Vergehens nach den Vorschriften des Strafgesetzbuchs (StGB) geahndet. Im Jahr 2017 wurden insgesamt 25 165 Personen (86 Prozent) aufgrund einer Strafvorschrift des StGB verurteilt. Rund 6 800 Straftaten (21 Prozent) betrafen Verstöße gegen andere Bundesgesetze. Im Jahr 1998 lag der Anteil dieser Deliktgruppe bei 18 Prozent.

Neun Hauptdeliktgruppen

Aufgrund von Strafrechtsänderungen ist die Vergleichbarkeit einzelner Strafvorschriften nur eingeschränkt möglich. Die nachfolgende Betrachtung beschränkt sich daher im Wesentlichen auf die Bewertung der neun sogenannten Hauptdeliktgruppen. Dies sind:

- Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amt,
- Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung,
- Andere Straftaten gegen die Person,
- Diebstahl und Unterschlagung,
- Raub, Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer,
- Andere Vermögens-, Eigentums- und Urkundendelikte,
- Gemeingefährliche Straftaten einschließlich Umweltstraftaten,
- Straftaten im Straßenverkehr sowie
- Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen.

Im Jahr 2017 begingen 7 813 Personen eine Straftat im Straßenverkehr, die zu einer

Straßenverkehrsdelikte zählen nicht zu klassischen Straftaten

strafgerichtlichen Verurteilung führte. Diese Straftaten werden in der Regel fahrlässig begangen. Sie unterscheiden sich daher von den so genannten klassischen Straftaten, denen ausschließlich Vorsatz zugrunde liegt. Die Straßenverkehrsdelikte haben im Zeitverlauf kontinuierlich abgenommen. Im Jahr 1998 lag ihr Anteil bei 31 Prozent, im aktuellen Jahr zählte nur knapp jede vierte geahndete Straftat zu dieser Gruppe (24 Prozent).

Fast jede zweite Straftat im Straßenverkehr wegen Trunkenheit

Eine erhebliche Zahl der Verkehrssünder hatte sich dabei wegen Fahren im alkoholisierten Zustand zu verantworten. Fast jede zweite Straftat im Straßenverkehr wurde im Jahr 2017 in Trunkenheit begangen. Aber auch das Fahren ohne eine gültige Fahrerlaubnis war häufig der Grund für eine Verurteilung. In 2 095 Fällen verurteilten die Richter den Führer eines Fahrzeuges zu einer Strafe, weil dieser keinen gültigen Führerschein besaß.

Deutlich weniger Straßenverkehrsdelikte mit Personenschaden

Im Verlauf der letzten 20 Jahre haben insbesondere die Straftaten im Straßenverkehr mit Personenschaden deutlich abgenommen. Wurden im Jahr 1998 noch 95 Personen wegen fahrlässiger Tötung verurteilt, waren es 2017 noch 46. Bei der fahrlässigen Körperverletzung sank die Zahl von 1 147 auf 469.

Diebstahl und Betrug sind die am häufigsten begangenen Straftaten

Die klassische Kriminalität hat im Betrachtungszeitraum immer mehr an Bedeutung gewonnen. Hierzu zählen insbesondere die Straftaten, die sich direkt gegen eine Person richten (z. B. Körperverletzung) sowie die Vermögens- und Eigentumsdelikte. Im Jahr 2017 wurden 26 364 Personen aufgrund solcher Straftaten verurteilt. Ihr Anteil an den Gesamtverurteilungen hat sich in den letzten 20 Jahren kontinuierlich von 56 Prozent im Jahr 1998 auf 61 Prozent im aktuellen Jahr erhöht.

Zahl der Betrugsdelikte nimmt deutlich zu

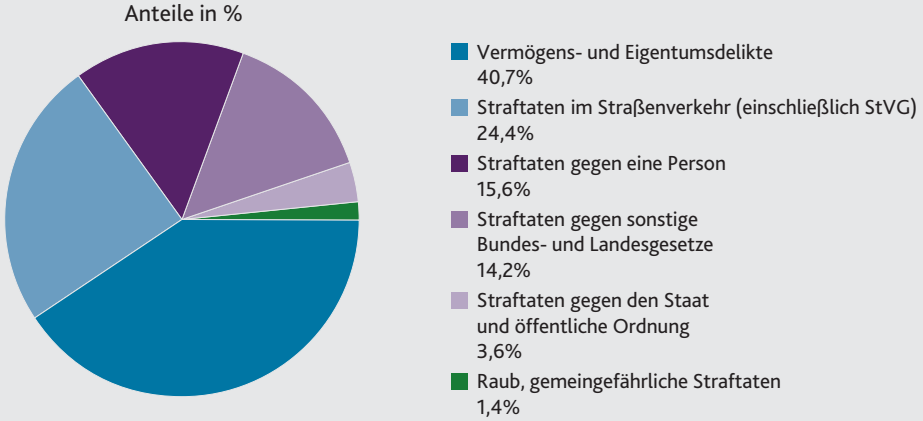
Zwei Drittel aller klassischen Straftaten betreffen Vermögens- oder Eigentumsdelikte. Bezogen auf alle Straftaten lag ihr Anteil bei 41 Prozent. Zu den Vermögens- und Eigentumsdelikten zählen insbesondere Diebstähle und Betrugsfälle. Sie sind die mit Abstand am meisten begangenen Straftaten. Im Jahr 2017 wurden 4 536 Straftäterinnen und Straftäter wegen Diebstahls und Unterschlagung sowie 6 762 wegen eines Betrugsdeliktes verurteilt. Im Zeitverlauf haben sich die Anteile der beiden Delikte allerdings gegenläufig entwickelt. Im Jahr 1998 kam es in 8 339 Fällen zu einer Verurteilung wegen Diebstahls. Mit einem Anteil von 20 Prozent war dies die größte Deliktgruppe. Wegen Betrugs und Untreue wurden 5 615 Personen verurteilt (14 Prozent). Im Verlauf der letzten 20 Jahre reduzierte sich der Anteil der Diebstähle um sechs Prozentpunkte und lag damit bei 14 Prozent. Bei den Betrugsfällen hingegen ist ein Anstieg von mehr als sieben Prozentpunkten auf 21 Prozent zu beobachten.

Straftaten gegen Personen gewinnen immer mehr an Bedeutung

Vorsätzliche Körperverletzung ist häufigstes Delikt

Deutlich zugenommen haben auch die Straftaten, die sich gegen eine andere Person richteten. Im Jahr 2017 wurden 4 977 Straftäterinnen und Straftäter aufgrund eines solchen Deliktes verurteilt. Der Anteil an den Straftaten insgesamt lag bei 16 Prozent. Zu Beginn des Betrachtungszeitraums waren es noch zwölf Prozent. Die meisten Straftäterinnen und Straftäter (2 610) hatten sich dabei wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu verantworten. Im Jahr 2017 wurden zudem 1 190 Delinquenten wegen Beleidigung verurteilt. Das waren 53 Prozent

G 4 Verurteilungen 2017 nach Deliktgruppen und Geschlecht



mehr als 1998. Die Straftat „Beleidigung" zählt zu den sogenannten Ehrverletzungsdelikten, die sich bemerkbar gegen die Ehre einer Person richtet und nur auf Strafantrag des Beleidigten gerichtlich verfolgt wird.

Fast 3 000 Drogendelikte registriert

Neben dem Strafgesetzbuch gibt es auch eine Fülle von anderen Bundes- und Landesgesetzen mit entsprechenden Strafregelungen bei Verstößen. Rund 14 Prozent der Verurteilungen betreffen diese Fälle. Zu den häufigsten Verurteilungen betrafen dabei Vergehen gegen das Betäubungsmittel-, das Pflichtversicherungs- und das Waffengesetz. Aber auch Steuer- und Zollzuwiderhandlungen, die gemäß der Abgabenordnung geahndet werden, sind häufiger der Anlass für ein Strafverfahren.

Neun Prozent aller Verurteilungen betreffen Drogendelikte

Im Jahr 2017 verurteilten die Strafrichterinnen und Strafrichter 2 954 Personen aufgrund eines Drogendeliktes. Der Anteil mit neun Prozent an den Gesamtverurteilungen ist der höchste im gesamten Berichtszeitraum und hat sich gegenüber 1998 (sechs Prozent) deutlich erhöht. Insgesamt bewegen sich die Drogendelikte seit Mitte der 2000er-Jahre relativ konstant auf hohem Niveau.

Die Entwicklung der Vergehen gegen andere Bundes- und Landesgesetze steht sehr stark in Zusammenhang mit der Kontrollintensität der zuständigen Ermittlungsbehörden. Im Rahmen intensivierter Verkehrskontrollen wird auch eine Vielzahl von Verstößen gegen das Pflichtversicherungsgesetz aufgedeckt. Noch deutlicher wird dies bei der Entwicklung der Steuerzuwiderhandlungen. Insbesondere in den Jahren, in denen die Steuerfahndungsbehörden aufgrund des Ankaufs von Bankdaten aus der Schweiz viele Verfahren einleiten konnten, sind auch die Verurteilungszahlen entsprechend angestiegen. Die meisten Steuersünderinnen und -sünder wurden in den Jahren 2010 bis 2012 verurteilt. Die niedrigste Zahl wurde 2017 registriert.

Charlotte Schmidt ist Mitarbeiterin im Referat „Soziales, Gesundheit, Rechtspflege".

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2017

Baugewerbe

Von Dr. Martin Jacobs

In der Statistischen Analyse N° 46 „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2017" wird die wirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahr detailliert dargestellt. Der folgende Beitrag thematisiert die Entwicklung im Baugewerbe.

Zum Baugewerbe zählt das Bauhauptgewerbe, das aus Hoch- und Tiefbau besteht, sowie das Ausbaugewerbe. Alle Bereiche konnten 2017 deutliche Umsatz- und Beschäftigungszuwächse verzeichnen. Die Zahl der Baugenehmigungen im Hochbau, ein Indikator für die zukünftige Entwicklung der Baukonjunktur, ging hingegen zurück. Im rheinland-pfälzischen Baugewerbe waren 2017 mit rund 123 700 Personen 6,1 Prozent aller Erwerbstätigen im Land beschäftigt (Deutschland: 5,6 Prozent), die 5,1 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung erbrachten (Deutschland: 4,9 Prozent).

Deutliche Umsatzsteigerungen in allen Bereichen des Bauhauptgewerbes

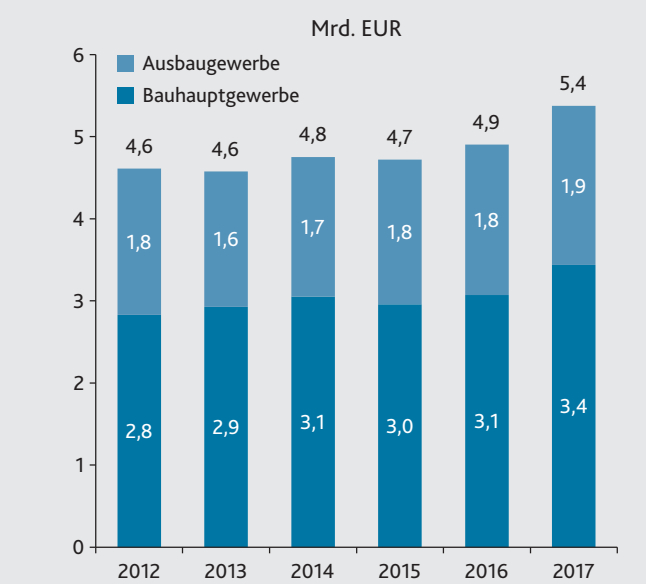
Gleichmäßiges Umsatzwachstum in Hochbau und Tiefbau – Wohnungsbau mit höchster Wachstumsrate

Die Betriebe, die im Rahmen der Konjunkturerhebung im Bauhauptgewerbe befragt werden, konnten 2017 ihren baugewerblichen Umsatz gegenüber dem bisherigen Rekordwert von 2016 noch einmal deutlich steigern. Der Umsatz erhöhte sich um zwölf Prozent auf 3,4 Milliarden Euro (Deutschland: +8,5 Prozent). Die Entwicklung wurde gleichermaßen vom Hochbau und vom Tiefbau getragen. In beiden Bereichen stiegen die Erlöse um zwölf Prozent. Die höchste Wachstumsrate wies wie bereits 2016 der Wohnungsbau auf. Nachdem hier der Umsatz bereits 2016 um 15 Prozent zugelegt hatte, war 2017 sogar eine noch etwas größere Steigerung um 18 Prozent zu verzeichnen. Der baugewerbliche Umsatz im Wohnungsbau erreichte damit den höchsten Stand seit 1998. Im gewerblichen Hochbau war die Wachstumsrate mit einem Plus von zehn Prozent ebenfalls zweistellig. Im öffentlichen Hochbau, in dem die Erlöse zuvor drei Jahre in Folge zurückgegangen waren, stieg der Umsatz 2017 um 4,9 Prozent. Wie im Hochbau konnten auch im Tiefbau zwei von drei Teilbereichen zweistellige Wachstumsraten erzielen. Am größten war das Plus mit 13 Prozent im gewerblichen Tiefbau, der im Jahr zuvor einen Umsatzrückgang hinnehmen musste. Im Straßenbau erhöhten sich die Erlöse um zwölf Prozent und übertrafen damit den bisherigen Spitzenwert von 2011. Der Umsatz im sonstigen öffentlichen Tiefbau wuchs um 9,5 Prozent.

Wachstum im Bauhauptgewerbe lässt in zweiter Jahreshälfte nach

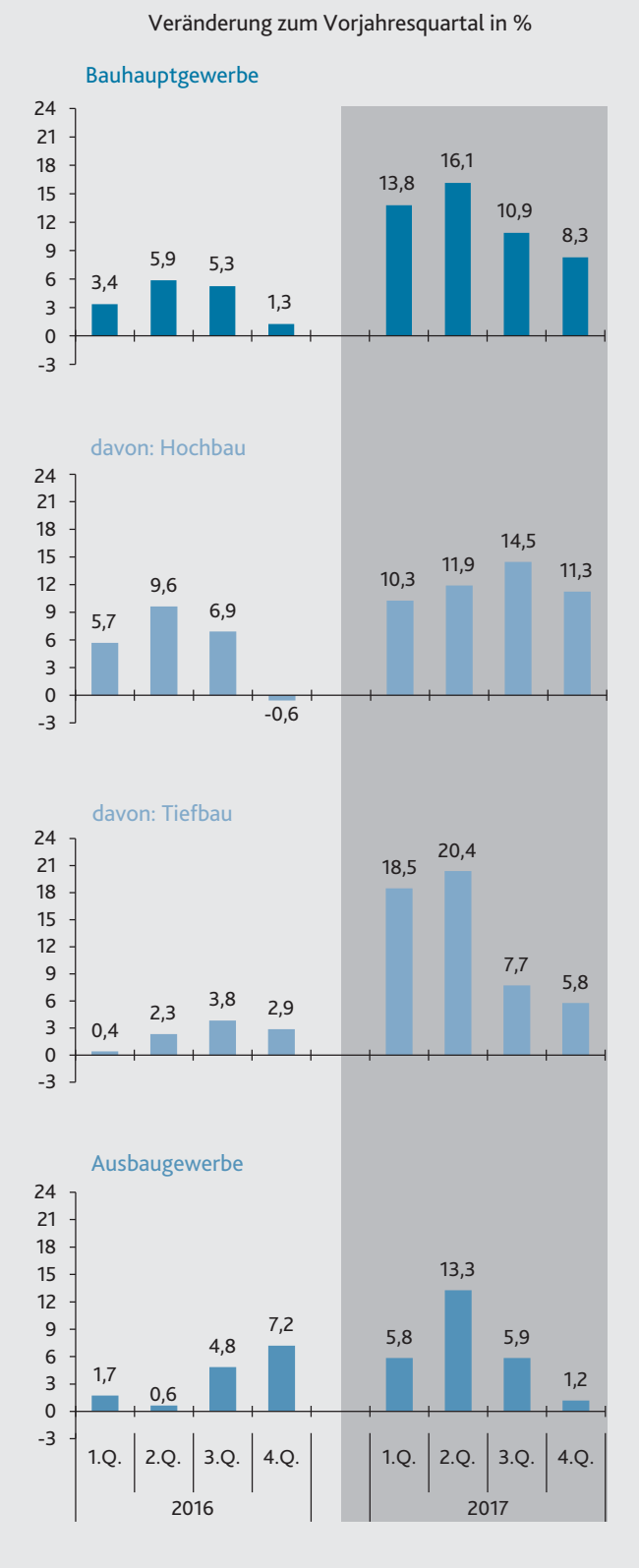
Im Laufe des Jahres 2017 hat die Wachstumsdynamik im Bauhauptgewerbe etwas nachgelassen. In den ersten drei Quartalen waren die Zuwachsraten gegenüber dem

G 1 Umsatz im Baugewerbe[1] 2012–2017



1 Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

G 2 Umsatz im Baugewerbe 2016 und 2017 nach Quartalen

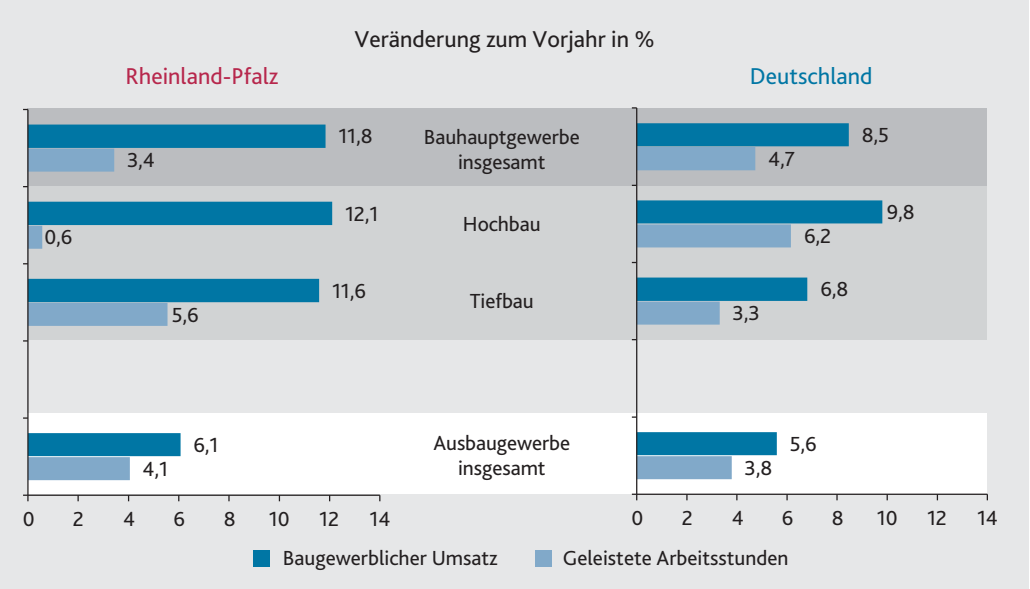


jeweiligen Vorjahreszeitraum zweistellig. Ihren Höhepunkt erreichten die Erlössteigerungen im zweiten Quartal mit einem Plus von 16 Prozent. Danach verlangsamte sich das Umsatzwachstum, lag aber im vierten Quartal immer noch bei 8,3 Prozent. Dies ist vor allem auf die Entwicklung im Tiefbau zurückzuführen. Nach Wachstumsraten von 18 und 20 Prozent in den ersten beiden Quartalen stiegen die Erlöse im dritten und vierten Quartal nur noch um 7,7 bzw. 5,8 Prozent. Im Hochbau war die Wachstumsrate hingegen in allen vier Quartalen durchgehend zweistellig.

Deutlich mehr Auftragseingänge im gewerblichen Hoch- und Tiefbau

Die Entwicklung der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe, die ein Indikator für die Umsatzentwicklung in den nächsten Monaten sind, verlief 2017 uneinheitlich. Nach einem sehr kräftigen Plus von 28 Prozent im ersten Quartal blieben die Auftragseingänge im zweiten und dritten Quartal um 5,2 Prozent bzw. 0,6 Prozent hinter den Vorjahres-

G 3 Baugewerblicher Umsatz und geleistete Arbeitsstunden im Baugewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2017



werten zurück. Im vierten Quartal war hingegen wieder eine deutliche Steigerung um 18 Prozent zu verzeichnen. Auf das Gesamtjahr gerechnet stiegen die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe 2017 um 7,9 Prozent (Deutschland: +6,6 Prozent). Untergliedert nach Bauart und Auftraggeber wiesen der gewerbliche Hochbau und der gewerbliche Tiefbau zweistellige Wachstumsraten auf. Im Wohnungsbau, in dem die Auftragseingänge 2015 und 2016 jeweils um mehr als 20 Prozent gestiegen waren, belief sich der Zuwachs 2017 nur noch auf 1,5 Prozent.

Beschäftigungsplus im Bauhauptgewerbe

Die gute Umsatzentwicklung im Bauhauptgewerbe wirkte sich positiv auf die Beschäftigung aus. Sie stieg 2017 um 4,5 Prozent (Deutschland: +5,9 Prozent). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden wuchs ebenfalls deutlich (+3,4 Prozent; Deutschland: +4,7 Prozent). Die Auslastung, d. h. die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten, nahm allerdings um 1,1 Prozent ab (Deutschland: ebenfalls –1,1 Prozent). Die Produktivität – gemessen als Umsatz je geleistete Arbeitsstunde – stieg mit +8,1 Prozent in Rheinland-Pfalz deutlich stärker als in Deutschland (+3,6 Prozent). Der Umsatz je Arbeitsstunde betrug in Rheinland-Pfalz 142 Euro und in Deutschland 144 Euro.

Entgelte im Bauhauptgewerbe wachsen deutlich

Die Entgelte im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe, die unter anderem die Bruttolöhne und -gehälter der Beschäftigten umfassen, nahmen um 6,9 Prozent zu (Deutschland: +7,8 Prozent). Das Entgelt je geleistete Arbeitsstunde erhöhte sich um 3,3 Prozent (Deutschland: +2,9 Prozent).

Umsatz im Ausbaugewerbe auf neuem Rekordhoch

Ausbaugewerbe in allen vier Quartalen mit Umsatzwachstum

Die Betriebe des Ausbaugewerbes, die in die Konjunkturerhebung einbezogen sind, erzielten 2017 einen ausbaugewerblichen Umsatz von 1,9 Milliarden Euro. Dieser Wert bedeutet ein Plus von 6,1 Prozent gegenüber 2016 und stellt einen neuen Umsatzrekord

Konjunkturerhebungen im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe

Für eine differenzierte Betrachtung des Baugewerbes muss auf die Konjunkturerhebungen im Bauhaupt- und im Ausbaugewerbe zurückgegriffen werden. Diese Statistiken erfassen Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten und decken knapp 40 Prozent des Produktionswertes des gesamten Baugewerbes ab, der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelt wird.

Die in der monatlichen Konjunkturstatistik für das **Bauhauptgewerbe** berücksichtigten Betriebe erwirtschaften gut 60 Prozent der gesamten Erlöse im Bauhauptgewerbe und beschäftigen knapp die Hälfte der dort tätigen Personen. Im Berichtsjahr wurden im Durchschnitt 389 Betriebe erfasst. Ein Betrieb hatte im Schnitt 51 baugewerblich Beschäftigte und erzielte einen Umsatz von 8,8 Millionen Euro.

Die vierteljährliche Konjunkturerhebung im **Ausbaugewerbe**, zu dem z. B. die Elektro-, Gas-, Wasser- und Heizungsinstallation, die Fußbodenlegerei und das Malergewerbe zählen, erfasste im Berichtsjahr im Durchschnitt 438 Betriebe. Dort waren knapp 65 Prozent aller im Ausbaugewerbe tätigen Personen beschäftigt. Diese Betriebe waren im Schnitt mit 38 Beschäftigten und einem Umsatz von 4,4 Millionen Euro deutlich kleiner als im Bauhauptgewerbe.

dar. Auch auf Bundesebene erreichte der Umsatz einen neuen Höchststand (+5,6 Prozent). Die Erlöse des rheinland-pfälzischen Ausbaugewerbes überstiegen in allen vier Quartalen 2017 die jeweiligen Vorjahreswerte. Somit ist nun 13 Quartale in Folge ein Umsatzplus gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Wie auch im Bauhauptgewerbe wurde die höchste Wachstumsrate im zweiten Quartal erreicht. Danach verlangsamte sich der Erlöszuwachs im Ausbaugewerbe deutlich und betrug im vierten Quartal nur noch 1,2 Prozent.

Beschäftigung im Ausbaugewerbe steigt das elfte Jahr in Folge

2017 wieder deutlich stärkeres Beschäftigungswachstum

Nach einem nur schwachen Anstieg um 0,3 Prozent im Jahr zuvor nahm die Beschäftigung im rheinland-pfälzischen Ausbaugewerbe 2017 wieder deutlich zu (+4,8 Prozent; Deutschland: +4,4 Prozent). Die Zahl der tätigen Personen lag damit bereits das elfte Jahr in Folge im Plus. Es wurden 4,1 Prozent mehr Arbeitsstunden geleistet als im Vorjahr (Deutschland: +3,8 Prozent). Je Beschäftigten ging die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden allerdings um 0,7 Prozent zurück (Deutschland: –0,6 Prozent).

Produktivität und Entgelte im Ausbaugewerbe steigen

Der ausbaugewerbliche Erlös je Arbeitsstunde wuchs um 1,9 Prozent auf 93 Euro (Deutschland: +1,7 Prozent auf 98 Euro). Die Entgeltsumme, die von den Betrieben aufgewendet wurde, erhöhte sich deutlich (+7,8 Prozent; Deutschland: +7 Prozent). Das Entgelt je geleistete Arbeitsstunde legte ebenfalls kräftig zu (+3,6 Prozent; Deutschland: +3,1 Prozent) und verzeichnete die größte Steigerung seit 2012.

Preise für Bauleistungen an Wohngebäuden steigen stärker

Die sehr gute Konjunktur im Bauhauptgewerbe und im Ausbaugewerbe machte sich 2017 auch in stärker steigenden Preisen für Bauleistungen bemerkbar. Da für Rheinland-Pfalz keine Daten vorliegen, wird hier auf die deutschlandweite Preisentwicklung Bezug genommen.

Preissteigerungen im Brücken- und im Straßenbau am größten

Roh- und Ausbauarbeiten an Wohngebäuden wurden in Deutschland 2017 um jeweils drei Prozent teurer. Die Preise für Instandhaltungsarbeiten und Schönheitsreparaturen an Wohngebäuden stiegen um 3,3 bzw. 3,4 Prozent. Bauleistungen an Bürogebäuden und an gewerblichen Betriebsgebäuden verteuerten sich um 3,1 bzw. 3,3 Prozent. Die größten Preisaufschläge waren im Brücken- und im Straßenbau zu verzeichnen (+4,1 bzw. +3,7 Prozent).

Baugenehmigungen rückläufig

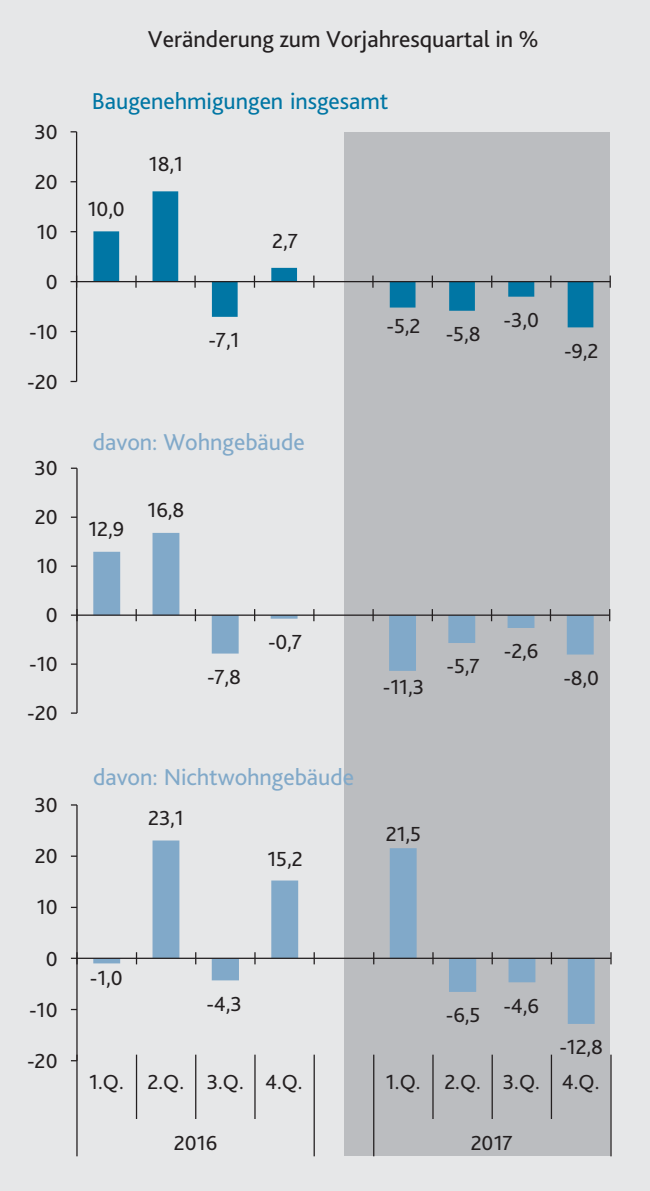
Vor allem weniger Genehmigungen von Wohngebäuden

Die Zahl der Baugenehmigungen ist neben den Auftragseingängen ein weiterer Indikator für die Entwicklung der Bautätigkeit im Gebäudebau in den kommenden Monaten. Nach einem Plus von 5,5 Prozent 2016 ging die Zahl der genehmigten Gebäude 2017 um 5,8 Prozent zurück (Deutschland: –5,1 Prozent) und lag damit in etwa wieder auf dem Niveau von 2015. In allen vier Quartalen 2017 war die Zahl der Baugenehmigungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal rückläufig. Das größte Minus war im vierten Quartal zu verzeichnen (–9,2 Prozent). Die Genehmigung von Wohngebäuden ging in Rheinland-Pfalz 2017 stärker zurück als die Genehmigung von Nichtwohngebäuden (–6,8 bzw. –2 Prozent), während es sich in Deutschland umgekehrt verhielt (–5 bzw. –5,6 Prozent). Die Zahl der genehmigten Wohnungen reduzierte sich in Rheinland-Pfalz um 9,8 Prozent und in Deutschland um 7,3 Prozent.

Deutlich weniger Neubauwohnungen genehmigt

Die Genehmigungen für Neubauten verringerten sich überproportional (–6,3 Prozent; Deutschland: –5,4 Prozent). In Rheinland-Pfalz wurden elf Prozent weniger Wohnungen in Neubauten genehmigt als im Jahr zuvor (Deutschland: –5,4 Prozent). Allerdings ist zu beachten, dass diese Zahl 2016 um mehr als 20 Prozent gestiegen war und 2017 noch immer die Werte der Jahre 2005 bis 2015 übertroffen wurden.

G 4 Baugenehmigungen 2016 und 2017 nach Quartalen



Besonders stark gingen die Genehmigungen für Wohnungen in neuen Mehrfamilienhäusern zurück (–12 Prozent). Hier war 2016 allerdings eine Steigerung um 38 Prozent zu verzeichnen gewesen. Die Zahl der

genehmigten Wohnungen in neuen Ein- und Zweifamilienhäusern sank um 6,8 bzw. 5,6 Prozent.

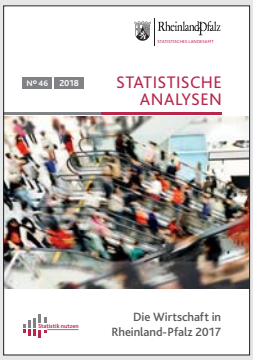
Unternehmen fungieren seltener als Bauherren von Neubauwohnungen

Wie eine nach Bauherren gegliederte Betrachtung deutlich macht, ist die Verringerung der Zahl der genehmigten Neubauwohnungen in Wohngebäuden hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass Unternehmen seltener als Bauherren auftraten. Die Zahl der genehmigten Neubauwohnungen mit Unternehmen als Bauherren sank 2017 um 21 Prozent, während bei den privaten Haushalten das Minus nur 0,9 Prozent betrug.

Dr. Martin Jacobs ist Referent im Referat „Analysen, Staat, Soziales".

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2017

Diese und weitere interessante Informationen zum rheinland-pfälzischen Wirtschaftsjahr 2017 finden Sie in der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2017". Hier werden in ausführlichen textlichen Analysen die ökonomischen Entwicklungen des abgelaufenen Jahres und ihre möglichen Ursachen dargestellt. Umfangreiche Tabellen und Grafiken ergänzen den Vergleich zum vorangegangenen Wirtschaftsjahr und stellen zusätzlich auch längerfristige Entwicklungen dar.



Die PDF-Datei steht zum kostenfreien Download unter www.statistik.rlp.de/analysen/wirtschaft/jw2017.pdf zur Verfügung.

Für Smartphone-Benutzer:
Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen:

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 059 [1,2]	... [1,2]	4 066	4 067	4 068	...	...	...	...
darunter Ausländer[3]	1 000	397 [1,2]	... [1,2]	415	417	419	...	...	...	...

Natürliche Bevölkerungsbewegung[4]

* Eheschließungen[5]	Anzahl	1 768	...	613	1 023	1 225	...	...	...	...
* Lebendgeborene[6]	Anzahl	3 126	...	2 820	3 067	2 840	...	...	...	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,2	...	9,0	8,9	8,5	...	...	...	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[7]	Anzahl	3 819	...	4 686	4 171	3 796	...	...	...	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,3	...	15,0	12,1	11,4	...	...	...	...
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[7]	Anzahl	11	...	6	17	10	...	...	...	...
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	...	2,1	5,5	3,5	...	...	...	...
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-693	...	-1866	-1104	-956	...	...	...	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,1	...	- 6,0	- 3,2	- 2,9	...	...	...	...

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	13 487	-	9 592	12 090	10 430	...	...	...	...
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	7 137	...	5 061	6 109	4 988	...	...	...	...
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	11 595	...	8 201	9 507	8 286	...	...	...	...
* darunter in das Ausland	Anzahl	5 399	...	3 566	4 207	3 207	...	...	...	...
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 892	...	1 391	2 583	2 144	...	...	...	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene[8]	Anzahl	16 131	...	11 928	14 427	12 796	...	...	...	...

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[9,10,11]	Einheit	2014	2015	2016			2017			
		30.06.			30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[12]	1 000	1 322	1 345	1 365	1 388	1 377	1 379	1 389	1 416	1 405
* Frauen	1 000	611	627	637	648	646	646	648	659	657

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2, 3]	Einheit	2014	2015	2016			2017			
		30.06.			30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Ausländer/-innen	1 000	106	117	128	131	127	134	141	148	143
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	353	373	386	390	391	394	400	404	405
* darunter Frauen	1 000	295	309	318	321	323	324	328	331	332
davon nach Wirtschaftsbereichen[4]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	13	14	11	13	13	14	11
* produzierendes Gewerbe	1 000	422	422	424	431	426	427	430	437	432
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	285	294	299	304	302	301	304	311	309
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	206	213	216	219	217	218	221	227	225
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	396	403	413	420	421	420	420	427	428

Arbeitsmarkt[5]	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Arbeitslose	Anzahl	111 436	106 299	104 019	107 939	106 165	97 960	97 808	101 644	98 999
* Frauen	Anzahl	50 458	48 166	47 500	50 103	49 516	44 392	44 699	46 871	45 685
Männer	Anzahl	60 978	58 132	56 519	57 836	56 648	53 568	53 109	54 773	53 313
SGB III (Arbeitslosengeld I)[6]	Anzahl	41 185	42 178	39 591	43 443	41 844	38 158	38 384	41 449	39 457
SGB II (Arbeitslosengeld II)[7]	Anzahl	70 250	64 121	64 428	64 496	64 321	59 802	59 424	60 195	59 542
* Arbeitslosenquote[8]	%	5,1	4,8	4,7	4,9	4,8	4,4	4,4	4,5	4,4
* Frauen	%	4,9	4,7	4,6	4,8	4,8	4,2	4,2	4,4	4,3
* Männer	%	5,3	5,0	4,8	5,0	4,9	4,5	4,5	4,6	4,5
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,7	4,6	4,5	5,4	5,2	3,9	4,2	5,0	4,7
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,4	3,2	2,9	4,0	4,1	2,7	2,8	3,7	3,9
Ältere von 50–65 Jahren	%	5,1	4,7	4,6	4,5	4,5	4,3	4,3	4,3	4,2
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,6	5,2	5,0	5,0	5,0	4,7	4,7	4,7	4,7
* Ausländer/-innen	%	13,4	13,4	12,8	13,1	12,9	11,1	11,1	11,6	11,4
Deutsche	%	4,3	4,0	3,9	4,1	4,0	3,6	3,6	3,7	3,6
* Kurzarbeiter/-innen[9]	Anzahl	5 357	4 888	865	802	679	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[10]	Anzahl	32 997	37 936	37 762	39 063	40 234	40 594	40 743	41 058	41 013

Soziales Leistungsbezug nach SGB II[11]	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	235 916	248 947	251 603	251 440	250 879	246 945	245 517	243 657	...
* darunter Frauen	Anzahl	117 850	122 480	123 425	123 416	123 245	121 347	120 726	120 068	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	160 493	169 173	171 692	171 522	170 991	166 625	165 483	164 018	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	61 917	68 036	68 193	68 307	68 338	67 663	67 335	66 957	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	59 870	66 032	66 166	66 294	66 343	65 671	65 337	64 972	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 11 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2016	2017			2018			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	587	...	606	596	628	548	564	552	594
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	520	...	544	527	559	477	510	492	529
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	...	2	2	6	5	4	4	7
Unternehmen	Anzahl	92	...	113	50	67	65	53	46	77
private Haushalte	Anzahl	491	...	491	544	555	478	507	502	510
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 231	...	1 175	1 287	1 394	1 260	900	998	1 284
* Umbauter Raum	1 000 m^3	760	...	741	781	846	743	622	658	807
* Wohnfläche	1 000 m^2	141	...	139	143	158	139	117	125	1 499
Wohnräume	Anzahl	5 635	...	5 587	5 617	6 442	5 464	4 704	5 744	5 702
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	231	...	241	244	266	240	205	218	268
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	138	...	134	141	160	131	124	123	135
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	12	...	16	17	27	18	17	14	10
Unternehmen	Anzahl	82	...	64	80	87	76	81	92	100
private Haushalte	Anzahl	42	...	54	44	46	37	26	17	25
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	25	...	8	19	5	2	7	113	9
* Umbauter Raum	1 000 m^3	764	...	697	869	649	1 519	609	728	1 229
* Nutzfläche	1 000 m^2	110	...	96	127	93	172	81	103	235
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	104	...	84	100	84	152	87	112	147
Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 447	...	1 403	1 628	1 643	1 417	1 006	1 256	1 165
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	6 395	...	6 437	6 702	7 297	6 123	5 227	6 699	6 581

Landwirtschaft

	Einheit	2016	2017			2018			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	11 564	11 599	10 738	11 997	10 931	12 322	11 668	10 888	11 331
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 945	1 853	1 615	1 706	1 651	2 144	1 796	1 711	1 633
darunter										
* Kälber	t	7	8	9	6	6	11	4	6	6
* Jungrinder	t	8	8	5	6	4	12	4	10	8
* Schweine	t	9 570	9 695	9 061	10 245	9 242	10 118	9 823	9 132	9 653
* Eiererzeugung[2]	1 000	16 571	17 285	18 593	18 517	17 214	17 742	15 383	16 148	16 256

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[3]

* Betriebe	Anzahl	1 002	1 017	1 021	1 022	1 022	1 046	1 047	1 047	1 045
* Beschäftigte[4]	Anzahl	253 227	255 468	253 912	254 183	254 788	259 216	259 427	259 621	260 264
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 292	32 402	30 199	33 540	31 569	33 786	32 833	31 932	33 067
* Entgelte	Mill. EUR	1 078	1 102	1 132	1 307	1 123	1 066	1 153	1 439	1 153
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 223	7 820	7 388	8 301	7 997	9 110	8 500	8 241	8 876
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[5]	Mill. EUR	3 813	4 253	3 999	4 477	4 366	4 714	4 389	4 479	4 540
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 098	2 181	2 081	2 363	2 184	2 572	2 328	2 126	2 295
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	101	94	94	97	100	98	90	87	85
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 211	1 293	1 213	1 364	1 348	1 725	1 692	1 548	1 957
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 140	2 433	2 317	2 538	2 474	2 720	2 452	2 553	2 531
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 086	1 046	977	1 092	960	1 244	1 072	900	1 008
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 003	4 368	4 232	4 675	4 411	5 295	4 943	4 672	5 125
Exportquote[6]	%	55,4	55,9	57,3	56,3	55,2	58,1	58,2	56,7	57,7
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	102,9	112,4	108,2	115,5	113,2	133,0	120,2	123,4	123
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	102,8	113,6	107,0	116,0	115,9	123,8	116,4	118,8	115
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	101,2	107,6	99,6	110,5	102,3	129,0	108,9	120,1	99

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

	Einheit	2016	2017			2018			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]										
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	162,6	161,8	132,4	146,8	202,2	176,7	157,1	172,8	161
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	105,7	122,0	142,8	130,0	136,8	181,4	175,3	150,3	248
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	101,8	114,7	109,5	116,0	120,0	122,9	118,3	122,0	115
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	99,5	102,6	100,5	110,3	98,9	133,0	108,9	131,0	98
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen[2]										
* Betriebe[3]	Anzahl	179	173	173	173	173	173	173	173	173
* Beschäftigte[3,4]	Anzahl	9 376	9 531	9 427	9 469	9 469	9 747	9 744	9 726	9 706
* Geleistete Arbeitsstunden[3]	1 000 h	1 146	1 141	1 078	1 155	1 107	1 177	1 184	1 137	1 188
* Entgelte[3]	Mill. EUR	42	43	48	42	43	40	49	44	45
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	343	323	250	251	188	330	209	177	237
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	330	309	236	240	173	316	198	166	226
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe[6]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	19 046	19 910	19 801	19 912	19 940	20 174	20 396	20 488	20 558
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	1 945	2 012	2 063	2 306	2 256	1 882	2 193	2 172	2 291
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	320	340	335	379	378	331	370	384	406
* gewerblicher Bau[7]	1 000 h	633	650	646	724	726	631	704	683	696
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	992	1 022	1 083	1 203	1 151	920	1 119	1 105	1 189
darunter Straßenbau	1 000 h	531	561	606	671	660	467	621	613	646
* Entgelte	Mill. EUR	61	65	64	68	69	61	68	71	75

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe[1]

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	256	286	268	298	308	244	293	304	349
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	45	53	53	55	57	52	58	53	58
* gewerblicher Bau[2]	Mill. EUR	87	97	90	99	102	93	96	106	119
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	124	136	125	144	149	100	139	144	172
darunter Straßenbau	Mill. EUR	64	72	67	76	84	48	68	82	91

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[3]

	Einheit	2016	2017	2016	2017				2018	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Betriebe[4]	Anzahl	421	438	419	440	438	437	436	384	380
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[4]	Anzahl	16 051	16 825	16 152	16 637	16 619	17 084	16 958	16 028	15 789
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 007	5 210	5 020	5 125	5 185	5 314	5 214	4 894	4 843
* Entgelte	Mill. EUR	128	138	138	130	136	137	149	130	134
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	457	485	593	378	484	478	600	360	460

Handel[5]

Großhandel[p, 6]

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Beschäftigte	2015=100	100,2	100,0	99,0	99,3	99,4	102,2	102,4	102,3	102,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	97,6	96,1	95,8	96,3	96,5	96,4	96,8	96,7	97,3
* Umsatz nominal[7]	2015=100	97,6	98,1	93,8	100,9	100,8	109,2	102,8	106,7	111,7
* Umsatz real[7]	2015=100	97,7	96,5	92,1	99,5	99,2	106,2	99,6	103,0	108,3

Einzelhandel[p, 8]

* Beschäftigte	2015=100	101,4	102,5	101,8	102,1	102,1	102,9	102,8	103,1	103,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	101,7	102,5	101,3	101,8	102,5	103,1	103,2	103,7	104,3
* Umsatz nominal[7]	2015=100	102,5	105,7	107,1	109,0	107,5	111,9	108,3	109,1	111,2
* Umsatz real[7]	2015=100	102,1	103,3	104,7	106,6	105,5	107,9	104,1	104,6	106,9

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[p, 2]

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Beschäftigte	2015=100	102,3	104,1	103,1	103,1	103,1	105,1	105,1	105,1	105,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	102,9	105,8	105,2	105,7	106,3	106,6	107,3	107,5	108,7
* Umsatz nominal[3]	2015=100	104,9	109,2	107,6	117,5	113,7	120,8	120,0	116,6	123,7
* Umsatz real[3]	2015=100	103,9	107,0	105,4	115,3	111,3	117,5	116,6	113,1	120,0

Gastgewerbe[p]

* Beschäftigte	2015=100	99,4	100,4	102,5	102,3	104,1	97,1	100,5	104,2	104,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	100,9	102,1	103,2	103,9	106,7	99,0	101,7	105,8	105,8
* Umsatz nominal[3]	2015=100	102,8	108,6	106,2	119,5	121,5	95,5	114,1	124,4	123,9
* Umsatz real[3]	2015=100	100,7	104,3	102,9	115,1	116,7	90,4	107,7	117,2	117,0

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	722	739	744	901	983	575	750	993	931
* darunter von Auslandsgästen	1 000	155	157	156	189	204	96	157	200	206
* Gästeübernachtungen	1 000	1 824	1 852	1 872	2 183	2 404	1 383	1 819	2 463	2 262
* darunter von Auslandsgästen	1 000	441	437	412	498	533	222	402	535	539

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2016	2017			2018			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.[r]	März[r]	April[r]	Mai
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 820	1 835	1 761	1 714	2 051	1 516	1 592	1 785	1 997
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 266	1 234	1 197	1 216	1 457	897	935	1 268	1 515
* Getötete Personen	Anzahl	13	15	19	14	19	5	14	10	12
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	7	7	7	8	9	4	9	4	4
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	4	8	3	4	-	1	3	4
Radfahrer	Anzahl	1	1	-	-	1	-	1	1	1
Fußgänger	Anzahl	2	2	2	3	1	-	2	1	3
* Verletzte Personen	Anzahl	1 638	1 594	1 540	1 543	1 841	1 187	1 262	1 693	1 928

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.[r]	März[r]	April[r]	Mai
schwer verletzte Personen	Anzahl	301	297	283	258	367	177	231	326	404
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	135	129	131	96	144	109	138	125	147
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	74	83	76	85	118	21	30	103	131
Radfahrer	Anzahl	48	44	44	44	68	17	20	55	79
Fußgänger	Anzahl	30	29	25	26	25	23	29	30	28

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 160	13 081	12 723	14 750	15 702	16 871	14 772	14 545	15 624
darunter										
Krafträder	Anzahl	755	622	993	896	926	1 256	1 187	1 028	993
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	10 944	10 959	10 344	12 257	13 174	13 958	11 947	11 988	12 895
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 024	1 036	916	1 111	1 135	1 215	1 083	1 025	1 141
Zugmaschinen	Anzahl	343	373	378	394	385	365	454	386	436

Personenbeförderung

	Einheit	2016	2017	2016	2017				2018	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	59 894	70 419	65 441	71 078	68 304	69 098	73 192	70 901	69 858
Personenkilometer[3]	Mill.	621	717	665	709	684	740	734	760	752

Binnenschifffahrt

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Güterempfang	1 000 t	1 024	943	1 032	897	1 053	1 042	1 198	1 083	1 196
* Güterversand	1 000 t	776	776	896	725	818	846	821	884	865

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	4 368	4 578	4 991	4 479	4 720	4 846	5 384	5 135	4 881
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	322	318	339	313	357	327	317	312	316
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 988	4 190	4 583	4 099	4 292	4 419	4 946	4 680	4 423

1 Quelle: Kaftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Rohstoffe	Mill. EUR	23	25	28	25	29	23	23	27	23
* Halbwaren	Mill. EUR	144	150	161	145	145	167	168	168	164
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 821	4 016	4 395	3 929	4 118	4 228	4 755	4 485	4 236
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	951	1 024	1 106	981	1 079	1 014	1 088	1 026	953
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 871	2 992	3 289	2 948	3 039	3 215	3 666	3 459	3 283
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	3 065	3 212	3 476	3 213	3 290	3 565	3 872	3 742	3 462
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 749	2 871	3 088	2 882	2 922	3 211	3 478	3 359	3 100
Belgien	Mill. EUR	198	206	232	206	216	208	218	229	192
Luxemburg	Mill. EUR	54	56	55	65	56	51	57	58	50
Dänemark	Mill. EUR	45	51	59	48	51	47	54	49	51
Finnland	Mill. EUR	30	35	34	35	47	40	44	36	30
Frankreich	Mill. EUR	446	442	507	438	463	472	496	487	453
Griechenland	Mill. EUR	29	33	33	24	36	32	34	27	32
Großbritannien	Mill. EUR	302	296	331	302	298	275	303	289	272
Irland	Mill. EUR	19	77	37	123	22	370	472	446	341
Italien	Mill. EUR	265	273	284	260	296	305	304	300	291
Niederlande	Mill. EUR	314	328	353	289	347	340	360	349	321
Österreich	Mill. EUR	165	172	179	174	176	173	191	177	169
Schweden	Mill. EUR	79	84	97	96	87	87	88	93	93
Spanien	Mill. EUR	216	225	238	215	210	228	227	228	219
Portugal	Mill. EUR	41	43	42	42	47	38	41	38	34
* Afrika	Mill. EUR	117	113	128	105	113	96	131	109	112
* Amerika	Mill. EUR	551	571	623	505	594	552	655	612	660
darunter nach USA	Mill. EUR	380	392	419	336	411	372	459	414	468
* Asien	Mill. EUR	596	630	717	602	662	588	678	624	589
darunter nach China	Mill. EUR	142	164	169	151	178	169	201	178	159
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	39	52	46	53	60	45	48	47	58

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mill. EUR	2 877	3 365	3 417	3 310	3 407	3 588	3 675	3 844	3 886
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	240	268	317	249	271	254	262	271	284
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 483	2 917	2 918	2 891	2 957	3 085	3 108	3 244	3 271
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	36	37	49	34	40	37	32	34	32
* Halbwaren	Mill. EUR	217	289	302	271	289	287	244	262	264
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 230	2 591	2 567	2 587	2 628	2 762	2 831	2 948	2 975

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	517	701	748	784	774	953	734	957	1 104
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 714	1 890	1 819	1 803	1 854	1 808	2 097	1 991	1 871
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	2 155	2 508	2 484	2 445	2 437	2 692	2 768	2 874	2 867
* darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	1 964	2 282	2 247	2 216	2 210	2 480	2 449	2 640	2 617
Belgien	Mill. EUR	253	290	330	304	319	282	296	295	289
Luxemburg	Mill. EUR	52	56	60	54	59	52	54	55	62
Dänemark	Mill. EUR	21	31	44	22	23	27	28	17	25
Finnland	Mill. EUR	12	15	15	13	13	18	19	12	11
Frankreich	Mill. EUR	242	275	280	256	259	312	335	330	314
Griechenland	Mill. EUR	8	8	10	7	7	8	9	12	8
Großbritannien	Mill. EUR	100	120	118	133	132	123	135	130	123
Irland	Mill. EUR	137	110	107	123	107	130	97	216	90
Italien	Mill. EUR	175	219	204	209	216	435	206	335	563
Niederlande	Mill. EUR	299	329	354	319	318	325	281	288	312
Österreich	Mill. EUR	118	106	102	109	127	115	137	115	123
Schweden	Mill. EUR	52	69	82	62	74	53	68	53	51
Spanien	Mill. EUR	129	213	131	119	123	143	286	283	155
Portugal	Mill. EUR	18	22	20	20	20	22	24	25	24
* Afrika	Mill. EUR	47	52	62	40	70	49	56	48	45
* Amerika	Mill. EUR	254	276	294	259	293	271	298	290	356
darunter aus USA	Mill. EUR	198	217	233	206	237	225	244	232	287
* Asien	Mill. EUR	415	524	572	562	602	564	544	620	606
darunter aus China	Mill. EUR	183	210	195	187	213	229	244	217	211
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	5	5	4	5	6	3	5	5

Gewerbeanzeigen[3]

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 760	2 638	2 064	2 672	2 623	2 956	2 618	2 627	2 659
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	468	442	356	459	446	517	461	484	464
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 774	1 732	1 343	1 784	1 774	1 870	1 728	1 706	1 728
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 788	2 678	1 860	2 377	2 606	2 910	2 288	2 325	2 458
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	402	385	215	296	377	416	316	314	353
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 895	1 815	1 263	1 650	1 787	1 985	1 499	1 601	1 663

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Insgesamt	Anzahl	462	...	437	494	423	451	411	449	427
davon										
* Unternehmen	Anzahl	65	...	68	57	60	69	70	75	65
* Verbraucher	Anzahl	276	...	261	308	256	261	217	246	264
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	102	...	95	104	90	99	106	110	79
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	19	...	13	25	17	22	18	18	19
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	66	...	47	62	61	63	52	47	82

Handwerk[2]

	Einheit	2016	2017	2016	2017				2018	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Beschäftigte[3]	2009=100[4]	98,8	99	99,0	98,3	98,3	100,8	99	98,8	98
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2009=100[6]	107,4	111	119,1	94,0	111,0	113,9	124	96,7	115

Preise

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	107,6	109,3	109,0	109,4	109,6	111,1	111,2	111,5	111,8
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	107,6	109,1	109,1	109,2	109,3	110,5	110,6	110,7	110,8

Verdienste[7]

	Einheit	2016	2017	2016	2017				2018	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Bruttomonatsverdienste[8] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[9] im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 996	3 999	3 704	3 619	3 668	3 688	3 703	3 694	...
* Frauen	EUR	3 469	3 483	3 247	3 202	3 237	3 254	3 257	3 279	...
* Männer	EUR	4 207	4 215	3 889	3 793	3 848	3 870	3 891	3 864	...
* Leistungsgruppe 1[10]	EUR	7 483	7 557	6 733	6 627	6 711	6 782	6 750	6 773	...
* Leistungsgruppe 2[10]	EUR	4 580	4 610	4 266	4 182	4 233	4 291	4 297	4 330	...
* Leistungsgruppe 3[10]	EUR	3 390	3 439	3 167	3 126	3 174	3 188	3 220	3 210	...
* Leistungsgruppe 4[10]	EUR	2 815	2 773	2 654	2 562	2 611	2 593	2 614	2 634	...
* Leistungsgruppe 5[10]	EUR	2 277	2 307	2 156	2 131	2 183	2 196	2 196	2 199	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste[1]

	Einheit	2016	2017	2016	2017				2018	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 300	4 336	3 894	3 792	3 875	3 901	3 933	3 877	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	4 031	3 910	3 672	3 497	3 515	3 603	3 663	3 544	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 485	4 512	4 021	3 923	4 001	4 005	4 062	4 016	...
* Energieversorgung	EUR	5 154	5 296	4 592	4 632	4 679	4 729	4 742	4 739	...
* Wasserversorgung[2]	EUR	3 467	3 411	3 262	3 179	3 190	3 200	3 231	3 193	...
* Baugewerbe	EUR	3 316	3 465	3 198	3 118	3 260	3 342	3 285	3 199	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 798	3 800	3 582	3 516	3 546	3 563	3 569	3 585	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 601	3 621	3 367	3 300	3 342	3 320	3 363	3 390	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 024	3 017	2 849	2 808	2 827	2 833	2 875	2 745	...
* Gastgewerbe	EUR	2 277	2 367	2 161	2 241	2 238	2 229	2 303	2 247	...
* Information und Kommunikation	EUR	5 276	5 175	4 894	4 755	4 792	4 780	4 806	4 982	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 252	5 272	4 465	4 399	4 416	4 450	4 437	4 440	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(3 963)	/	(3 601)	(3 566)	(3 595)	(3 701)	(3 782)	(3 594)	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 172	5 008	4 576	4 374	4 425	4 431	4 390	4 559	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 482	2 539	2 364	2 381	2 446	2 405	2 434	(2 498)	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 730	3 832	3 677	3 670	3 706	3 782	3 724	3 742	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 304	4 212	4 222	4 036	4 059	4 187	4 103	4 270	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 804	3 916	3 620	3 638	3 683	3 697	3 728	3 669	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 846	3 842	3 615	3 698	3 539	3 495	3 553	3 553	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 385	3 486	3 220	3 257	3 276	3 274	3 293	3 280	...

Geld und Kredit[3]

	Einheit	2015	2016		2017				2018	
		Durchschnitt		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	122 284	125 291	125 831	125 740	122 870	123 794	124 344	123 201	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 371	10 512	10 363	10 808	10 271	10 433	10 357	10 002	...

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit[1]

	Einheit	2015	2016		2017				2018	
		Durchschnitt		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 456	11 874	11 548	11 288	11 036	10 570	10 811	10 449	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	100 457	102 905	103 920	103 644	101 563	102 791	103 176	102 750	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	116 191	119 667	120 240	120 253	118 551	119 374	119 627	118 484	...
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	105 382	108 875	109 595	109 823	109 064	110 068	110 574	109 523	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 809	10 799	10 675	10 430	9 487	9 306	9 053	8 961	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 093	5 624	5 591	5 487	4 319	4 420	4 717	4 717	...
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	115 850	117 277	119 059	117 784	116 127	117 956	121 458	117 262	...
Sichteinlagen	Mill. EUR	60 249	65 568	69 254	69 127	70 771	72 496	75 495	72 256	...
Termineinlagen	Mill. EUR	23 065	20 740	18 863	18 182	14 874	15 283	15 906	15 795	...
Sparbriefe	Mill. EUR	5 078	3 658	3 415	3 154	3 037	2 910	2 821	2 719	...
Spareinlagen	Mill. EUR	27 460	27 311	27 527	27 321	27 445	27 267	27 236	26 492	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	113 579	115 318	117 372	116 084	114 419	116 267	119 780	115 460	...
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	110 920	112 677	114 321	113 626	111 982	113 653	116 689	112 573	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 659	2 640	3 051	2 485	2 437	2 614	3 091	2 887	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 271	1 960	1 687	1 700	1 708	1 689	1 678	1 802	...

Steuern

	Einheit	2016	2017			2018			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Aufkommen nach Steuerarten									
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 051	4 415	4 140	4 982	4 404	3 812	4 684	5 379	4 107
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 250	1 340	1 359	1 813	1 285	797	1 503	2 162	922
Lohnsteuer	Mill. EUR	853	888	1 211	804	751	695	1 291	858	773
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	169	172	497	-	-	-	518	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	147	189	-2	549	-49	19	30	519	-34
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	98	102	62	135	545	30	90	484	268

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	20	25	78	4	8	5	92	1	6
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	17	73	-	-	-	88	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	131	136	10	321	30	47	1	300	-90
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-1	-18	-21	-	-	-	-57	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 801	3 075	2 781	3 169	3 120	3 015	3 181	3 217	3 185
Umsatzsteuer	Mill. EUR	480	558	374	520	611	526	600	592	468
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 321	2 517	2 407	2 649	2 508	2 489	2 581	2 625	2 717
Zölle	Mill. EUR	219	220	189	231	223	213	190	202	227
Bundessteuern	Mill. EUR	84	88	73	124	71	71	81	132	71
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	29	30	32	34	30	32	35	38	34
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	55	58	41	90	41	39	46	94	37
Landessteuern	Mill. EUR	77	83	111	92	72	82	92	86	84
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	20	21	44	25	18	21	28	24	25
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	38	44	46	45	40	46	43	37	43
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	14	14	16	18	11	11	18	20	12
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	2	1	1	2	1	2	1
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	3	3	2	2	3	3

	Einheit	2016	2017	2016	2017				2018	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Gemeindesteuern	Mill. EUR	700	718	760	689	754	706	723	794	876
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	5	6	4	5	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	137	140	127	132	144	155	130	134	143
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	535	549	609	530	580	518	566	630	700
sonstige Gemeindesteuern[1]	Mill. EUR	23	24	20	22	26	27	23	25	28

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

	Einheit	2016	2017	2016	2017				2018	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 039	1 119	1 391	727	1 159	1 080	1 509	783	1 323
Gewerbesteuer (netto)[1]	Mill. EUR	443	449	442	502	486	416	393	605	587
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	382	438	700	64	441	415	832	14	489
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	49	62	98	2	58	61	127	-0	71

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	999	1 066	944	1 293	1 164	805	1 092	1 580	898
Landessteuern	Mill. EUR	77	83	111	92	72	82	92	86	84
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	483	520	466	738	525	276	531	914	342
Lohnsteuer	Mill. EUR	299	313	400	281	258	232	433	302	265
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	63	80	-1	233	-21	8	13	221	-15
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	46	47	28	62	269	10	45	241	134
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	9	11	34	2	3	2	40	1	3
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	66	68	5	160	15	24	0	150	-45
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	416	436	361	463	492	376	448	580	373
Umsatzsteuer	Mill. EUR	300	329	232	364	380	295	337	456	263
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	116	107	129	99	112	81	112	123	111
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	7	2	-	20	19	5	-	27
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	0	-	6	6	2	-	8
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	13	15	3	-	40	38	11	-	53
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	3	1	-	8	8	2	-	11
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 028	2 114	1 982	2 418	2 123	1 866	2 237	2 832	2 029
Bundessteuern	Mill. EUR	84	88	73	124	71	71	81	132	71
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	548	586	583	804	588	344	646	977	404
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 389	1 433	1 325	1 489	1 444	1 432	1 504	1 523	1 526
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	7	2	-	20	19	5	-	27

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im August 2018

Statistische Berichte

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Studentinnen/Studenten sowie Gasthörerinnen/Gasthörer an Hochschulen im Wintersemester 2017/18
Kennziffer: B3013 201800

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bodennutzung landwirtschaftlicher Betriebe 2018 (vorläufiges Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung)
Kennziffer: C1013 201800

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland im Juli 2018
Kennziffer: C2013 201803

Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland 2018 – Getreide- und Winterrapsernte (vorläufiges Ergebnis)
Kennziffer: C2023 201800

Ernteberichterstattung über Obst im Juni 2018
Kennziffer: C2033 201801

Rinderbestände und Rinderhaltungen im Mai 2018
Kennziffer: C3073 201821

Schweinebestände und Schweinehaltungen am 3. Mai 2018
Kennziffer: C3083 201821

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im Mai 2018
Kennziffer: D1023 201805

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Juni 2018 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201806

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im Juni 2018
Kennziffer: E1033 201806

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Juni 2018
Kennziffer: E1113 201806

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Mai 2018
Kennziffer: E4023 201805

Gewinnung, Verwendung und Abgabe von Klärgas 2017
Kennziffer: E4113 201700

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Juni 2018
Kennziffer: F2033 201806

Wohngeld 2017
Kennziffer: F2043 201700

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus- und Einfuhr im Juni 2018
Kennziffer: G3023 201806

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Juni 2018
Kennziffer: G4023 201806

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Mai 2018
Kennziffer: H1023 201805

Binnenschifffahrt im April 2018
Kennziffer: H2023 201804

Sozialleistungen

Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am 31. Dezember 2017
Kennziffer: K1123 201700

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Das lohn- und einkommensteuerpflichtige Einkommen und seine Besteuerung 2014
Kennziffer: L4043 201400

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz
und in Deutschland im Juli 2018
Kennziffer: M1013 201807

Kaufwerte für Bauland 2017
Kennziffer: M1063 201700

Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 2017
Kennziffer: M1073 201700

Umwelt

Waren, Bau- und Dienstleistungen für
den Umweltschutz 2016
Kennziffer: Q3023 201600

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Mai 2018
Kennziffer: Z1013 201805

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe August 2018
Kennziffer: Z2201 201808

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Kindertagesbetreuung regional 2017 –
Ein Vergleich aller Kreise in Deutschland
Kennziffer: K5015 201800

Kindertagesbetreuung regional 2017 –
Anhangtabellen
Kennziffer: K5015C 201800

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder –
Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse –
Ausgabe 2018
Kennziffer: P1115 201800

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1992 und 1994 bis 2016 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 1 (Berechnungsstand: August 2017)
Kennziffer: P1315 201700

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2018 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 2 (Berechnungsstand: August 2017)
Kennziffer: P1325 201700

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: Techniker Krankenkasse

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2018

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.